

Heft 157

Ausgabe 5 | 2007
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro



Pro und Contra:
Privatisierung der
Deutschen Bahn AG?
Martin Burkert vs.
Hermann Scheer

Bündnis für Arbeit und Umwelt

Interview mit
Matthias Machnig
**Wir brauchen eine dritte
Industrielle Revolution!**

Jan Böning, Franziska Drohse
Doppelstrategie 2.0

Dokumentation:
**Aufschwung für alle –
Zukunft für alle –
Diskussionspapier der
Parlamentarischen Linken**



Kurzum | von Horst Peter

» Zum Berufsbild des Radprofis gehöre der Zwang den eigenen Körper als Profitcenter zu nutzen, las ich kürzlich im Feuilleton des „Freitag“. Seitdem ist mein tägliches „private Viewing“ der Tour de France mit assoziativer politischer Denkarbeit verknüpft.

Die Tour de France: ein Paradigma für die alle Lebensbereiche durchdringende Kultur des modernen Kapitalismus? Der Radprofi: stellvertretend für das neoliberale Leitbild des Arbeitskraftunternehmers? Doping: Ausdruck des ökonomischen Zwangs aus seinen körperlichen und mentalen Fähigkeiten das meiste zu machen? Unternehmer seiner eigenen Fähigkeiten: das Risiko der Investitionen in sich selbst bis hin zur Selbstzerstörung allein zu tragen?

Kurzum: die Tour de France könnte stehen für die radikale Zuspitzung des Profisports als auch der Kultur des modernen Kapitalismus. Mögen auch die Mechanismen in anderen Konkurrenzfeldern der Arbeits- und Lebenswelt nicht in gleicher Weise ins Auge fallen.

» Wenn die zerstörerischen Wirkungen des modernen Kapitalismus sich zuspitzen, finden sie stets auch ihr Publikum. Brot und Spiele! hieß das im Altertum. Die allgemeinen Werte und Tugenden des Sports wie Fairness, Achtung auch der Konkurrenten, Mitgefühl mit den Unterlegenen sind für die Vermarktung der eigenen Talente kontraproduktiv. Die Kultur des modernen Kapitalismus fordert einen anderen Menschen: flexibel, sich bei der Jagd nach dem Versprechen eines Lebens in materiellem Wohlstand zu jeder Zeit und überall für die Kapitalverwertung bereit haltend.

Kurzum: die absolute Freiheit als Voraussetzung im Konkurrenzkampf lässt keinen Platz für diejenigen, die nicht mitspielen oder die auf Solidarität und Verantwortungsbereitschaft der gesellschaftlichen Entscheidungsträger für das Ganze angewiesen sind.



↳ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.
Foto: privat

» Die Kultur des modernen Kapitalismus sucht sich eben den ihr gemäßen Menschen. Norbert Elias formulierte einmal zugespitzt, der Kapitalismus mache sich die niedrigsten Instinkte des Menschen zu Nutzen: Gier, Neid und Verblendung. In der Sprache der Ökonomen entspricht dies dem Leitbild des „homo oeconomicus“, der seinen eigenen Vorteil kalkulierend von seiner Freiheit rücksichtslos Gebrauch macht. Ausgeblendet werden die anderen Dimensionen des Menschen: seine Demokratiefähigkeit, seine Bereitschaft zur Verantwortung für das Ganze, seine Zuwendungsfähigkeit gegenüber anderen, seine Sehnsucht nach einem guten Leben im Einklang mit der Natur.

Kurzum: es lohnt sich für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaften einen Kulturkampf um individuelle und gesellschaftliche Grundwerte und Tugenden zu führen, damit die Hegemonie des Menschenbildes des Kapitalismus gebrochen wird. Die laufende Programmdebatte der SPD bietet der Linken dafür die Chance. Sie sollte genutzt werden. ■

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 René Rösper (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpellis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Claudia Bogedan
 Björn Böhning
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Bettina Kohlrausch
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Inken Wiese

Chfredaktion und V.i.S.d.P.:
 Reinhold Rünker

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:
 Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2007.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:
 liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:
 www.fotolia.de, ©Clemens Haselböck

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, Juli 2007

■ Meinung

Mehr Mitarbeiterbeteiligung ist das Letzte? | Kai Burmeister 4
 Armut bekämpfen, Globalisierung gerecht gestalten

| Sascha Rabe 5

Afghanistan im Herbst | Niels Annen 6

☒ Pro: Für eine Teilprivatisierung der Bahn | Martin Burkert 8

☒ Contra: Die Privatisierung der Bahn ist überflüssig
 und falsch | Hermann Scheer 9

Interview mit Andrea Nahles –

Mit Nachdruck eigene Positionen vertreten 10

■ ■ Im Fokus: Bündnis für Arbeit und Umwelt

Einleitung zum Schwerpunkt | Uta Biermann, Reinhold Rünker 12

Deutscher Exportschlager Umwelttechnik

| Richard Müller, René Rösper 14

Umweltpolitik ist Innovationspolitik | Svenja Schulze 18

„Heilsbringer“ Atomkraft entpuppt sich als Belzebub

| Marco Bülow 21

Klimaschutz – eine Chance für Innovation,
 nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze | Dietmar Hexel 24

Perspektiven der Nutzung erneuerbarer Energien

| Gregor Czisch 28

„Wir brauchen eine dritte Industrielle Revolution!“

| Interview mit Matthias Machnig 33

Literaturschau | Reinhold Rünker 38

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Raucherpause | Gesa Rünker 39

Stichwort zur Wirtschaftspolitik:

Fachkräftemängel | Arne Heise 40

„Der Tanz um die Lust“ – Von Porno bis Erotik | Jürgen Meier 42

Doppelstrategie 2.0 | Jan Böning, Franziska Drohsel 44

Eine Grundversorgung für alle ist möglich | Bernhard Weismann 46

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Dokumentation: „Wir brauchen eine Politik,
 die alle Kinder fördert“ – Appell vom 15. Mai 2007 48

Dokumentation: Aufschwung für alle – Zukunft für alle –
 Diskussionspapier der Parlamentarischen Linken

zur großen Koalition 52

Meldungen 56

5 Fragen an ... Andreas Bach 58

Mehr Mitarbeiterbeteiligung ist das Letzte?

von Kai Burmeister

» Die Konjunktur brummt und auch die Beschäftigung steigt. Nicht so gut läuft es derzeit für die SPD. Erfolge sind Mangelware. Steuergeschenke für Unternehmen, Rente mit 67 und das bislang nicht von Erfolg gekrönte Gerangel um den Mindestlohn haben die Entfremdung zwischen Partei und Wählerschaft noch weiter verstärkt. Mit „Die Linke“ ist jetzt zudem ernsthafte Konkurrenz um das sozialdemokratische Erbe entstanden. Unter dem Titel Deutschlandfonds hat die SPD nun ein Konzept zur materiellen Mitarbeiterbeteiligung vorgelegt. Kann damit Boden gutgemacht werden?

□ Neues aus Tellow?

» Die Grundsatzdiskussion über die Beteiligung von Arbeitnehmern am Produktivvermögen ist fast so alt wie der Kapitalismus selbst. Der Agrar- und Wirtschaftswissenschaftler Johann von Thünen erhoffte schon vor gut 160 Jahren über eine Gewinnbeteiligung im mecklenburgischen Tellow die Motivation der Landarbeiter und dadurch die Produktivität positiv beeinflussen zu können. Insbesondere die katholische Soziallehre hat sich später für eine Beteiligung am Produktivvermögen stark gemacht. Dem entgegengehalten wurde traditionell der gewerkschaftliche Standpunkt, wonach Beschäftigte neben dem Arbeitsplatz nicht auch noch das Kapitalrisiko tragen könnten. Parallel entwickelte sich immer wieder ein linker Diskussionsstrang um die Frage, ob nicht an Arbeitnehmerinteressen ausgerichtete Kapitalfonds ein Instrument der Wirtschaftsdemokratie sein können.

□ Verteilungsfrage gehört auf die Tagesordnung!

» Neben regelmäßig wiederkehrenden Diskussionen ist materiell wenig passiert. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen sind in den letzten Jahren explodiert, während die Löhne nur sehr langsam gewachsen sind. Auch ist die Lohnstruktur ins Rutschen geraten, oben gab es Zuwächse, während unten Einbußen zu verzeichnen gewesen sind. Warum jetzt Umverteilung nicht über die Beteiligung am Produktivvermögen organisieren und das ergänzt um staatliche Förderung? Ernsthaft die Verteilungsfrage über Fonds anzugehen, bedeutet ein kleines Instrument dramatisch zu überschätzen. Der SPD-Vorschlag für eine Kapitalsammelstelle erfüllt dennoch die wichtigen Kriterien Freiwilligkeit und Zusätzlichkeit und beinhaltet sinnvolle Regelungen zum Insolvenzschutz und ist intelligenter als sein CDU-Pendant.

Angesichts der lauter werdenden Auseinandersetzung kann die Mitarbeiterbeteiligung vielleicht das letzte Profilierungsthema der SPD in der Großen Koalition sein. Vom Hocker reißt das Thema aber weder die prekär oder gar nicht Beschäftigten noch die Arbeitnehmerschichten der Mitte. Wichtig ist, das die SPD sich über diesen Weg potentiell der Verteilungsfrage nähern könnte. Allerdings dürfte Kapitalbeteiligung auch künftig das nachrangigste Instrument sein, um die skandalöse Verteilungsungerechtigkeit ernsthaft korrigieren zu können. Dazu braucht es mehr und erkennbarere Konfliktbereitschaft sich mit den 10 Prozent der Bevölkerung anzulegen, die über die Hälfte des gesamten Vermögens verfügen. Damit steht oder fällt die SPD! ■



☞ Kai Burmeister, ist Mitglied im Juso-Bundesvorstand und arbeitet beim Vorstand der IG Metall.

Foto: privat

Armut bekämpfen, Globalisierung gerecht gestalten

Plädoyer für einen fairen Welthandel

von Sascha Raabe ■ ■

» Bis zum Jahr 2015 soll der Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbiert werden. Zur Jahrtausendwende war diese „Millenniumziel“ ausgegeben worden. Die Zwischenbilanz, die UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon nach der Hälfte der Wegstrecke vorgelegt hat, stimmt mich vorsichtig optimistisch. Die Zahl der Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen muss, ist in den letzten Jahren auf unter 1 Milliarde gesunken. Selbst in der Region südlich der Sahara ist die Zahl dieser extrem armen Menschen nicht weiter angestiegen. Wenn der Trend anhält, so heißt es im Millennium Development Goals Report 2007, könnte das Armutsbekämpfungsziel insgesamt und in den meisten Teilen der Erde erreicht werden. Ein Hoffnungsschimmer – mehr aber auch nicht. Denn Fakt ist: noch immer stirbt alle 3 bis 4 Sekunden ein Mensch an den Folgen von Hunger und Armut. Jedem einzelnen von ihnen und jedem neugeborenen Kind, das in einem Entwicklungsland zur Welt kommt, schulden wir alle erdenklichen Anstrengungen, damit diese Erde in Zukunft gerechter wird.

Vom G8-Gipfel in Heiligendamm sind wichtige Signale ausgegangen. Eines davon war die Bekräftigung des Beschlusses von Gleneagles, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika bis 2010 zu verdoppeln. Aber Geld allein reicht nicht. Wir brauchen darüber hinaus faire Handelsbedingungen: Wer Hunger und Armut bekämpfen will, der muss die Globalisierung gerecht gestalten. Nur wenn Entwicklungszusammenarbeit und faire Han-

delsbedingungen zusammen kommen, haben die Entwicklungsländer die Möglichkeit, sich langfristig und nachhaltig aus eigener Kraft aus der Armut zu befreien.

Bei den Handelsfragen ist aber vielen Industriestaaten das eigene Hemd näher als die Armutsbekämpfung. Nationale Interessen, Protektionismus der eigenen (Land-) Wirtschaft durch Quoten- und Zollregelungen, Angst vor Konkurrenz auf Augenhöhe aus Entwicklungsländern – das alles verhindert bisher einen erfolgreichen und fairen Abschluss der Doha-Welthandelsrunde.

» Umso wichtiger ist es, bis zum Ende des Jahres ein Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den Staaten Afrikas und des karibischen und pazifischen Raums, den sogenannten AKP-Staaten, zustande zu bringen. Die Belebung der Handelsbeziehungen ist im gegenseitigen Interesse. Diesen Ländern soll ein quoten- und zollfreier Zugang zu unseren Märkten eröffnet werden, gerade im Bereich der Agrarprodukte. Zudem muss die wettbewerbsverzerrende Subventionspolitik in der europäischen Landwirtschaft beendet werden. Wenn gleichzeitig den AKP-Staaten auch künftig ein Schutz für ihre sensiblen Produkte eingeräumt wird und ihnen bei weiteren Liberalisierungen lange Übergangsfristen gewährt werden, haben sie eine reelle Chance, wettbewerbsfähig am Welthandel teilzunehmen. Das wäre das beste Mittel, die Armut in diesen Ländern zu bekämpfen. ■



☞ Dr. Sascha Raabe, MdB (SPD), ist entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, er lebt in Rodenbach (Hessen).

Foto: www.spdfraktion.de

Afghanistan im Herbst

von Niels Annen

» In Konflikten gilt die Aufmerksamkeit dem Militär. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Mittel zu friedlichen Krisenbewältigung und Konfliktresolution werden nur selten ausgeschöpft. Militärische Mittel werden überschätzt, während sich die internationale Gemeinschaft allzu oft vor der politisch und kulturell sensiblen Erarbeitung von Konzepten zum nation building drückt. Militärische Stabilisierungseinsätze schaffen vorrangig den notwendigen Raum und die Zeit, um politische Lösungen zu entwickeln.

Im Rahmen des ISAF-Mandats sind in Afghanistan zahlreiche Fortschritte zu verzeichnen, der im Juli vorgelegte Bericht der Afghanistan Task Force der SPD-Bundestagsfraktion benennt jedoch auch die Schwachstellen: die angespannte Sicherheitslage, den Drogenanbau und die damit verbundene Kriminalität. Präsident Karzai muss vorgeworfen werden, dass regionale Warlords und Kriegsverbrecher über allzu großen Einfluss im Parlament und in den Provinzen verfügen, was durch den Mangel an effektiven staatlichen Institutionen in vielen Regionen noch verstärkt wird. Die ausstehende Entwaffnung von Milizen untergräbt zudem das Vertrauen in die Regierung und die ausländischen Friedenstruppen.

Doch sollten wir uns deswegen aus Afghanistan zurückziehen? Ich denke nein, denn wir müssen weiterhin ein Interesse daran haben zu verhindern, dass Afghanistan wieder zum Aufmarschgebiet internationaler Terroristen wird.

Ausschließlich militärische Terrorbekämpfung, so wie sie in Afghanistan unter dem Schirm von OEF vollzogen wird, ist offensichtlich nicht erfolgreich. Auch die Legitimation des Mandats „Opera-

tion Enduring Freedom (OEF)“ wirft Fragen auf: Handelt es sich noch um ein Recht auf Selbstverteidigung, oder ist die Grenze zum Präventivkrieg überschritten? Kann also OEF als Operation der sogenannten „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA noch ein tragfähiges Modell des Engagements in Afghanistan und darüber hinaus sein? Ich bin überzeugt: Es gibt gute Gründe, das OEF-Mandat auslaufen zu lassen. Das Parlament ist gut beraten, seine Verantwortung für die Parlamentsarmee Bundeswehr ernst zu nehmen und im Herbst zu einer klaren Antwort zu gelangen.

» Keine internationale Bündnisverpflichtung ist es wert, sich in unwägbarer Abenteuer zu stürzen. Dennoch: Die Notwendigkeit einer militärischen Komponente in Afghanistan kann nicht geleugnet werden, und ein Abzug der Soldaten der internationalen Gemeinschaft aus Afghanistan wäre zu diesem Zeitpunkt für die Stabilität Afghanistans und der gesamten Region verheerend und ein Schlag für die Glaubwürdigkeit unserer Politik. Gerade ein erschütterter Glaube in die Verlässlichkeit des internationalen Engagements verleiht den Taliban neuen Auftrieb. Ein plötzlicher Abzug der internationalen Truppen wäre daher das Gegenteil von Solidarität! Erfolgversprechender ist eine integrierte Terrorbekämpfung durch zivilen Wiederaufbau und Stärkung der Staatlichkeit. Die Schulung der afghanischen Polizei und Armee sind wichtige Bestandteile dieser Strategie. Das Engagement der Bundeswehr in diesem Sinn muss durch eindeutige Mandate und klare Zielvorgaben für die kommenden Jahre abgesichert werden. ■



☞ Niels Annen, MdB (SPD), ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und spw-Herausgeber, er lebt in Hamburg.

Foto: privat

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:
112 Seiten, 7,50 €
Jahresabo: 42,50 €
ermäßigt: 27,50 €

Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu

PRIVATISIERUNG

Thema Die neoliberale Offensive und der Kampf um das öffentliche Eigentum
Manfred Szameitat | Privatisierung in der Kommune • Erfahrungen, Ergebnisse und Alternativen
Werner Rügemer | Wohnungsvverkäufe sind zu stoppen
Hendrijk Guzzoni | Aus Widerspruch Widerstand gemacht • Interview mit **Bernt Kamin** | Doppik für den „Konzern Kommune“
Rainer Keil | Kommerzielle Sicherheit auf dem urbanen Marktplatz
Volker Eick | Privatisierung von Militäraufgaben
Dario Azzellini | Der gefängnisindustrielle Komplex
Angela Davis | Sparkassen gegen Kartell der Privatisierer
Beate Landefeld | Raub-Zug Bahn
Winfried Wolf Bildung & Geldbeutel
Horst Bethge Museen – „Wer das Geld gibt, kontrolliert“
Julia Sastra

Bestellung bei Neue Impulse Versand
Hoffnungstr. 18 • 45127 Essen
Tel. 0201-24 86 48 2 | Fax 0201-24 86 48 4
E-Mail NeueImpulse@aol.com



NEUE IMPULSE VERLAG



Luciano Canfora Eine kurze Geschichte der Demokratie

Von Athen bis zur Europäischen Union
Hardcover, 404 Seiten, EUR 24,90

In seinem epochalen Überblick entwickelt Luciano Canfora einen Begriff von Demokratie, in dem d'rin ist, was d'rauf steht: Demokratie nicht als Fassade oligarchischer Macht, sondern als Gleichheit und Volksherrschaft. Kein Wunder, daß ihn jene nicht lieben, die sich heute in der demokratischsten aller Welten wähen! Das Buch entspreche nicht den Normen »westlicher Geschichtswissenschaft« - was immer das sein mag. Es mache die Großindustrie verantwortlich für Hitler, beschönige den Stalinismus und verunglimpfe die BRD unter Adenauer als revanchistisch und von alten Nazis durchsetzt. Kurzum: Einem deutschen Publikum nicht zuzumuten. So begründete ein großes Münchner Haus seine Weigerung, dieses Buch zu veröffentlichen. Nun liegt es trotzdem auch auf deutsch vor, und wer seinem eigenen Kopf vertrauen will, mag selbst beurteilen, was es mit derlei Nettigkeiten auf sich hat.

PapyRossa Verlag Luxemburger Str. 202
50937 Köln – Tel. (02 21) 44 85 45, Fax 44 43 05
mail@papyrossa.de – www.papyrossa.de

☒ Pro: Für eine Teilprivatisie- rung der Bahn

von Martin Burkert



☒ Martin Burkert, ist MdB (SPD) und Bahnenbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion, er war Gewerkschaftssekretär bei TRANSNET und lebt in Nürnberg.

Foto: www.martin-burkert.de

☒ Bei der Debatte um den Börsengang der Bahn wird immer wieder der Eindruck erweckt, die SPD handle verantwortungslos und wolle Volksvermögen verschenken. Diese Darstellung ist irreführend, geht es der SPD-Fraktion vielmehr darum, die schienenpolitische Gestaltungsverantwortung des Bundes vorausschauend wahrzunehmen, zeitgemäß zu erhalten und in Teilen sogar auszubauen.

☐ Gestaltungsauftrag vorausschauend wahrnehmen

1993 wurde aufgrund ständig sinkender Marktanteile, extremer Investitionsrückstände und hoher Verschuldung eine formelle Privatisierung beschlossen. Seitdem sind die Umsätze und Verkehrsleistungen gestiegen, die Produktivität hat um 245% zugelegt. Mit der Europäischen Einigung und der Globalisierung sind nun völlig neue Herausforderungen für den Schienenverkehr entstanden. Deshalb müssen wir klären, wie wir die DB AG und den Eisenbahnverkehr unter den Anforderungen des EU-Rechts stärken können. Hier werden drei Möglichkeiten diskutiert. Das erste Konzept wünscht sich eine Bahn, die vollständig in öffentlichem Besitz bleibt. Diese Vorstellung setzt aber eine milliarden schwere Kapitalaufstockung des Bundes voraus, die derzeit nicht zu finanzieren ist. Darüber hinaus ist das Konzept im Bundestag nicht mehrheitsfähig. Die von Union, FDP und den Grünen favorisierte zweite Variante sieht vor, das Netz beim Bund zu belassen und die Verkehrssparten der Bahn zu 100% zu verkaufen. In diesem Fall würde sich der Bund aber nicht nur seines Ein-

flusses auf die Verkehrsunternehmen berauben. Zugleich würde eine Aufteilung der DB auch das Ende des Beschäftigungsbündnisses bedeuten. Mehr als 50.000 Arbeitsplätze wären dann bedroht. Rund 240.000 Konzernmitarbeiter müssten erhebliche Einbussen beim Lohnniveau und den Sozialstandards befürchten.

☐ Gestaltungsverantwortung zeitgemäß erhalten – Gestaltungsmöglichkeiten ausbauen

Zwischen nicht durchsetzbarer und nicht hinnehmbarer Option haben wir uns für eine dritte Variante entschieden. Mit einer Teilprivatisierung soll die DB AG private Partner erhalten, die ihre Eigenkapitalbasis verbessern. Dadurch kann die DB AG ihre Chancen auf den europäischen Märkten nutzen. Gleichzeitig bleibt der Bund Mehrheits-eigentümer und für die Infrastruktur verantwortlich. Hierfür hat Wolfgang Tiefensee einen Gesetzentwurf erarbeitet. Mit ihm wird die Position des Bundes gegenüber der DB AG gestärkt, etwa bei der Infrastruktur: Gleise, Bahnhöfe und Energieversorgung werden nicht privatisiert. Der Bund wird juristischer Eigentümer, die Bahn darf die Infrastruktur aber für 15 Jahre bewirtschaften. Mit einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung wird geregelt, welche Netzqualität der Bund vorschreibt und welche Sanktions- und Kontrollmöglichkeiten ihm zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sichert das Gesetz das Beschäftigungsbündnis, gewährleistet fairen Wettbewerb und begrenzt die Haushaltsbelastung. Die Teilprivatisierung ist für mich daher richtig. ■

■ Contra: Die Privatisierung der Bahn ist überflüssig und falsch

von Hermann Scheer ■ ■



☞ Dr. Hermann Scheer, ist MdB (SPD) und Präsident von EUROSOLAR, er lebt in Waiblingen (Baden-Württemberg) und Berlin.

Foto: www.spdfraktion.de

„Es fällt schwer, Worte für meine Empörung zu finden.“ Mit diesem Satz hat kürzlich die Chefin des Bundesverbandes der Verbrauchzentralen, Edda Müller, ihre Haltung zur Bahnprivatisierung charakterisiert. Dass die oberste Verbraucherschützerin sich so deutlich zu Wort meldet, ist nur konsequent. Denn für die Bahnkunden wird sich durch die Privatisierung nichts zum besseren wenden. Um sie börsentauglich zu machen, wurde die Bahn schon seit langem wie ein reines Privatunternehmen geführt. Das hatte Folgen: Streckenstilllegungen, Personalabbau, Schließung von Bahnhöfen, erhöhte Unzufriedenheit der Kunden. Diese Entwicklung wird sich nach der Privatisierung nahtlos fortsetzen und wahrscheinlich noch verschärfen. Wir wissen also wohin die Reise geht.

Auf den Bundestag wird enormer Druck ausgeübt, das Projekt durchzuzupitschen. Eine Debatte um das „ob“ einer Bahnprivatisierung wurde nie wirklich geführt, sondern systematisch verhindert – denn in dieser Auseinandersetzung hätten die Befürworter einer Privatisierung den Kürzeren gezogen.

Umgekehrt gibt es aber eine ganze Anzahl Argumente, die die Haltung der Privatisierungsgegner stützen. Da ist zum einen der Einfluss privater Investoren. Selbst wenn sie nur eine Minderheitenbeteiligung halten, werden sie darauf drängen, dass die Bahn vor allem eines tut: eine hohe Rendite erwirtschaften. Dies widerspricht dem verkehrs- und umweltpolitischen Anspruch, die Bahn in der Fläche wachsen zu lassen und ihre Netzdichte zu verbessern, denn das ist für Investoren uninteressant, weil sich vieles davon nicht

rechnet. Die meisten europäischen Staaten sehen diese Gefahr und haben sich gegen Bahnprivatisierungen entschieden.

Gegen eine Privatisierung spricht auch die verfehlte Strategie der Bahn, weltweit und meist auf Pump Firmen zuzukaufen, um einen globalen Logistikkonzern zu formen. Mit ihrer Kernaufgabe, der Beförderung von Personen und Gütern in Deutschland, hat das wenig zu tun. Diese Entwicklung würde durch eine Privatisierung vorangetrieben. Mit einer Privatisierung würden wir das Tor für die Global-Player-Träume weiter aufstoßen, statt es, was dringend nötig wäre, zu schließen.

Gegen die Privatisierung spricht auch, dass sie eine Verschleuderung von Volksvermögen wäre. Fünf Generationen vor uns haben als Bahnkunden und Steuerzahler ein Unternehmen geschaffen, das selbst nach vorsichtiger Schätzung einen Gesamtwert von 100 Milliarden Euro repräsentiert. Laut einem offiziellen Regierungsgutachten sollen 49 Prozent der DB AG aber für 4,6 bis 8,7 Milliarden verkauft werden. Neuere Zahlen, so ist der Presse zu entnehmen, gehen von einem maximalen Verkaufserlös von 6,2 Milliarden aus, wovon jeweils die Hälfte an den Bund und an die Bahn gingen. Dabei könnte allein der Verkauf der nicht zur Kernaufgabe gehörenden Lufttransportunternehmen und Speditionen mindestens 3,3 Milliarden erbringen. ■



Foto: Michael Contes

Mit Nachdruck eigene Positionen vertreten

SPD darf das gesellschaftskritische Milieu nicht aufgeben

Interview mit Andrea Nahles



spw: Die SPD kommt auch zur politischen Sommerpause nicht in ruhigeres Fahrwasser. Die letzten Umfragen sehen die Partei weiter im Sturzflug, dem Parteivorsitzenden Beck wird in der veröffentlichten Meinung nicht viel zugetraut. Was ist los?

Andrea Nahles: Man darf nicht jede Umfrage überbewerten. Aber wir haben in der Tat ein Problem. Vieles von dem, was uns gelingt, kommt so in der Öffentlichkeit nicht rüber: dass wir für Hunderttausende von Arbeitnehmern einen faktischen Mindestlohn durchsetzen konnten, oder dass wir in der Pflegeversicherung ernstzunehmende Verbesserungen für die Betroffenen erreicht haben. Wir haben einen spannenden und inhaltlich ertragreichen Programmkonvent im Juni in Hannover gehabt. Das wären eigentlich mehr positive Meldungen wert gewesen.

spw: Also hat die SPD nur ein Problem mit den Medien?

Nahles: Auch das. Es gibt nicht wenige Journalisten, die derzeit schwarz-grün herbeischreiben. Im Gegensatz zu unserem Koalitionspartner tun wir uns schwerer, unsere Erfolge mit Selbstbewusstsein zu vertreten. Die SPD ist eine Partei, die Inhalte mit Machtanspruch verbindet. Das schätze ich an ihr. Das heißt aber auch, dass wir genau das sichtbar machen müssen. In der

Großen Koalition ist das schwieriger, aber es ist unerlässlich.

spw: Aber geben die Ergebnisse zum „Mindestlohn“ oder zur Unternehmenssteuerreform wirklich Anlass zum Selbstbewusstsein?

Nahles: Der Einstieg in den flächendeckenden Mindestlohn ist unumkehrbar. Die Postdienste, das Bewachungsgewerbe, die Leiharbeit und die Entsorgerbetriebe kommen in den nächsten Monaten in den Mindestlohn, das sind etwa 1-2 Millionen Arbeitsplätze. Weitere Branchen folgen. Es gibt die Option auf einen Mindestlohn auch für die Branchen, in denen es weniger als 50 Prozent Tarifbindung gibt. Für die bekommen wir einen Ausschuss, ähnlich der Low-Pay-Commission in England, die eine Mindestlohnuntergrenze festlegen kann. Das ist ein Riesenschritt, bei dem wir aber nicht stehen bleiben werden.

spw: Kritik kommt nicht nur von den „üblichen Verdächtigen“. Selbst Franz Müntefering war für seine Verhältnisse völlig außer sich.

Nahles: Die Kritik von Franz Müntefering bezog sich weniger auf den inhaltlichen Kern, sondern auf das Zustandekommen. Wir haben große Einigkeit in der SPD und dadurch auch Schlagkraft. Das weiß die CDU und deshalb ver-

sucht sie uns auszubremsen. Das Thema Mindestlohn bleibt auf der Tagesordnung. Und die Große Koalition wird nicht auf ewig bestehen. Nach der nächsten Bundestagswahl ist die Wahrscheinlichkeit für eine andere Regierungskonstellation da.

spw: Stichwort Unternehmenssteuerreform?

Nahles: Das war für uns eine schwierige Angelegenheit. Wir haben in der Parlamentarischen Linken immer betont, dass wir mit dem Bundesfinanzminister im Ziel einig sind, eine moderne Unternehmensbesteuerung zu erreichen, die gleichzeitig beliebte Steuerschlupflöcher schließt. Strittig war neben dem Ausmaß der vom Finanzminister angestrebte Steuerentlastung – hier plädierten wir für eine Aufkommensneutralität – auch die Frage, in wie weit Ausgaben für Forschung und Entwicklung steuerbegünstigt werden oder nicht. Alles in allem haben wir uns dafür entschieden, dem Gesetzentwurf mehrheitlich zuzustimmen. Einige Mitglieder der PL haben sich enthalten und unsere abweichende Position in einer persönlichen Erklärung deutlich gemacht. Insgesamt war das aber keine Entscheidung, an der man die Große Koalition knallen lässt. Das hätte niemand verstanden. Aber die Messe ist auch in der Steuerpolitik noch nicht gesungen.

spw: Die Parteiführung ringt mit den Landesverbänden um eine gemeinsame Position zum neuen Herausforderer auf der politischen Linken.

Nahles: Wir müssen die Lage differenziert betrachten. In Ostdeutschland hat die neue Linkspartei als regionale Milieupartei ihre historisch gewachsene Berechtigung. Im Westen brauchen wir sie eigentlich nicht. Das linke Spektrum, das an einer politischen Gestaltung der Verhältnisse interessiert ist, findet in der bisherigen Parteienlandschaft durchaus seinen Platz. Wir dürfen dieses gesellschaftskritische Milieu aber nicht einfach aufgeben.

spw: In diesen Tagen haben zahlreiche Gewerkschafter gerade auch in Westdeutschland die SPD in Richtung neue Linkspartei verlassen.

Nahles: Das ist leider so und zeigt, dass die Sozialdemokratie hier viel an Vertrauen verloren hat. Wir haben es von der Bundesebene bis in die Städte und Unternehmen hinein in den letzten Jahren versäumt, die vorhandenen Gesprächsfäden stärker zu knüpfen, unsere Politik zu erläutern und wo erforderlich auch zu korrigieren. Aber ich bleibe dabei: diejenigen, die jetzt große Hoffnungen in die Linkspartei setzen, werden über kurz oder lang enttäuscht sein. Die Linkspartei trimmt sich gerade selbst auf Oppositionskurs. Die Fusion wirft die PDS/Linkspartei um 10 Jahre zurück. Keine originellen Ideen, keine realistischen und finanzierbaren Konzepte, keine Basis im Westen. Aber viel Aufmerksamkeit – besonders in den Medien. Viel Irritation, leider auch bei Sozialdemokratien.

spw: Lafontaine wird zum großen Dämon und Verführer gemacht. Struck und Beck wollen nun schwere Geschütze gegen ihn in Stellung bringen.

Nahles: Wir müssen deutlich machen, wo und warum wir andere Positionen als die neue Linkspartei vertreten. Dazu ist manchmal auch verbaler Nachdruck erforderlich, ohne dass man jede Kinderei mitmacht, die Lafontaine veranstaltet. Da sollten wir uns nicht drauf einlassen. Und so lange Lafontaine vor allem daran interessiert ist, die Partei, die ihn groß gemacht hat, am Nasenring durch die politische Arena zu ziehen, wird es keine Kooperationsmöglichkeiten geben können. Es bleibt zu hoffen, dass sich unsere Generation der 30-50jährigen von derlei Gehabe nicht anstecken lässt. Denn letztlich hat es immer den Konservativen genutzt, wenn die Linke uneins war. Also: wir sollten uns auf den inhaltlichen Streit konzentrieren. Daraus können sich dann sowohl nachvollziehbare Abgrenzungen als auch sinnvolle Anknüpfungen ergeben. Koalitionsspekulationen lenken von dieser Form der Auseinandersetzung nur ab.

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Andrea Nahles, MdB (SPD), Mitglied im SPD-Präsidium und Vorsitzende des Forum DL21, spw-Mitherausgeberin, lebt in Weiler.

☞ Das Interview führte Reinhold Rünker.

Bündnis für Arbeit und Umwelt

Einleitung zum Schwerpunkt

von Uta M. Biermann
und Reinhold Rünker



Foto: www.fotolia.de, © Clemens Haselböck

» » „Zwei Probleme haben sich in den letzten Jahren in bedrückender Weise verschärft: Die Zunahme der Arbeitslosigkeit und die rasante Umweltzerstörung. Jahrelang war das Funktionieren der privatwirtschaftlichen Wachstumsbedingungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur Vermehrung des Wohlstands oberste Maxime letztlich auch sozialdemokratischen Handelns.“ Das Zitat von Michael Müller, in dem er den SPD-Vorschlag für ein „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ vorstellt, stammt aus dem ersten Schwerpunkt, den spw zum Thema „Ökologie“ gemacht hat. Es war März 1986 und die Atomkatastrophe von Tschernobyl stand noch bevor. Die SPD befand sich im vierten Jahr der Opposition auf Bundesebene und hatte begonnen, eine Grundsatzprogrammdebatte zu führen, mit der sie sich auf die veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, v.a. die Bedeutung der sozialen Bewegungen, und die

Dynamik der Produktivkraftentwicklung einstellen wollte. Die Verbindung von „Ökologie“ und „Arbeit“ mündete Ende 1989 im Berliner Grundsatzprogramm in der Forderung nach einer Politik sozial und ökologisch ausgewählter Wachstumsfelder, verbunden mit der zeitgenössischen Technikskepsis.

Damit befand sich die Sozialdemokratie programmatisch durchaus auf der Höhe der Zeit und bereitete auch machtpolitisch rot-grüne Regierungskonstellationen vor. Doch es sollte noch acht Jahre dauern, bis SPD und Grüne die Bundesregierung stellten. Und in der Einigungs- und Börseneuphorie spielte das Bündnis aus Arbeit und Umwelt eine nur noch untergeordnete Rolle. Ökosteuer und Atomausstieg blieben als Leuchttürme ohne Strahlkraft in der öffentlichen Debatte. Der Um- und Abbau des Sozialstaats, Börsencrash und finanzgetriebener Kapitalismus, Massenarbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche dominierten ab 2000 die politische Auseinandersetzung. Wer sich weiterhin für eine ökologisch und sozial nachhaltige Politik einsetzte, wurde belächelt. Wer dazu auch noch auf den Staat als Akteur setzte, wurde als nur noch begrenzt politisch ernst zu nehmen betrachtet.

□ Der Klimawandel verdeutlicht ökologische Grenzen

» » Die Realität verändert die Debatte. Aus wissenschaftlichen Voraussagen wird Gewissheit. Die Herausforderung Klimawandel hat die Politik unmissverständlich erreicht: der drohende Wandel des Klimas erfordert neue politische Konzepte und einen Umbau der Industriegesellschaften. Die SPD kann sich zugute halten, dass sie schon seit den 1980er Jahren, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und politischen Konsequenzen, mit dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft beschäftigt hat. Für sie bestand die Herausforderung immer darin, Arbeit, Umwelt und soziale Gerechtigkeit zusammen zu denken. In Phasen wirtschaftspolitischer Wachstumsschwächen und wachsender Arbeitslosigkeit trat der Gedanke einer auch ökologisch nachhaltigen Wirt-

schaftsweise in den Hintergrund. Gleichzeitig nahm auch die SPD die in den 1990er Jahren vorherrschende neoliberale Vorstellung auf, dass Markthandeln dem Vorrang gegenüber staatlichen Regelungen einzuräumen sei.

Auch hier hat der Klimawandel drastisch vor Augen geführt, dass Märkte nicht in der Lage sind, ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften zu ermöglichen. Der „Erwartungshorizont“ der Marktakteure ist eben nicht auf langfristige Ziele ausgerichtet, sondern auf die möglichst unmittelbare Verwertung des eingesetzten Kapitals – ohne Rücksicht auf die Folgen. Dies ruft zweifellos den Staat wieder auf den Plan, soweit er im globalen Maßstab noch die Möglichkeiten besitzt, regulierend in das Marktgeschehen einzugreifen.

□ Ökologische Industriepolitik

Neben der Ökologie hat auch die Industriepolitik wieder an Reputation gewonnen. In dem Maße, wie erkannt wurde und wird, dass der Markt für sich genommen weder eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur in Regionen und Ländern – und damit verlässliche Staatseinnahmen –, noch auskömmliche Arbeit für die Beschäftigten – die wiederum Steuern und Sozialabgaben zahlen – sicherstellt, wird auch hier staatliches Handeln im Sinne einer gezielten Industriepolitik gefordert. Mit dem Angebot eines „New deal“ für Umwelt, Innovation und Beschäftigung werden in der Sozialdemokratie nun drei zentrale Ziele einer zukunftsfähigen Ökonomie zusammengedacht. Wenn wir Bildung und Qualifikation mit einer konsequenten Orientierung auf die ökologischen Märkte der Zukunft und einem sozial gerechten Umbau unseres Wirtschaftens verbinden, können wir den Herausforderungen des Klimawandels erfolgreich begegnen. Und damit ein Bündnis für Arbeit und Umwelt für das 21. Jahrhundert erneuern. Dies wird in den Beiträgen deutlich, die wir in diesem Heftschwerpunkt gesammelt haben. Matthias Machnig, in den ausgehenden 1980er Jahren an der spw-Debatte um den „Staat als Pionier“ („53-Thesen“) beteiligt,

plädiert heute als Staatssekretär im Bundesumweltministerium energisch für die Wiedergewinnung staatlicher Handlungsfähigkeit im Feld der ökologischen Industriepolitik. In dem Interview, das wir mit ihm geführt haben, fordert er nicht weniger als die Einleitung einer „dritten industriellen Revolution“.

Welche technischen Herausforderungen heute schon in Angriff genommen werden und welche Bedeutung dies für ein stark exportorientiertes Land wie Deutschland hat, zeigen Richard Müller und René Röspel in ihrem Beitrag. Svenja Schulze skizziert Eckpunkte einer ökologischen Industriepolitik für das klassische Industrieland in Deutschland – Nordrhein-Westfalen. Marco Bülow und Gregor Czisch befassen sich exemplarisch mit energiepolitischen Aspekten: Bülow, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, macht deutlich, warum den Einflüsterungen der Atomlobby nicht zu glauben ist. Czisch, der sich an der Universität Kassel mit Problemen der globalen Energieversorgung beschäftigt, wirft die Frage auf, ob eine dezentrale Versorgungsstrategie wirklich sinnvoller ist als eine zentral gesteuerte Struktur. Dietmar Hexel vom DGB-Bundesvorstand weist auf die Wachstumspotenziale v.a. im Energiesektor für Arbeit und Beschäftigung hin.

□ Fazit

Wir stehen vor der gewaltigen Herausforderung, Ökonomie und Ökologie dauerhaft miteinander zu versöhnen. Klar ist: ein Missachten des ökologisch Notwendigen wird auch zur wirtschaftlichen Erfolglosigkeit führen. Eine konsequente ökologische Industriepolitik legt die Grundlage dafür, dass durch Innovationen für die Märkte der Zukunft neue Beschäftigung entsteht. Insofern gehören ökologische Erneuerung und gute Arbeit zusammen. ■

☞ Dr. Uta M. Biermann, arbeitet als Referentin beim SPD-Parteivorstand, sie lebt in Berlin.

☞ Reinhold Rünker, Historiker, ist spw-Chefredakteur und lebt in Leichlingen.

Deutscher Exportschlager Umwelttechnik

von René Röspel und Richard Müller



Fotos: www.fotolia.de © Edith Ochs (l.); Christian Kiel (r.)

» Der Klimawandel ist nicht nur „heiße Luft“, das erfahren selbst wir Westeuropäer mittlerweile immer stärker am eigenen Leibe. Für uns bedeutet dies derzeit extreme Temperaturen und schwere Unwetter. Dass dies nur erste Vorboten sind, bzw. es uns im Vergleich zu anderen Regionen noch gut geht, zeigen exemplarisch die Ereignisse in New Orleans 2005 oder die Überschwemmung im Wüstenstaat Oman Anfang Juni dieses Jahres.

Die meisten Staaten haben mittlerweile akzeptiert, dass mindestens ein Teil der klimatischen Veränderungen durch Menschen verursacht wurden sind. Umweltpolitik wird immer wichtiger genommen. Deutschland hat sich im Vergleich bereits früh dem Thema Umweltschutz angenommen. Den Weg bereitete die SPD unter Willy Brandt, dessen 1961 geäußerte Forderung „der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden“ ein geflügeltes Wort geworden ist. Dies ging, neben einem hohen Umweltbewusstsein innerhalb der Bevölkerung, mit einer entsprechend ausgerichteten Gesetzgebung einher. Ein eignes Bundesministerium für Umwelt, als Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl, haben wir immerhin seit 21 Jahren.

» Wie Bundesumweltminister Sigmar Gabriel Mitte Juni diesen Jahres auf dem Energiekongress der SPD-Bundestagsfraktion richtig dargestellt hat, ist der Klimawandel weit mehr als nur ein ökologisches Problem. Schon heute sind es vermehrt ökologische Gründe, die Krieg und Massenfluchten weltweit auslösen. Die gerade in Genf vorgestellte UNEP-Studie zur Situation in Darfur (www.unep.org/sudan) zeigt dies exemplarisch. Auch der immer wieder viel zitierte „Kampf um die Ressource Wasser“ ist leider schon heute real.

Sigmar Gabriel hat aber ebenfalls richtig dargestellt, dass die Klimakatastrophe immer mehr auch zu einem ökonomischen Problem wird. Der im Oktober 2006 veröffentlichte und heiß diskutierte „Stern-Bericht“ (www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/) zu den ökonomischen Aspekten des Klimawandels rechnet zum Beispiel vor, dass uns die Klimaveränderung jedes Jahr zwischen fünf und 20 Prozent des globalen Bruttosozialproduktes kosten könnte. Umgekehrt müsste man nur ca. ein Prozent des globalen Bruttosozialproduktes pro Jahr verwenden, um eine Stabilisierung der Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu erreichen. Selbst wenn man über diese Zahlen streiten kann, so zeigen sie doch, dass sich

umwelt- und ressourcenschonende Produkte bereits aus rein ökonomischer Sicht lohnen. Denn mittel- und langfristig ist auf diesem Markt mit wachsender Nachfrage zu rechnen.

□ Standortbestimmung

Deshalb ist es natürlich wichtig zu wissen, wie Deutschland in dieser Sparte wirtschaftlich aufgestellt ist. Ende Juni hat die Bundesregierung den diesjährigen „Bericht der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschland 2007“ (TLF 2007, www.bmbf.de) vorgestellt. Dieser Bericht beschreibt jedes Jahr den Stand von Technologie und Innovation in Deutschland. In diesem Jahr haben die Verfasser, das „Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung“ (ZEW), der deutschen Umwelttechnologie ein ganzes Kapitel gewidmet. Einige der maßgeblichen Punkte wollen wir daraus an dieser Stelle darstellen.

» In Deutschland zählen rund fünf Prozent aller Unternehmen zur sogenannten Umweltwirtschaft (für eine genaue Definition siehe TLF 2007 S. 142). Die Branchengruppe mit der stärksten Ausrichtung auf umweltschutzbezogene Innovationen ist dabei die Energie- und Wasserversorgung. Danach folgen Umweltdienstleister für Entsorgung und Recycling. Unter den Industriebranchen weisen der Fahrzeugbau, die Chemieindustrie und die Gummi- und Kunststoffverarbeitung die stärkste Ausrichtung auf umweltschutzrelevante Innovationen auf. Etwa 4,8 Prozent der gesamten Industrieproduktion in Deutschland entfallen auf potenzielle Umweltschutzgüter. Das deutsche Produktionsvolumen von Umweltschutzgütern liegt bei jährlich 19 bis 22 Milliarden Euro. Drei Viertel davon kommen aus wissens- und forschungsintensiven Branchen. Den Autoren des Berichts zufolge sind die Unternehmen der Umweltwirtschaft im Vergleich zur herkömmlichen Wirtschaft überdurchschnittlich innovativ. Dies ist ein bemerkenswerter Aspekt, der offensichtlich bei CDU/CSU und FDP noch nicht angekommen ist.

Leider muss man sagen, dass sich die Produktion von Umweltgütern bis auf Teilbereiche in den letzten zehn Jahren kaum nennenswert erhöht hat. Die einzige dynamische Komponente auf dem Inlandsmarkt ist der Bereich des energiebezogenen Klimaschutzes. Das betrifft ausschließlich die regenerative Energie. Dabei verweisen die Autoren der Studie auf die erfolgreiche staatliche Förderung über das „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG).

» Laut einer Umfrage der ZEW gehen sechs Prozent aller befragten Unternehmen davon aus, dass staatliche Regulierungen Impulse für Innovationen in ihren Unternehmen gegeben haben. Umweltregulierungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Für die Energiebranche wurde ebenfalls immer wieder das von Rot-Grün eingebrachte EEG genannt. In der aktuellen Debatte wird oft auf die durch die neuen Umweltregulierungen auf Unternehmen zukommenden Kosten verwiesen. Interessant ist, dass sich laut der ZEW-Umfrage die negativen Auswirkungen auf die Kostensituation und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen insgesamt in Grenzen halten. Die Autoren der Studie erklären dies damit, dass die Unternehmen die erhöhten Kosten entweder an ihre Kunden weitergeben oder die möglichen negativen Effekte durch Einsparungen ausgeglichen werden konnten. Weiterhin schließen die Autoren aus ihren Daten, dass eine signifikante Anzahl der Unternehmen, die durch staatliche Vorgaben notwendige Produktinnovationen eingeführt haben, eine höhere Umsatzrentabilität aufweisen. Auch diese Aussage wird den radikal marktwirtschaftlichen Kollegen in CDU/CSU und FDP nicht gefallen!



□ Förderung

Es ist festzustellen, dass Umweltschutzgüter-Anbieter höhere Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) tätigen, als vergleichbare Unternehmen (38 Prozent aller Umweltschutzgüter-Anbieter zu 26 Prozent in vergleichbaren Unternehmen). Ebenfalls auffällig ist, dass diese Unternehmen überdurchschnittlich stark durch den Bund gefördert werden (23 Prozent zu 14 Prozent in vergleichbaren Unternehmen, vgl. TLF 2007 Tabelle Seit 146). Die Finanzierung der Umweltforschung ist somit in Deutschland, wie auch in anderen Ländern, in erster Linie Sache der öffentlichen Hand. Die deutschen Universitäten mit ihren breiten Themenspektren bilden dabei das Rückgrat der deutschen Umweltforschung. Es ist mittlerweile eine Bedeutungsverschiebung bei Forschungsthemen vom eher nachsorgenden Charakter zu Themen, die sich integrierter Umwelt-schutzlösungen widmen, zu beobachten.

Auf Deutschland entfiel 2004 mit 17,3 Prozent der größte Teil aller staatlichen FuE-Ausgaben für den Umweltschutz in der OECD. Zum Vergleich muss man wissen, dass Deutschland „nur“ für zehn Prozent aller zivilen staatlichen FuE-Ausgaben in der OECD aufkommt. Dies bedeutet, dass wir 0,25 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Umweltforschung ausgeben. Dies ist der höchste Beitrag weltweit! Die Autoren des TLF 2007 konstatieren allerdings für Deutschland ein Absinken der FuE-Projektförderungen im Umweltbereich. Die Fördermittel müssen daher jetzt konzentrierter eingesetzt werden, der größte Teil geht dabei in den Energiebereich. Diesem Trend müssen wir als SPD-Politiker unbedingt entgegenhalten. In den nächsten Haushaltsberatungen im Herbst 2007 wird dies auf Bundesebene sicherlich ein Thema werden. Auf Grund des hohen Anteils an staatlichen Investitionen und Beschaffung sind die Umweltschutzgüter überwiegend inlands-marktorientiert. Für die Zukunft sagen alle Prognosen eine expansive Marktentwicklung voraus, insbesondere auf Grund der internationalen Anstrengungen im Bereich Klimaschutz und der weiter steigenden Rohölpreise.

□ Export und Import

Unsere Wirtschaft ist stark auf Export ausgerichtet. Im letzten Jahr waren wir wieder Exporteur Nummer eins weltweit. Diese Spitzenposition ist besonders von der deutschen Automobilindustrie abhängig. „Auf dem Weltmarkt für Klimaschutzgütern sind gegenwärtig diejenigen Länder stark vertreten, die sich schon sehr früh dem Klimaschutz und erneuerbaren Energietechnologien gewidmet haben (z.B. Dänemark), aber auch Länder, die allgemein in der technologischen Leistungsfähigkeit breit und gut aufgestellt sind und mit technologischen Know-how gegebene Marktpotenziale ausschöpfen (USA, Japan und Schweiz)“ (TLF 2007 S. 145). Für Deutschland treffen beide Teilaussagen zu. Deshalb gehörten 2004 immerhin 6,2 Prozent aller exportierten Güter zur Kategorie der potenziellen Umweltschutzgüter. Damit besaß Deutschland 2004 einen Weltmarktanteil von 16 Prozent und war größter Exporteur von Umweltgütern weltweit vor den USA. Da der Einsatz von Umwelttechnik fast immer eine Reaktion auf staatliche Vorgaben ist, steigen die deutschen Exportchancen für die Länder, in denen auch die gesetzlichen Regelungen mit deutschen Regelungen harmonisieren.

➤ Mittlerweile importieren wir mehr und mehr Umweltschutzgüter nach Deutschland. Denn die beachtliche Ausweitung der inländischen Produktionskapazitäten für Fotovoltaik- und Windkraftanlagen, primär ausgelöst durch das EEG, konnte mit der angestoßenen Nachfragedynamik nicht mithalten und hat Deutschland zu einem attraktiven Markt für ausländische Anbieter gemacht. Nach den letzten Zahlen machten potenzielle Umweltschutzgüter 4,8 Prozent der deutschen Importe aus. Damit bleibt genug Raum für weiteres inländisches Wachstum.

□ Fazit:

Deutschland ist gut beraten, im Bereich Umwelt, insbesondere beim Klimaschutz, noch stärker politisch aktiv zu werden. Wie uns die Zahlen zeigen, kann damit nicht nur eine ökologische Katastrophe gestoppt, sondern auch unsere gute Position als Exportwirtschaft gestärkt und somit neue Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden. Wie der TLF 2007 aufweist, verfügt die deutsche Umweltwirtschaft auf Grund der strengen Umweltregulierungen, insbesondere dem EEG, heute über eine ausgezeichnete Weltmarktposition. Im letzten TLF von 2006 wurde darauf hingewiesen, dass die deutsche Wirtschaft zu wenige forschungs- und wissensintensive Produkte exportiert. Die konsequente Förderung der Umwelttechnik wäre somit eine zukunftsweisende Reaktion auf diese Warnung. Die FuE-Ausgaben für Umweltforschung spielen dabei eine entscheidende Rolle. Dass besonders stark auf öffentliche Gelder zurückgegriffen wird, zeigt, dass unsere Programme richtig konzipiert sind. Für die SPD und für uns als Forschungspolitiker muss und wird diese Thematik weiterhin höchste Priorität haben. Für eine weitere Stärkung der deutschen Position in der Umwelttechnik, und zum Erreichen des 3-Prozent-Ziels (dies ist Teil der Lissabon-Strategie der Europäischen Union), benötigen wir aber ebenfalls höhere FuE-Ausgaben aus der deutschen Wirtschaft. Nur profitieren, sich aber an den Fundamenten – der Forschung, nicht beteiligen zu wollen, reicht einfach nicht! In Zukunft werden wir in Deutschland, wie auch weltweit, eine noch stärkere Nachfrage nach Umwelttechnologien und -dienstleistungen bekommen. Deutschland ist dafür gut aufgestellt – Grund, uns auf diesen Lorbeeren auszuruhen, haben wird aber nicht! ■

⇒ René Röspel, MdB, ist stellvertretender Sprecher für Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Er ist spw-Mitherausgeber und lebt in Hagen.

⇒ Richard Müller, Diplom-Politologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Büro von René Röspel und lebt in Berlin.

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Dicke Luft, magerere Ergebnisse – Halbzeit der Koalition | Andreas Fisahn: Auf dem Weg in den Sicherheitsstaat? Was Heiligendamm uns zeigt | Redaktion Sozialismus: Jetzt ist sie da: DIE LINKE | Ralf Krämer: In die Offensive kommen – für eine starke LINKE! | Klaus Kohlmeier: Wettlauf mit der Desintegration. Was muss Integrationspolitik leisten?

Richard Detje/Otto König: Der Mindestlohnkompromiss, der keiner ist | Ewald Wehner: ver.di – mehr Zeit für die Programmdebatte | Dieter Wegner: Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet. Probleme eines Gewerkschaftsfunktionärs, damit umzugehen | Horst Gobrecht: »Wir haben gelernt zu kämpfen«. Zehn Tage Streik bei der Nestlé Waters Neuselters Mineralquelle | K.G. Zinn: Nationale Konjunktur und globales Finanzkapital. Deutschland im ersten Sommer des ersten Aufschwungs des 21. Jahrhunderts | Frank Unger: Amerika vor einem neuen »New Deal«? | Armando Fernández Steinko: Ende der Ära Zapatero?

Michael Krätke: Ernest Mandel – ein Leben für den Sozialismus | Christina Ujma: Ästhetik der Moderne. Ernst Bloch und die Weimarer Republik | Jürgen Meier: Leo Kofler – Kritischer Kopf der Leidenschaft (zu Ch. Jünke) | Guido Speckmann: Full Metal Village (Filmkritik)

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Fax 040/28 09 52 77-50

E-Mail: redaktion@sozialismus.de

Umweltpolitik ist Innovationspolitik

Eine strategische und ökologische

Industriepolitik für NRW

von Svenja Schulze



Eine innovationsorientierte Umweltpolitik ist dabei gleichzeitig ein Schlüssel zur Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft über den Umweltschutz hinaus. Das ist die Antwort auf die Schlüsselfragen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im 21. Jahrhundert. Wer Energie und Ressourcen am effizientesten nutzt, hat künftig die Nase auf dem Weltmarkt vorn und hilft zugleich unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Es geht um nicht weniger, als um eine neue Energiebasis für die Industriegesellschaft – und es geht um eine ökologische Industriepolitik für Deutschland.

□ I. Umweltpolitik wird neu entdeckt

Die SPD hat in ihrer Zeit als Regierungspartei in NRW eine Umweltpolitik betrieben, die zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen geführt hat. Willy Brandts Forderung von 1961 „Der Himmel über der Ruhr muss wieder blau werden“ war Ausdruck dieser Politik.

Die Diskussion um die ökologischen Dimensionen der Politik hatte ihren Ursprung in den siebziger Jahren im Wesentlichen als verzichtorientierte Diskussion über die Grenzen des Wachstums und wurde in den achtziger Jahren mit Betonung globaler Bedrohung fortgesetzt. Zwar wurde bereits hier erstmals der Begriff der Nachhaltigkeit (sustainable development) eingeführt, politisches Handeln konzentrierte sich jedoch im Wesentlichen auf Lösungswege des nachsorgenden technischen Umweltschutzes. Staatliche Detailregelungen zum Umweltschutz haben ihre Grenzen erreicht, weil immer deutlicher wird, dass Lösungsansätze umfassender angelegt werden müssen

» Globale Herausforderungen wie der Klimaschutz, der Artenrückgang, der Schutz der Meere oder der Ressourcen- und Flächenverbrauch zeigen, dass wir neue Ansätze für eine Umweltpolitik von heute brauchen.

» Die Bevölkerung ist in Deutschland schon weiter als Teile der Politik: Dies zeigt eine kürzlich vom Umweltbundesamt veröffentlichte Studie. Die Deutschen sehen in der Umweltverschmutzung nach der Arbeitslosigkeit inzwischen die zweitwichtigste Aufgaben, während das Thema Umwelt im Jahr 2000 noch auf Platz 4 rangierte. Die steigende Bedeutung begründen die Bürger und Bürgerinnen mit dem Klimawandel. Damit verbunden ist eine breite Zustimmung zum Ausbau der erneuerbaren Energie, zur Steigerung von Energieeffizienz und zum Atomausstieg. Zwei Drittel möchten, dass Deutschland eine Vorreiterrolle in der internationalen Klimaschutzpolitik einnimmt. Daran kann Politik nicht nur anknüpfen, sie muss darauf reagieren und Angebote formulieren. Die SPD geht hier mit dem Konzept einer „ökologischen Industriepolitik“ von Minister Sigmar Gabriel voran. (vgl. das Interview mit Matthias Machnig in diesem Heft)

□ II. Globale Herausforderungen für die Politik in Nordrhein-Westfalen

Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die Bevölkerung der Erde von heute rund 6,5 Milliarden bis zum Jahr 2050 auf über 9 Milliarden anwachsen wird. Die wirtschaftliche Entwicklung in den asiatischen Ländern wird sich beschleunigen und den Ressourcen- und Energiebedarf weiter ansteigen lassen. Jede Ausweitung der

globalen Energienachfrage hat dramatische Folgen. Dies gilt für das Weltklima, für die Energiepreise, und für immer rücksichtsloser werdende Ab- und Anbaumethoden gleichermaßen. Eine rasant zunehmende Umweltzerstörung und entsprechende wirtschaftliche Folgekosten werden dadurch ebenfalls bewirkt. Die Länder des Südens werden unter den Folgen dieser Entwicklung besonders leiden – zu Lasten ihrer Entwicklungschancen und mit dem Effekt einer Verschärfung des Ungleichgewichts zwischen den Ländern der alten Welt und den Schwellenländern. Betroffen sind dabei immer besonders die jeweils ärmsten Bevölkerungsschichten.

Es ist unbestritten, dass die Erde eine Wiederholung der umweltpolitischen Fehler der Vergangenheit im globalen Maßstab nicht verkraften würde. Es ist eine Herausforderung für Politik, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass ökologische Krisen nicht weiterhin zu ökonomischen und sozialen Krisen führen müssen.

» Aus diesen Phänomenen zusammen genommen resultiert ein gewaltiger Innovationsdruck. Ökologischer Fortschritt ist im Rahmen dieses Szenario ohne wirtschaftlichen Erfolg genauso unerreichbar wie nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum ohne Lösungen für die dramatisch anwachsenden Umweltprobleme. In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird aber immer noch so getan, als sei unsere wirtschaftliche Entwicklung durch Humanressourcen begrenzt. Die wirkliche Grenze und die wirkliche Chance sind die Natur oder in „Ökonomen-Deutsch“ die „natürlichen Ressourcen“. Die Bedeutung dieses Zusammenhangs hat Prinz Hassan von Jordanien, Präsident des Club of Rome, in folgendem Satz zusammengefasst: „Die Märkte der Zukunft sind grün“. Sauberes Wasser, umweltverträglich dezentral erzeugter Strom und Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen werden weltweit benötigt. Wer die jeweils effizienteste Technologie hierzu liefern kann, besetzt die strategischen Leitmärkte der Zukunft.

In Deutschland können wir dies schon heute beobachten. Ohne die Umwelt- und Naturschutzbewegung wären wir in Deutschland auch wirtschaftlich nicht da, wo wir jetzt stehen. Für die SPD ist klar: Die Umwelttechnologie wird einer der entscheidende Leitmärkte der Zukunft sein.

Unsere Chance in NRW liegt darin, Problemlösungen zu entwickeln, die sich weltweit exportieren lassen. Dazu müssen wir Forschung, Produktentwicklung und Unternehmen enger als bisher miteinander vernetzen. Wir wollen weiter dazu beitragen, dass aus Ideen, wissenschaftliche Entdeckungen, neue Technologien und Verfahren möglichst schnell marktfähige Produkte und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen werden.

□ Ökologische Industriepolitik in NRW

Zu keinem Zeitpunkt waren die Bedingungen besser, wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung, technischen Fortschritt und Umweltschutz in Übereinstimmung zu bringen als jetzt – ökologische Industriepolitik ist die Wachstumspolitik eines Jahrhunderts, in dem quantitatives Wachstum zwingend durch qualitatives ersetzt werden muss.

Es geht jetzt darum, vor allem die mittelständische Wirtschaft in NRW dabei zu unterstützen, sich für die Leitmärkte der Zukunft fit zu machen. Aufgabe der Politik ist es, die strategischen Zukunftsindustrien zu stärken, Technologiesprünge anzutreiben und Innovationen zu unterstützen. Die SPD will für NRW die industriellen Strukturen auf die knapper werdenden Ressourcen einstellen und die Entwicklung innovativer Techniken unterstützen.

Trotz sehr guter Ausgangsbedingungen handelt die schwarz-gelbe Landesregierung leider nicht. Die Bedingungen, um auf den internationalen Märkten mit Erfolg präsent zu sein, sind in NRW gut. Umweltpolitik ist bereits ein wichtiger Innovationstreiber und wird dies in der Zukunft in noch weit größerem Maße sein. Die infrastrukturellen

Foto: www.fotolia.de
© Peter Frauchiger



und wirtschaftlichen Grundlagen, die in den vergangenen 40 Jahren – wesentlich von sozialdemokratischer Politik unterstützt – in NRW gelegt wurden, können und müssen nun für diese Weiterentwicklung genutzt werden. NRW muss in diesem Markt als Pionier vorangehen.

2003 wurden in unserem Bundesland Umsätze in Höhe von knapp 1,8 Milliarden Euro mit Waren, sowie Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz erzielt. 25 Prozent davon wurden im Ausland realisiert. Prognos sieht die Umweltbranche als zentralen Sektor der Weltwirtschaft. Bei einer Vervierfachung des jetzigen Anteils bis 2030 soll die Umwelttechnologie 16% des Gesamtumsatzes aller Branchen ausmachen und die klassischen Industriezweige (Fahrzeug- und Maschinenbau) bis 2020 überholen (Roland Berger). Der Weltmarktanteil Deutschlands bei den Umwelttechnologien liegt bei 19% – damit ist Deutschland Exportweltmeister bei den Umweltschutzgütern. Mit 1,5 Millionen Beschäftigten ist die Umweltbranche in Deutschland zu einem echten Jobmotor geworden.

Die regionale Verteilung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Umwelttechnologien ist, wie auch die Zahlen für Beschäftigte und Forschungsausgaben dieses Sektors, in der Bundesrepublik noch sehr unterschiedlich: NRW als Energieland Nr. 1 in Europa, das zur Zeit 30% der Stromversorgung Deutschlands sicherstellt, gehört auch hier zu den führenden Regionen. Mit ca. 200.000 Beschäftigten, rund 3.000 Unternehmen und einer zugleich stark mittelständischen Orientierung wird ein Umsatz zwischen 25 und 50 Milliarden Euro mit Produkten und Dienstleistungen in NRW erzielt. Auch im Bereich der Forschung ist NRW gut

aufgestellt – allein 20 Einrichtungen sind im Bereich der Energieforschung tätig. Das ist eine sehr gute Ausgangsposition. Die SPD macht in NRW aus der Opposition heraus aktive Politik: Wir achten darauf, dass die konservative Landesregierung trotz ihrer Lippenbekenntnisse zum Umwelt- und Klimaschutz das Rad nicht zurückdreht. Im Bereich der ökologischen Industriepolitik sind zum Beispiel die Verhinderung des Re-Powering von Windenergieanlagen und der Versuch, mehr Verschmutzungsrechte für die heimische Braunkohle zu erreichen, Hinweise auf einen drohenden Rückschritt des Landes NRW.

Wir sind also aus vielerlei Gründen gefordert, die Diskussion über Umweltpolitik zu forcieren – auch um die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue zu entwickeln – und zwar nicht nur in NRW. Dabei muss auch die Politik einen Beitrag leisten, um eine breite Mehrheit der Gesellschaft für ein Umsteuern zu gewinnen. Der von den Grünen geprägte verbots- und verzichtsorientierte Ansatz ist offensichtlich nicht zielführend und auch für die meisten Menschen nicht attraktiv. Der Versuch der CDU, Ökonomie und Ökologie gegeneinander ausspielen zu wollen, ist lange überholt und hat sich desavouiert. Wir sind überzeugt, dass eine zukunftsfähige, innovative Umwelt- und Wirtschaftspolitik von einer breiten Mehrheit der Deutschen mitgetragen, wenn nicht sogar gefordert wird. Den dazu erforderlichen Ausgleich von ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen kann nur die SPD leisten. ■

☞ Svenja Schulze, MdL (SPD), ist umwelt- und verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion sowie Mitglied im SPD-Landesvorstand NRW, sie lebt in Münster, wo sie auch SPD-Unterbezirksvorsitzende ist.

„Heilsbringer“ Atomkraft entpuppt sich als Belzebug

Klima(un)freundliche Unternehmen

von Marco Bülow



Foto: Christian Kiel

Die Betreiber von Atomkraftwerken haben einen letzten Strohhalm für ihre Rettung entdeckt – den Klimaschutz. Alle bisherigen Debatten über Kernenergie gingen zu Ungunsten der alten Technologie aus. Jetzt, im Windschatten der Klimadebatte, soll zumindest die Verlängerung der Restlaufzeit gelingen. Die Atomlobby tituliert sich als Klimaschützer. Verlogener geht es kaum noch. Alle Klimaschütz Ziele und -maßnahmen der letzten Bundesregierungen von Töpfer über Trittin bis Gabriel haben die gleichen Unternehmen bis aufs Messer bekämpft. Hätte die Politik dem Druck besser standgehalten, wären wir beim Klimaschutz heute deutlich weiter.

Die selbst ernannten „Klimaschützer“ haben neben Atom auch Braunkohle in ihrem Angebot. Würden sie es ernst meinen mit dem Klimaschutz, würden sie sich in ihrer Planung zumindest mittelfristig von dieser klimaschädlichsten Form der Energieerzeugung verabschieden. Das Gegenteil ist der Fall: Sie planen neue Braunkohlekraftwerke und wollen teilweise sogar den Anteil der Braunkohle bei der Energiegewinnung erhöhen. Zusätzlich fällt auf, dass bei den meisten der geplanten Kraftwerke keine Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) eingeplant ist. KWK führt zu einer deutlichen Effizienzsteigerung. Damit wird auf eine Technologie verzichtet, welche die Wärme nutzt, die so aber komplett verloren geht. Dies allein ist schon ein Skandal.

Zudem ist das Engagement der großen Energieversorger im Bereich der sauberen Erneuerbaren Technologien mehr als begrenzt. Häufig wird eher

Front gegen die heimische Energie aus Sonne, Wind, Wasser und Co gemacht. Bei näherem Hinschauen kann selbst ein Laie erkennen, was sich hinter der plötzlichen Klimafreundlichkeit verbirgt: Profit! Dies ist für ein Unternehmen nicht verwerflich, aber dann sollte man den Einsatz für längere Laufzeiten auch damit begründen! Jedes Jahr längere Laufzeit bringt den Energieunternehmen zusätzliche Gewinne in dreistelliger Millionenhöhe, der Gesellschaft aber zusätzlichen radioaktiven Müll und das erhöhte Risiko eines folgenreichen Störfalls. Von den Einnahmen der Betreiber hat der Verbraucher allerdings herzlich wenig, denn das Geld landet überwiegend auf dem Konto einiger weniger. Obwohl Baden-Württemberg den höchsten Anteil von Atomstrom besitzt, liegt der Strompreis für Haushaltskunden dort höher als im deutschen Durchschnitt.

□ Tausende von Atomkraftwerken

Weltweit gibt es etwa 435 Atomkraftwerke. Insgesamt decken diese einen Anteil von 16% des Stroms und nur etwa 3% des Gesamtenergieverbrauchs. Atomstrom kann man weder an der Zapfsäule tanken, noch für die Wärmenutzung einsetzen. Wenn man die Atomkraft so weit wie möglich ausnutzt, müsste eine utopische Zahl von neuen Kraftwerken gebaut werden. Kein noch so großer Atombefürworter oder Optimist hält dies technisch überhaupt für möglich. Zur Verdeutlichung: Schon zur Deckung von nur 12% des weltweiten Energieverbrauchs mit dieser herkömmlichen Technologie würde den Bau von etwa 1500

AKW bedeuten. Bei nahezu jedem Neubau müsste eine gigantische Anstrengung in der Infrastruktur vorgenommen werden. Allein der Netzausbau bedeutet unzählige neue Strommasten, um den erzeugten Strom überhaupt transportieren zu können. In vielen Regionen existiert weder ein Versorgungssystem, das ausgebaut werden könnte, noch sind die Abnehmer so aufgestellt, dass Großkraftwerke sinnvoll wären. Nur mit unbezifferbar hohen Subventionen wäre dies denkbar. Auch in Krisen- und Kriegsgebieten müssten dann AKW entstehen. Nebenbei bemerkt: Das für die Kernspaltung notwendige Uran wird selbst ohne Ausbau der Atomenergie in diesem Jahrhundert verbraucht sein. Bei der gigantischen Zahl von mehr als 1.000 weiteren AKW würde kein neues Kraftwerk bis zum Ende der üblichen Laufzeit im Betrieb bleiben können, weil ihm der Rohstoff vorher ausgeht.

Von dem gesamten eingesetzten Primärenergieverbrauch in Deutschland stammen etwa 6-7 Prozent aus den noch laufenden 17 AKW. Wollten wir diesen Anteil ebenfalls auf zumindest 12 Prozent steigern, müssten wir 17 weitere AKW zusätzlich bauen. Überdies erfordert Atomkraft die höchsten anfänglichen Investitionen unter allen Kraftwerkssparten. Wer neue AKW will, der soll gefälligst die Karten auf den Tisch legen. Er soll sagen wohin wir die Kraftwerke bauen und wie wir sie bezahlen wollen – denn die Betreiber werden dies überhaupt nur in Erwägung ziehen, wenn der Staat den Bau subventioniert. Selbst wenn man diese Schwierig- und Unmöglichkeiten alle in den Griff bekäme, würden von der Planung, über den Bau bis hin zur Energiegewinnung Jahrzehnte vergehen. Diese Zeit haben wir nicht mehr.

□ Wertschöpfungskette ist nicht klimafreundlich

Atomenergie ist nicht – wie behauptet – klimaneutral. Bei umfassender Betrachtung wird man feststellen, dass CO₂ emittiert wird, um Atomstrom bereitzustellen. Besonders bei der Förderung von Uran entsteht durch den Einsatz vieler

Maschinen Kohlendioxid. Bei der Erschließung neuer Uranabbaugebiete, bei dem Transport von Uran zu den AKW und beim Bau und Betrieb der AKW werden ebenfalls erhebliche Mengen klimaschädlicher Gase produziert. Selbst wenn ein AKW abgeschaltet wird, verursacht es weitere Emissionen. Denn dann beginnt der langwierige komplizierte Prozess des Abrisses. Auch bei Suche, Erschließung, Nutzung und jahrhundertelangen Sicherung eines Endlagers wird CO₂ freigesetzt. Es darf also nicht nur der reine Umwandlungsprozess bei der CO₂-Bilanz betrachtet werden.

» Die Studie des Ökoinstitut zeigt, dass Energie in einem Windpark oder einer Biogasanlage klimafreundlicher produziert werden kann, als in einem AKW. Bei vielen Erneuerbaren Energietechnologien wird die Ressource direkt an der Quelle bezogen und muss nicht transportiert oder mehrfach umgewandelt werden. Auch die Klimabilanz bei einem fossilen Erdgas-Blockheizkraftwerk ist fast genauso gut wie bei einem AKW. Dabei umfasst leider auch die Studie des Ökoinstituts nicht einmal die komplette Energiekette. Der CO₂-Ausstoß, der durch die Endlagerung entsteht, wurde hierbei beispielsweise nicht berücksichtigt. Zudem muss bei der Gewinnung von Uran auf immer schlechtere Erzqualitäten zurückgegriffen werden. Dies bedeutet für die Bereitstellung der gleichen Menge nutzbaren Urans einen steigenden Aufwand und damit steigenden CO₂-Ausstoß. In der Gesamtrechnung hat eine durchschnittliche Kilowattstunde Atomkraft dennoch weniger CO₂-Emissionen zur Folge als eine Kilowattstunde aus Stein- oder gar Braunkohle. Der Unterschied ist allerdings nicht so eklatant, wie häufig vereinfacht dargestellt. Wenn bei einem fossilen Kraftwerk die Abwärme durch die Technologie der KWK genutzt wird, gelangt man zu einer weiteren Annäherung der Emissionen. KWK-Anlagen haben einen Wirkungsgrad von 90 Prozent, AKW nutzen dagegen weniger als 35 Prozent ihrer errechneten Primärenergie.

□ Verhinderte Investitionen manifestieren altes Energiesystem

Neben weniger werdenden Neubaubefürwortern sprechen in Union und FDP immer mehr mittlerweile von der Atomenergie als einer Übergangstechnologie. Damit bestätigen sie indirekt die Übermacht der Gegenargumente und geben zu verstehen, dass diese Energieform für sie zumindest langfristig keine Perspektive hat. Zudem schrumpft ihr Widerstand gegen die Erneuerbaren Energien. Allerdings beharren sie auf der Verlängerung der Restlaufzeiten. Sie übersehen dabei – wissentlich oder aufgrund fehlender Kenntnis – dass die Manifestierung des alten Systems den neuen Technologien nicht genug Licht zum Wachsen gibt. Wer den notwendigen Umbau des Energiesystems nicht auf den „Sankt-Nimmerleinstag“ verschieben möchte, der darf den Atomausstieg nicht verzögern. Wenn wir unsere alte Energiestruktur weiter aufrechterhalten und die teilweise maroden Kraftwerke noch länger laufen lassen, verhindern wir wichtige Investitionen für neue effizientere Kraftwerke und vor allem für Erneuerbare Energien. Auch der Druck zu Energieeinsparungen wird damit gedrosselt. Ohne diesen Druck wird der Fortschritt aber eine Schnecke bleiben.

Der eigentliche Hintergrund der Forderung, die Atomkraftwerke doch „nur“ einige Jahre länger laufen zu lassen, ist schnell entlarvt. Dahinter verbirgt sich die Hoffnung der Atomlobby, die Kraftwerke über die nächste Wahl zu retten und mit einer möglichen neuen Regierung den Ausstieg gänzlich auszusetzen. Damit könnte man die riesigen Profitraten der letzten Jahre noch einmal steigern. Der Strohhalm „klimafreundlich“ ist löchrig und für das große Glas Klimaschutz viel zu kurz.

↳ Marco Bülow, MdB (SPD), ist umwelt- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und lebt in Dortmund.

□ Nachhaltige Energiewende

Fernab aller Gefahren und Belastungen für die Zukunft ist die Atomkraft ein Auslaufmodell. Sie sichert nur wenige Arbeitsplätze, ist extrem kapitalintensiv, unflexibel und hat einen geringen Effizienzgrad. Die Atomkraftwerke brauchen immens viel Kühlwasser, welches bei durchschnittlich wärmer werdenden Sommern häufiger knapp wird. Die Technologie ist anfällig, überaltert und es gibt bessere Alternativen. Das Festhalten an der Atomkraft verhindert aber eine Erneuerung des Kraftwerksparks, welche mit deutlichen Effizienzsprüngen und einer stärkeren Dezentralisierung verbunden sein müsste. Fossile Kraftwerke sind mittelfristig nur noch tragbar, wenn sie mit der Kraft-Wärme-Kopplung verbunden sind und die entstehende Wärme nicht mehr verschleudern. Die Abscheidung und unterirdische Lagerung von CO₂ (CCS-Technologie) könnte den fossilen Energieträgern einen weiteren Aufschub verschaffen. Zudem gibt es erhebliche Zweifel, ob diese Technologie nicht viel zu ineffizient und damit auch zu teuer werden würde. Die ökologischen Risiken müssen ebenfalls noch bewertet werden.

Langfristig gehört den Erneuerbaren Energien die alleinige Zukunft. In nur kurzer Zeit könnten sie einen großen Teil der gesamten Energieversorgung übernehmen. Bis 2020 sind in Europa deutlich mehr als 30 und bis 2050 über 70 Prozent – selbst mit den bisherigen Technologien und Möglichkeiten – realisierbar. Erneuerbare Energien sind im Gegensatz zur Atomkraft sowohl beim Strom, als auch bei Wärme, Kälte und im Kraftstoffbereich einsetzbar. Zudem müssen wir die Energieeffizienz stetig steigern und jede unnötige Kilowattstunde vermeiden. Jede eingesparte Kilowattstunde Energie spart Geld und CO₂. Das Potential in diesem Bereich ist riesig. Nur mit der Kombination von Effizienz und Erneuerbaren Energien können wir eine wirkliche Energiewende bewerkstelligen und den Klimawandel bremsen. Mehrere Studien belegen, dass bis zum Jahr 2020 der Atomausstieg und die Reduzierung des CO₂-Ausstosses um 40% realisierbar sind. Dies ist allein eine Frage des Willens und des Mutes. ■



Foto: Christian Kiel

Es gilt heute als gesichert, dass der Mensch für den Anstieg des klimawirksamen Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) verantwortlich ist. Durch die zunehmende Industrialisierung der letzten 100 Jahre und die damit einhergehende anthropogene Emission von Treibhausgasen wird der natürliche Treibhauseffekt verstärkt und es kommt letztendlich zur globalen Erwärmung.

Die zwischenstaatliche Sachverständigengruppe für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) geht davon aus, dass sich bei gleichbleibender Entwicklung der CO₂-Gehalt der Luft verdoppeln wird. Betrachtet man die weltweite wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere den steigenden Energieverbrauch von aufstrebenden Industrienationen wie China oder Indien wird klar, dass in absehbarer Zeit die Energieversorgung durch den Verbrauch fossiler Brennstoffe nicht mehr gewährleistet werden kann.

Nach Schätzungen der Internationalen Energie Agentur (IEA) liegt die Volksrepublik China mit 15.000 Milliarden Kilowattstunden erzeugtem Strom schon heute auf Platz zwei der weltweit größten Energieverbraucher. Dieser Energieverbrauch wird sich bis zum Jahr 2050 versechsfachen. 2030 könnten Indien und China dann vier Fünftel

Klimaschutz – eine Chance für Innovation, nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze

von Dietmar Hexel

der Kohle weltweit verbrauchen. Die Folge wäre eine weltweite Rohstoffverknappung – auch in Deutschland. Die Preise für eine Tonne Kohle von bisher üblichen 57 - 59 Dollar ist in letzter Zeit bereits auf 77 - 80 Dollar gestiegen. Dass der Ausstieg aus der deutschen Steinkohle im Jahre 2012 überprüft wird, ist deshalb folgerichtig.

□ Erneuerbare Energien und vorhandene Potenziale nutzen

In Deutschland setzt sich die erzeugte Primärenergie zurzeit aus einem Energiemix aus rund 25% Braun- und Steinkohle, 35% Mineralöl, 23% Erdgas, 12% Kernenergie und lediglich zu 5% aus Erneuerbarer Energie zusammen. Auf der Erzeugerseite sind die Effizienzstände allerdings sehr unterschiedlich. Ein modernes Kohlekraftwerk (Strom) hat einen Wirkungsgrad von 45% (im Durchschnitt auf 42%), hier sind die Energiekosten für Abbau und Transport der Kohle nicht gerechnet. Ein Gas- und Dampfkraftwerk (Strom) schafft ca. 60%, eine Kraft-Wärme-Kopplung (Wärme und Strom) erreicht mindestens 85% und die Brennwertechnik kommt auf über 95%.

» Fest steht: wenn eine globale Klimakatastrophe abgewendet werden soll, der Schutz und die gerechte Verteilung der natürlichen Ressourcen gesichert, und für alle auf der Welt bezahlbare Energie zur Verfügung stehen soll, muss der Anteil nachhaltiger Energieerzeugung aus Erneuerbarer Energie massiv ausgebaut werden.

Beim End-Energieverbrauch entfielen in Deutschland auf die in 2006 verbrauchten 2.560 TWh:

- 38% auf Wärme (ohne industrielle Prozesswärme)
- 28% auf Verkehr
- 21% auf Strom
- 13% auf Sonstiges (insb. Industrielle Prozesswärme)

» Der größte Energieverbraucher, der Wärmebereich, ist ein schlafender Riese. Bereits durch die Anwendung der vorhandenen Technologien (Brennwertkessel, Wärmepumpen, Geo- und Solarthermie, Fassaden- und Dachdämmung, sowie die energetischen Gebäudesanierung) lassen sich bis 2020 rund 30% des End-Wärmeverbrauchs einsparen. Das wären 10% des gesamten Energieverbrauchs!

Es wird geschätzt, dass sich bis zu 57% des momentanen Endverbrauches bis 2050 durch erneuerbare Energien ersetzen lassen (s. Institut für Energetik und Umwelt: Auswirkungen der EEG-Novelle_Endbericht vom 14. Nov. 2006). Wenn 43% auch dann noch durch fossile Energie gedeckt werden müssen, ist eine Energieeinsparung durch Effizienz und die dafür nötigen politischen Impulse z.B. im Ordnungsrecht, dem Baurecht und der steuerlichen Förderung heute dringend nötig. (Dieser Zusammenhang ist in den Gewerkschaften bereits Anfang der 1970iger Jahren diskutiert worden im Zusammenhang mit dem Bericht des Club of Rome. In Hessen wurde beispielsweise der Sozialdemokrat und Gewerkschafter Franz Fabian zum ersten Umweltminister der Republik bestellt, als die von der chemischen Industrie erzeugten Schäden und die Gefährdung von Arbeitsplätzen nicht mehr zu übersehen waren.)

□ Klimapolitik und Industriepolitik gehören zusammen

Die Gewerkschaften im DGB haben sich bereits 1996 auf Ziele einer sozialen und ökologischen Energiestrategie verständigt. Nach Ansicht des DGB sind Energieeffizienz und klimaschonende Maßnahmen nicht zu trennen. Klimaschutz und Industriepolitik müssen stets zusammen gedacht werden: Wie kann und muss eine Industriepolitik aussehen, die den Klimawandel bremst und die deutsche Industrie in einer globalisierten Ökonomie mit einer wachsenden Nachfrage nach sehr begrenzten Rohstoffen wettbewerbsfähig hält und das Wohlstandsniveau nicht gefährdet wird?

Kaum ein Markt wird so wachsen wie der für Energie- und Umwelttechnologien. So schätzen die Experten von Roland Berger, dass der Sektor in Deutschland innerhalb von 25 Jahren seinen Anteil am Umsatz aller Wirtschaftszweige von heute 4 auf 16% (=1.000 Mrd. Euro) vervierfachen kann. Das entspricht einer Wachstumsrate von 8% pro Jahr (zum Vergleich: Fahrzeugbau 3%).

» Die von der Bundesregierung auf dem Energiegipfel vorgestellte Energiestrategie geht in die richtige Richtung. An erster Stelle steht die Erhöhung der Energieeffizienz um jährlich 3%. Damit sollen die CO₂-Emissionen in Deutschland um 40% bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 reduziert werden. Die vorgegebenen 3% sind ambitioniert, aber differenziert nach Branchen realistisch. Außerdem sollen die regenerativen Energien massiv ausgebaut und unterstützt und Technologie für die CO₂-Einlagerung (CCS) gefördert werden. Dieser politische Prozess wird von Seiten der Gewerkschaften unterstützt. Bei bestimmten Maßnahmen, z.B. einem verstärkten Einsatz von Biomassen oder die CO₂-Einlagerung, sind die Risiken rechtzeitig zu diskutieren und die mentalen wie gesetzliche Voraussetzungen zu schaffen. Ziel ist es, ein rohstoff- und energiepolitisches Gesamtkonzept zu verfolgen, das sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit orientiert und ein „Zukunftsviereck“ darstellt: Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz,

Versorgungssicherheit und Beschäftigungssicherung. Ob die Klimaziele erreicht werden sollen, steht nicht mehr zur Diskussion. Nur um das Wie kann noch gerungen werden. Deutschland hat die besten Manager, Ingenieure, Techniker und gut ausgebildete Fachkräfte der Welt. Das Lament einiger Spitzenmanager ist deshalb überaus erstaunlich und kontraproduktiv. Schon jetzt ist Deutschland bei vielen Umweltechnologien Weltmarktführer. Es stecken jede Menge Innovations- und Gewinnpotentiale sowie Arbeitsplatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten in der Bewältigung des Klimawandels. Zukunftsfähige Produkte und Verfahren müssen nicht nur schadstoffarm sein, sie müssen den Verbrauch an Energie, Rohstoffen und Flächen so gering wie möglich halten. Dies ist das Qualitätskriterium für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit. Es ist zugleich Qualitätskriterium für die Wettbewerbsfähigkeit moderner Volkswirtschaften.

Pläne zur Liberalisierung des europäischen Energie-Binnenmarktes führen hier allerdings in die Irre. Sie haben lediglich die Senkung der Energiepreise im Blick. Europa ohne Rücksicht auf Verluste zu einer energiepolitischen Freihandelszone zu machen ist keine Lösung. Wettbewerb im Bereich der Energieversorgung allein über den Preis zu gestalten, führt zu einem „race to the botton“ und verliert den Klimaschutz aus den Augen. Notwendig ist vielmehr die Netzentgelte so auszugestalten, dass die Effizienz gesteigert, in den Erhalt und Ausbau der Netze ausreichend investiert, Beschäftigung geschaffen und gesichert, Tarifvereinbarungen, betriebliche Standards und Arbeitsbedingungen erhalten und Umwelt- und Klimaschutz optimiert werden.

Deutsche Unternehmen bauen die effizientesten Stahlwerke, Kraftwerke und die saubersten Motoren weltweit. Trotzdem kann auch hier noch nachgelegt werden. So wird die deutsche Wirtschaft und Industrie Teil der Lösung für eine nachhaltige Entwicklung und bleibt nicht Teil des Problems. Nach einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes TNS Infratest

vom Mai 2007 glauben 78% der Befragten, dass Innovationen in umweltfreundliche Technologien für Deutschlands Zukunft als Exportland entscheidend sind. Die meisten Befragten forderten von den Energieversorgern Investitionen in erneuerbare Energien.

□ Ökologische Industriepolitik schafft Arbeitsplätze

So wie Industriepolitik nicht gegen Klimaschutz gestellt werden darf, versagt das Totschlagargument der Arbeitsplatzvernichtung, auch wenn Dr. Dieter Ameling, Präsident der Vereinigung der Stahlindustrie damit droht, dass 500.000 Arbeitsplätze verloren gehen. (Ganz nebenbei – die deutsche Stahlindustrie hat nur ca. 100.000 Arbeitsplätze und ist mit ihren hochwertigen Produkten hervorragend aufgestellt. Der Bedarf an hochwertigem Stahl wächst weiter.)

Der Einsatz von erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen schaffen in großem Umfang neue und dauerhafte Arbeitsplätze. Allein im Bereich der erneuerbaren Energien wurden gegenüber 2004 rd. 57.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Dies ist eine Steigerung von rd. 36%. Würden wir heute beginnen, das vorhandene Potential einer effizienteren Energienutzung auszuschöpfen, könnten bis zum Jahre 2015 mehr als 10% des heutigen Energieverbrauches eingespart werden. In diesem Sinne hat der DGB als unterstützendes Instrument für mehr Energieeffizienz die Einrichtung eines Energiesparfonds vorgeschlagen. Auch der von der Bundesregierung favorisierte Top-Runner-Ansatz findet die Zustimmung der Gewerkschaften. Danach werden die energieeffizientesten Produkte, zum Beispiel Kühlschränke, als Standardprodukte eingeführt und im Handel vertrieben.

Auch die Umweltbranchen klein- und mittelständischer Unternehmen profitieren. So ist Deutschland weltweit der größte Installateur für Solarmodule. Deutschland ist, getragen von vielen mittelständischen Solarunternehmen, Innovations- und Technologieführer in der Fotovoltaik. Hier entstehen und wachsen die Arbeitsplätze von morgen schon heute. Viele Elektro-Handwerksbetriebe haben sich im Bereich Solarstrom ein zukunftsfähiges Standbein geschaffen.

Vor allem grundlastfähige erneuerbare Energien können die Energieversorgung nachhaltiger werden lassen; weitere Technologien betreffen den Ausbau der energetischen Gebäudesanierung, den Einsatz nachwachsender Rohstoffe, die Absenkung des Kraftstoffverbrauchs, die stärkere Nutzung von Abwärme und langfristig der breite Einsatz von regenerativ erzeugtem Wasserstoff in Brennstoffzellen. Auch der Umstieg auf Gas- und Hybridmotoren sowie eine andere Beleuchtungstechnik wird zur Energieeinsparung beitragen.

Die Chancen der Geothermie – sowohl für den industriellen Maßstab wie für den Privatgebrauch – sind noch nicht ausgeschöpft. Erdenergie ist weltweit verfügbar. In Verbindung mit anderen regenerierbaren Energiequellen, z.B. Biomasse könnte Geothermie auch in Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Grundlast beitragen. Die Technologien sind bekannt und können sofort angewandt werden. Eine geringe Anhebung des Einspeisesatzes von derzeit 0,15 Cent für aus Geothermie gewonnene Energie könnte kleine Wunder bewirken und ist wahrscheinlich effizienter als Photovoltaik.

Die Gewerkschaften und der DGB sehen in einer nachhaltigen Klimapolitik die Chance qualitativ hochwertiges Wachstum sicherzustellen, Wohlstand und Ressourcen sozial und gerecht zu verteilen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Nicht nur Arbeitslosigkeit und Armut, sondern auch ökologische Zerstörung gefährden die Gesellschaften, den Sozialstaat und damit die

soziale Grundlage von Demokratien. Bislang ist nachhaltige Entwicklung eine mehr oder weniger unverbindliche Worthülse. In der Energiepolitik liegt die Chance, nachhaltige Entwicklung zum Wohle des Menschen praktisch umzusetzen. Das Management und die Aufsichtsräte in deutschen Unternehmen müssen die dafür nötigen Freiräume und Investitionen bereitstellen sowie die Energieeinsparung als Unternehmensziel verankern. In vielen Unternehmen machen Material- und Energiekosten einen wesentlich größeren Kostenblock aus als Personalkosten. Die Energiemanager brauchen nicht auf die Politik zu warten. Schon aus Eigeninteresse sollte sie auf den Zukunftszug der regenerativen Energien und einer dezentralen Energieversorgung schnell aufspringen – oder sie werden abgehängt. Da ist es doch sinnvoller, die Chancen für Wachstum, Arbeitsplätze und letztlich auch Gewinne zu nutzen. ■

↳ Dietmar Hexel, ist Mitglied des Geschäftsführenden DGB Bundesvorstandes und lebt in Berlin.

LINKE?
Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de

Perspektiven der Nutzung erneuerbarer Energien

von Gregor Czisch



□ Was ist möglich mit EE – Möglichkeiten durch internationale Kooperation

Die Frage, ob es grundsätzlich möglich ist, die gesamte Energieversorgung auf EE umzustellen ist in Anbetracht der riesigen Potentiale leicht mit ja zu beantworten. Wie dies aber zu günstigen Kosten mit heutiger Technologie zu bewerkstelligen ist, ist eine sehr viel kniffligere Frage.



Foto : www.fotolia.de, © Carina Hansen

Bei der Nutzung der Erneuerbaren Energien (EE) für Klimaschutz und Ressourcenschonung bleiben die Fortschritte trotz wegweisender Forschungsergebnisse weit hinter den Erfordernissen zur Bewältigung der drängenden Probleme zurück. Die Hauptverantwortlichen für diesen Missstand müssen in der Politik verortet werden. Sie ergreift nicht die politischen Chancen für eine klimafreundliche und sozialverträgliche Energieversorgung, die sich durch eine konsequente Nutzung der erneuerbaren Potentiale ergeben könnten und verschenkt dadurch u.a. auch hervorragende Möglichkeiten für die Entwicklungszusammenarbeit.

Diese Frage habe ich anhand verschiedener Szenarien einer weitgehend CO₂-neutralen Stromversorgung für Europa und seine nähere Umgebung untersucht. Das Szenariogebiet erstreckt sich von Westsibirien bis Senegal. In einem sehr konservativen Szenario – dem Grund-szenario, in dem lediglich schon heute markt-gängige Technologien zu heutigen Marktpreisen zum Einsatz kommen und zudem kein Zubau neuer Wasserkraftwerke vorgesehen ist – liegen die Stromstehungskosten unter 4,7 Euro Cent pro Kilowattstunde (zugrundeliegender Realzinssatz 5%). Das sind bemerkenswert niedrige Kosten, die sich als Ergebnis einer mathematischen Optimierung des zukünftigen Versorgungssystems und damit auf möglichst objektive Weise ergeben. Bei den heute üblichen Gaspreisen für Industriekunden in Deutschland kostet Strom rechnerisch selbst aus neuen effizienten Gaskraftwerken 7 - 8 Euro Cent pro Kilowattstunde und auch an der Strom-börse EEX wird selbst der billigste Strom teurer gehandelt. Die Ergebnisse versprechen also selbst bei den äußerst konservativen zugrunde liegenden Annahmen preiswerteren klimaschonend erzeugten Strom, als ihn heute die konventionelle Strom-versorgung bereitstellt.

Nach diesen Ergebnissen könnte ein Stromnetz, das sich über ganz Europa bis zu den Nachbarn in Afrika und Asien erstreckt, die Quellen der regenerativen Stromerzeugung miteinander verbinden und den Strombedarf im gesamten Gebiet decken. Eingespeist würde der Strom aus Wind- und Wasserkraft, Sonnenenergie oder Biomasse dort, wo die besten Potentiale zu finden sind und sich das

– für die Bedarfsdeckung – beste gemeinsame zeitliche Erzeugungsmuster ergibt. Windenergie und Wasserkraft in Nordeuropa, Windstrom und Strom aus solarthermischen Kraftwerken in der Sahara, Biomasse in Zentraleuropa, Windenergie aus Nordrussland und Westsibirien. Ein wesentlicher Vorteil der großräumigen Nutzung der EE ist, dass die Vernetzung der verschiedenen Energiequellen die Schwankungen bei der Stromerzeugung aus Wind und Sonne ausgleichen. Deshalb kann im Grundszenario auch der größte Teil des Stroms aus der vergleichsweise kostengünstigen Windenergie bereitgestellt werden. Sie wird an den besten Standorten in und um Europa produziert und über ein leistungsstarkes Transportnetz in die Ballungsräume transportiert.

□ Sozialverträglichkeit

Eine sozialverträgliche Gestaltung der zukünftigen Energieversorgung muss – nicht zuletzt in Zeiten von Hartz IV – mit niedrigen Kosten verbunden sein. Daher muss der Kostenaspekt immer auch im Fokus der Gestaltung der Energiepolitik liegen. Gilt dies schon für Volkswirtschaften mit hohem Sozialprodukt, so ist dieser Aspekt in Anbetracht der Tatsache, dass die Klimaproblematik als internationales Problem auch international zu lösen ist, umso wichtiger. Um es pointiert auszudrücken: Entwicklungsländer können sich keinen teuren Schnickschnack leisten. Sie brauchen Perspektiven für eine bezahlbare, klimaschonende Energieversorgung, die zudem zeitnah umzusetzen ist. Denn gerade unter den Entwicklungsländern werden die größten Verlierer des Klimawandels sein, wenn nicht rechtzeitig gehandelt wird. Sozialverträglich muss also insbesondere auch im internationalen Kontext verstanden werden.

□ Privat oder öffentlich?

Wenn die Stromkonzerne oftmals als böswillige Verhinderer der Nutzung EE dargestellt werden, so entbehrt diese Darstellung der betriebswirtschaftlichen Hintergründe für deren Verhalten,

denn ohne langfristig kalkulierbare Rahmenbedingungen, die eine solche verbrauchsferne Stromerzeugung stützen und eine „angemessene“ Kapitalverzinsung ermöglichen, dürfte es schwer sein, das immense Kapital zum Ausbau der notwendigen Infrastruktur – Erzeugungsanlagen und Netze – zu mobilisieren.

Neben der Frage, wie man die Stromversorgungskonzerne ins Boot der Nutzung erneuerbarer Energien lockt, sollte auch die Frage gestellt werden, welche Möglichkeiten Investitionen von staatlicher Seite eröffnen könnten. Insbesondere bei den EE tragen die Kosten der Investitionen mit dem daraus folgenden Kapitaldienst den überwiegenden Anteil zu den Stromkosten bei. Unterstellt man eine Anlagenlebensdauer von 20 Jahren und jährliche Aufwendungen in Höhe von 2% der Anfangsinvestition für Wartung und Instandhaltung – beide Annahmen sind typisch für die Stromerzeugung aus EE – dann kann man bei der zinsfreien staatlichen Steuerfinanzierung durchaus auf weniger als ein Drittel der Stromkosten einer hochverzinsten Privatinvestition kommen.

□ Dezentral oder großräumig?

Unter den engagiertesten Unterstützern der Nutzung von EE gibt es ein sehr einflussreiches Lager von Befürwortern einer weitestgehend dezentralen Energieversorgung (Dezentralisten genannt). Sie sehen die Dezentralisierung der Energieversorgung als Mittel zur Zerschlagung des bisherigen Systems der Energieversorgung und verweisen damit die Rolle der EE in den Sandkasten des „Small-is-beautiful“, dem diese tatsächlich schon lange entwachsen sind. Dass selbst auf Regierungsseite nicht selbstbewusst an der Rahmenseitigung für die Energieversorgung gearbeitet wird, sondern – zumindest im einflussreichen Lager der Dezentralisten – aus der Perspektive von unten versucht wird, dem Goliath Stromversorger ein Bein zu stellen, statt ihm seinen Platz zu weisen, lässt auf die Ohnmacht der Politiker schließen und bedeutet eine völlige Fehleinschätzung der eigenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten.

□ Vorschlag: Internationales EEG

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das die Abnahme und die kostendeckende Vergütung von Strom aus erneuerbaren Energien gesetzlich regelt, ist das weltweit wirkungsvollste Förderinstrument zur Nutzung erneuerbarer Energien. Ein Weg, um die Entwicklung zu einer internationalen Energiekooperation zu unterstützen, könnte die Etablierung eines ähnlichen länderübergreifenden Instruments sein. Das Instrument sollte sowohl die Vergütung erneuerbare Energie vorsehen, die im Ausland zur Stromversorgung gewonnen und dort verbraucht wird, als auch Energie, die im Ausland gewonnen und von dort in Drittstaaten oder zu uns transportiert wird. Damit kann gewährleistet werden, dass große günstige Potentiale erneuerbarer Energien auch in Ländern genutzt werden können, die selber einen geringen Energieverbrauch haben oder wirtschaftlich nicht dazu in der Lage sind. So kann die Nutzung dieser Potentiale in den Dienst der – nur als internationale Aufgabe aufzufassenden – Klima- und Ressourcenpolitik gestellt werden. Die Vergütung erneuerbarer Energie im Ausland, kann als Einstieg gesehen werden, der den zweiten Schritt des Exports vorbereitet. Ein derartiges internationales EEG könnte zu einer Art Entwicklungshilfe für Nachbarstaaten im Süden und Osten der EU werden, die gleichzeitig – durch die Nutzung kostengünstiger Potentiale – auch von wirtschaftlichem Vorteil für die reichen „Geberländer“ wäre.

□ Bewegung in der Debatte

Inzwischen kommt etwas Bewegung zugunsten der großräumigen Stromversorgung mit erneuerbaren Energien in die öffentliche Debatte und zeichnet sich in aktuellen Vorschlägen zur Gestaltung der zukünftigen Energieversorgung ab. Beispielsweise schlägt der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU am 12. Februar 2007 in seinem neuen Politikpapier 5 „Impulse für die Klimapolitik: Chancen der deutschen Doppelpresidentschaft nutzen“ als „Leuchtturm 1, Europäisches Supernetz“ ein europäisches Stromtransportnetz vor.

» Auch bei den Grünen hat sich etwas zugunsten der großräumigen Versorgungsoption bewegt. Im Abschnitt „Ausbau des Trans-europäischen Stromnetzes“ des Beschlusses „Mit einem modernen Europäischen Stromnetz auf dem schnellsten Weg zu 100% erneuerbaren Energien“ der Bundes AG Energie der Grünen vom 3.3.2007 wird der „Ausbau des Transeuropäischen Stromnetzes“ als Chance für eine kostengünstige und effiziente Energiestruktur gesehen.

» Bundesumweltminister Siegmund Gabriel hat Ende Juni diesen Jahres in einer Rede unter dem Titel „Erneuerbare Energien für eine wirtschaftliche und ökologische Zukunft Europas und der MENA Länder – Erneuerbare Energie ein Brückenschlag für eine lange Freundschaft“ auch einen Weg zu einer Zukunft mit Stromimport aus EE skizziert. Allerdings verwundert sowohl der Zeithorizont als auch die ausschließliche Ausrichtung auf den Import von Strom aus solarthermischen Kraftwerken, wie sie sich dabei in seiner folgenden Aussage manifestiert: „Die Vorstellung ist Bahn brechend: Sie bedeutet, dass wir in 20-30 Jahren einen Teil unserer Energie durch Solarkraftwerke beziehen können.“ Dieser lange Zeithorizont ist unter Klimagesichtspunkten jedoch unakzeptabel. Er verschiebt den Handlungsbedarf auf den „Sanktnimmerleinstag“ und ignoriert die Tatsache, dass es beispielsweise in der Windenergie schon heute eine Technologie gibt, mit der kostengünstiger Strom aus EE in kürzester Zeit zu einem schnell wachsenden Bestandteil der Europäischen Stromversorgung werden könnte. Bei diesem langen Zeithorizont wird klar, warum – nach den Verlautbarungen aus dem BMU – der Bau neuer Kohlekraftwerke vorgesehen ist, obwohl diese die größten CO₂-Emittenten überhaupt sind und eine Lebensdauer von etwa fünf Jahrzehnten aufweisen. Da helfen auch die etwas größeren Wirkungsgrade der neueren Kraftwerke nicht und auch der Abscheidung und Endlagerung des entstehenden CO₂ wird noch auf lange Zeit eine Absage erteilt.

□ Kosten: CO₂-Handel und Ökosteuer

Im Zuge der neoliberalen Pandemie wurden versucht, auf indirekte Methoden der Steuerung zurückzugreifen, indem „marktgerechte Instrumente“ entwickelt wurden, in der Hoffnung erwünschte Lenkungswirkungen zu erzielen. Eines dieser Instrumente ist der CO₂-Handel ein anderes die Ökosteuer. Zieht man eine vorläufige Bilanz, so kann man diese nur als äußerst ernüchternd betrachten. Das Aufkommen der Ökosteuer beträgt heute in Deutschland jährlich etwa 18 Milliarden Euro. Diese Kosten werden durch die Ökosteuer auf den Energieverbrauch verlagert. Optimistische Erwartungen gingen davon aus, dass durch sie jährlich etwa 10 Megatonnen CO₂ eingespart werden würden. Legt man diese optimistische Schätzung zugrunde, so kostet jede eingesparte Tonne CO₂ 1800 Euro. An der Börse wurde die Tonne 2007 schon für weniger als 1 Euro gehandelt und die Mehrkosten von Windstrom – selbst an den relativ windarmen Standorten in Deutschland – gegenüber der herkömmlichen Stromversorgung lassen sich zu CO₂-Minderungskosten von grob 30 Euro pro Tonne überschlagen. Die enorme Ineffizienz des Instruments Ökosteuer liegt auf der Hand. Bezahlen müssen es alle. Sozialverträglich ist das nicht. Ebenso verhält es sich beim CO₂-Handel.

Das Bundeskartellamt hat 2005 festgestellt, dass die CO₂-Preise von den Stromversorgern in die Strompreise eingepreist werden, obwohl ihnen die Emissionsrechte frei zur Verfügung gestellt werden. Das ist eine Subvention der Energiewirtschaft, die allein in Deutschland in einzelnen Jahren bei etwa 10 Milliarden Euro lag, eine Subvention ohne die erhoffte Folgewirkung, denn eine merkliche CO₂-Reduktion ist mit ihr nicht verbunden. Bezahlen müssen es wieder alle und sozialverträglich ist das natürlich ebenso wenig wie die Ökosteuer. Die Wirkung der Maßnahmen ist wie die der Mehrwertsteuer degressiv. Die relative Belastung steigt mit fallendem Einkommen. Das ist das Gegenteil einer sozialen, ausgleichenden Steuerpolitik, wie sie beispielsweise durch die progressive Einkommenssteuer bewirkt

wird. Mit Einnahmen aus solchen direkten Steuern ließe sich dagegen sehr wohl eine effiziente und klimaschonende Energieversorgung aufbauen, die den Schwächsten in der Gesellschaft nicht zur drückenden Last wird.

□ Energie aus dem eigenen Land

Manchmal wird gegen die internationale Kooperation im Bereich der Stromversorgung mit EE eingewendet, man wolle doch die Energie im eigenen Land gewinnen u.a. um Abhängigkeiten zu vermeiden. Tatsächlich liegt die Energieimportquote in Deutschland derzeit bei annähernd 80%. Ohne die extrem klimaschädliche Braunkohle wäre der Importanteil nochmals deutlich höher. Bei Erdgas kommt grob ein Viertel des EU Imports aus Algerien und über ein Drittel aus Russland. Nun ist Import und Export wohl kein prinzipielles Problem. Deutschland ist seit Jahren Exportweltmeister. Wir erzielen dadurch große Überschüsse, die sich ganz wesentlich auf unseren Export von Maschinen, Fahrzeugen und Fahrzeugteilen sowie Chemischen Erzeugnissen begründen. Problematisch ist dagegen eine Abhängigkeit von wenigen Lieferanten. Hier kommen im Erdgasbereich große Probleme auf uns zu, da perspektivisch schon in weniger als 20 Jahren der Europäische Verbrauch nur noch aus zwei Ländern gedeckt werden könnte, weil bis dahin – nach Annahmen der Gazprom – alle anderen erschwinglichen Quellen ausgebeutet wären. Prinzipiell ergibt sich die Reduzierung der Anzahl von Bezugsquellen bei allen fossilen Energieträgern.

Der großräumige Stromverbund zur Nutzung von EE stellt sich demgegenüber vollkommen anders dar. Hier können aus verschiedenen Ländern wertvolle Beiträge kommen. Das System kann hoch diversifiziert aufgebaut werden. Deshalb entstehen keine großen einseitigen Abhängigkeiten. Auch die Quellen gehen nicht zur Neige, weshalb sich ihre Anzahl nicht reduziert. Richtig organisiert ist eine großräumige Kooperation unbedenklich. Beispielsweise ziehen

wir uns ja auch nicht auf den Nationalstaat zurück, weil wir unseren Exportanteil mit 1035 Mrd. Euro oder 44,9% unseres Bruttoinlandsprodukts in 2006 oder unsere Importe von 913 Mrd. Euro für gefährlich hoch hielten, wobei das Ausmaß durchaus auch diskutiert werden könnte. Eher setzen wir auf eben diese enge Kooperation, die sich aus dem Außenhandel ergibt, und halten sie auch für ein stabilisierendes Element, zu dessen Zweck u.a. auch die EU dienen soll. Der Stromtransport in den Szenarien würde jedenfalls weitaus kleinere wirtschaftliche Dimensionen annehmen. Er bietet sich auch als Möglichkeit die Deutschen Handelsbilanzüberschüsse auszugleichen und die Chancen der globalen Wirtschaft gleichmäßiger zu verteilen. Wenn zusätzliche nationale Reserven für die Stromerzeugung gewünscht sind, ließe sich das auch relativ unproblematisch und wirtschaftlich gut vertretbar organisieren, indem man für den Notfall den Rückgriff auf eigens installierte, kostengünstige Reservekraftwerke vorsieht.

» Es wird höchste Zeit, weltweit auf einen pragmatischen Umstieg in der Energieversorgung hin zu wirken. Das gemeinsame Ziel muss ein schneller, sozial- und klimaverträglicher, ressourcenschonender Umbau der Energieversorgung sein. Zu dessen Erreichen bedarf es einer Sammlung aller Kräfte. Andererseits muss man sich von der Herangehensweise verabschieden, erst dann zu handeln, wenn alle mitmachen. Gerade die kostengünstige Option der länderübergreifenden Stromversorgung mit EE eröffnet dafür auch die wirtschaftlichen Spielräume. Ein wesentliches Handlungsfeld ist die Etablierung von Rahmenbedingungen, die die internationale Kooperation im Bereich der erneuerbaren Energien möglich machen. ■

↳ Dr. Ing. Gregor Czisch, Diplomphysiker, beschäftigt sich am Institut für Elektrische Energietechnik und Rationelle Energiewandlung der Universität Kassel u.a. mit globalen Energieszenarien.

□ Handlungsbedarf

Das Klimaproblem fordert eine konsequente Herangehensweise. Da ist weder Platz für ideologische Scheuklappen noch für politischen Opportunismus und politische Feigheit. Wer dies bei seinem – insbesondere politischen – Handeln nicht berücksichtigt, begeht ein Verbrechen an denen, die von den Folgen der Klimaveränderung getroffen werden, denen sie die Lebensgrundlage entziehen wird, an denen, die nicht die wirtschaftlichen Mittel haben werden, sich vor ihren Auswirkungen zu schützen, an Abermillionen Menschen heutiger und zukünftiger Generationen. Wer die zeitliche Brisanz des Themas (insbesondere des Themas der Klimaveränderung aber auch des Themas der Ressourcenverknappung) ignoriert, handelt verantwortungslos.

Akzente setzen, kontrovers debattieren



Mit Beiträgen von
Elke Ferner,
Dierk Hirschel,
Claus Möller,
Hermann Scheer,
Andrea Ypsilanti,
Heidemarie
Wieczorek-Zeul,
Christoph Zöpel
und vielen anderen

184 Seiten · € 14,80 · ISBN 978-3-86602-020-7

Jetzt bestellen und lesen: www.vorwaerts-buch

„Wir brauchen eine Dritte Industrielle Revolution!“

Der Staat muss als Pionier handeln

Interview mit Matthias Machnig



Foto: Thomas Willemsen



□ Industriepolitik und Klimawandel

spw: Alle Welt spricht vom Klimawandel. Wir sprechen von moderner Industriepolitik. Wie passt das zusammen?

Matthias Machnig: Wir brauchen eine ökonomische Antwort auf die ökologische Herausforderung. Das ist eine Schlüsselfrage für die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte. Der Klimawandel erfordert einen erheblichen ökonomischen Strukturwandel unserer Volkswirtschaft. Wenn wir zum Beispiel unsere Treibhausgase bis 2020 um 40 % unter das Niveau von 1990 reduzieren wollen, bedeutet dies von 2012 bis 2020, d.h. in nur acht Jahren, unsere Emissionen um 19% zu reduzieren. Denn bislang lautet unsere Verpflichtung nach dem Kyoto-Protokoll bis zum Jahre 2012 um 21% gegenüber 1990 zu reduzieren, d.h. eine Anstrengung ähnlicher Größenordnung innerhalb von 22 Jahren. Das ist der tiefgreifendste Wandel, den unsere moderne Industriegesellschaft bewältigen muss. Darauf braucht sie wirtschaftspolitische, technologische und innovative Antworten. Und sie braucht einen starken Staat, der klare Regeln vorgibt und diese Veränderungen im Sinne einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung vorantreibt.

□ Wir brauchen eine dritte industrielle Revolution

spw: Experten sagen ein Wachstum der Weltwirtschaft bis 2030 auf das Doppelte voraus. Ist das – im globalen Maßstab – sinnvoll? Manche sagen, wir müssten eher auf die Wachstumsbremse treten.

Matthias Machnig: Es ist klar, dass die jetzige Phase die intensivste und schnellste Wachstumsphase ist, die diese Welt jemals erlebt hat. 3-4% Wachstum pro Jahr werden global für die nächsten Jahre und Jahrzehnte prognostiziert. Das ist noch gekoppelt mit einer Zunahme der Weltbevölkerung bis 2050 auf 9 Milliarden Menschen und dem Umstand, dass davon mehr als doppelt so viele Menschen wie heute – nämlich mehr als 4 Milliarden – in Industriegesellschaften leben werden. Das ist die Herausforderung. Diese Trends werden nicht zu stoppen sein. Länder wie Indien und China werden sagen, ohne wirtschaftliches Wachstum wird es bei uns keine soziale Entwicklung geben können. Deshalb brauchen wir – im globalen Maßstab – eine dritte industrielle Revolution in deren Zentrum Energie und Ressourceneffizienz steht. Wenn uns das gelingt, dann ist auch wirtschaftliches und demografisches Wachstum weiterhin möglich. Deswegen brauchen wir eine Orientierung auf eine Innovationspolitik und Wirtschaftspolitik, die die einzelnen Elemente zusammenbindet, um auch in Zukunft große Länder wie Indien, China oder Brasilien darauf verpflichten zu können, sich an den Vereinbarungen auf internationaler Ebene etwa zur Emissionsreduktion zu beteiligen.



Wir dürfen diese Länder nicht vor die Alternative stellen „Wachstum oder Klimawandel“, sondern müssen ihnen klar machen – und da hat Europa eine Vorbildfunktion – dass Wachstum und Klimawandel zusammen gehören. Europa kann und muss hier Brücken bauen. Wir müssen ihnen beweisen, dass ein solcher Paradigmenwechsel funktioniert. Und wir müssen ihnen über Technologietransfers und Kooperationen helfen, dass sie nicht den gleichen Industrialisierungspfad gehen müssen wie wir, der zu den aktuellen klimatischen Verwerfungen führt.

□ Grüne Wachstumsmärkte

spw: Das Umweltministerium hat eine Studie über die Perspektiven einer ökologischen Industriepolitik in Auftrag gegeben. Welche Wachstumfelder werden dort beschrieben? Wie werden die Beschäftigungswirkungen eingeschätzt?

Matthias Machnig: Wir haben eine Studie erstellen lassen, es gibt auch einen Umwelttechnologieatlas für Deutschland und wir haben die Wachstumsimpulse weltweit messen lassen. Das Ergebnis war: Wir haben schon heute ein Marktvolumen von tausend Milliarden Euro weltweit auf den grünen Märkten. Bis 2020 wird sich dieses Marktvolumen auf 2000 Milliarden verdoppeln. Deutschland hat daran mittlerweile einen Anteil zwischen 18 und 21 % und diese Märkte wachsen im zweistelligen Bereich. Wir haben in den letzten drei Jahren auf diesen Märkten auch bei uns zweistellige Wachstumsraten, nämlich jährlich um 15 %, was die Zahl der Arbeitsplätze angeht.

spw: Was sind die Leitmärkte und Schlüsselbranchen?

Matthias Machnig: Das ist einmal der Bereich der Energietechniken. Da geht es zum einen natürlich erstmal um die Erneuerbaren Energien wie Windenergie, Geothermie, Photovoltaik. Aber es geht vor allem auch um eine Effizienzsteigerung im Bereich der klassischen, fossilen

Energien wie etwa Kohle. Unser Ziel muss darüber hinaus sein, CO₂-arme Kohlekraftwerke zu entwickeln, die dann im Energiemix auch eine Rolle spielen.

Der zweite wichtige Leitmarkt ist der der Effizienztechnologie. Wie gelingt es uns in den nächsten Jahren, die Energienutzung etwa in den Verbrauchsgütern – etwa bei Kühlschränken oder Unterhaltungselektronik – effizienter zu gestalten? Wir wollen daher auch in Deutschland etwas einführen, was es beispielsweise in Japan mit Erfolg gibt – nämlich ein so genanntes „Top-Runner“-Modell. Das Top-Runner-Modell sieht vor, dass die heute energieeffizientesten Produkte in fünf oder sechs Jahren zum Standard aller Produkte in diesem Segment werden. Das ist ein Prinzip, das wir durchsetzen wollen, das wäre ein revolvierendes Innovationssystem.

Der dritte Bereich bezieht sich auf die Ressourceneffizienz. Wie können wir mit geringerem Ressourceneinsatz trotzdem eine hohe Wertschöpfung erzielen, und wie können wir vor allen Dingen auch Produkte entwickeln, die über ihre Nutzungsdauer einen geringeren Einsatz vorhandener und endlicher Ressourcen ermöglichen? Um ein Beispiel aus der verarbeitenden Industrie zu bringen: Mehr als 50 % aller Kosten resultieren aus dem Einsatz von Ressourcen und Energie. In der öffentlichen Debatte geht es aber immer nur um Lohn- und Lohnnebenkosten. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, auch um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, den Ressourcen- und Energieverbrauch in den industriellen Produktionsprozessen zu reduzieren.

Zum vierten: Moderne Industriegesellschaften produzieren Abfälle. Diese Branche ist eine Schlüsselbranche, da wir hier beispielsweise Ressourcen zurück gewinnen können aus der industriellen Produktion und dort dann auch wieder einsetzen können. Deutschland hat bei den Recyclingtechnologien einen Weltmarktanteil von 30%. Das ist eine gute Ausgangsvoraussetzung.

Der fünfte Bereich, den ich ansprechen will, ist der einer nachhaltigen Mobilität. Es geht darum, Mobilitätsstandards zu definieren unter der Perspektive des oben angesprochenen Wachstums. Wie können wir vor diesem Hintergrund Mobilität ermöglichen, ohne weiter Treibhausgase zu verursachen und das Klima weiter zu schädigen? Deshalb wollen wir in Europa ganz ehrgeizige Standards definieren. Das Ziel heißt, ab 2012 für die Fahrzeuge max. 120 g CO₂/km. Und dann wird der Weg weiter gehen in Richtung 100 g. Das ist eine deutliche Reduktionspolitik.

Der sechste Punkte: Neue Verfahren und Produkte. Der wichtigste Punkt für eine nachhaltige Mobilität wird etwa sein, dass wir neue Bio-Treibstoffe entwickeln. Wir haben uns gerade mit Herrn Seehofer und dem Verband der Automobilindustrie (VDA) darauf verständigt, bis 2020 in Deutschland einen Verbrauchsanteil von 20% Biokraftstoffe zu realisieren. Das wird ein wichtiger Punkt sein, um nachhaltige Mobilität überhaupt zu ermöglichen. Außerdem wollen wir ja sowohl in Deutschland als auch in Europa bis 2020 erreichen, dass wir etwa 20% unseres gesamten Primärenergieverbrauchs aus nachwachsenden Energieträgern decken können.

Alles in allem kommt die Studie zu einem Schluss: die Entwicklungs- und Wachstumspotenziale sind enorm. Deutschland muss aber an einer Stelle aufpassen: Wir sind gut aufgestellt in einigen Bereichen, die ich genannt habe. Allerdings sind das vor allem Klein- und Mittelständische Unternehmen. Ihre Möglichkeit, auf den internationalen Märkten bestehen zu können, muss gestärkt werden. Wir müssen aufpassen – und da gibt es schon einige Beispiele –, dass dieses Know-how, das wir in diesen Unternehmen aufgebaut haben, nicht von internationalen Konzernen aufgekauft wird, wie das etwa im Fall Repower durch die Übernahme von Suzlon passiert ist. Wir müssen das Interesse haben, diese strategischen Felder in den nächsten Jahren mit deutscher Wertschöpfung, deutscher Forschungs- und Entwicklungspolitik zu sichern. Auch das ist eine der zentralen Aufgaben einer modernern Industriepolitik.

□ Der Staat als Pionier

spw: Welche Rolle hat der Staat hier, wenn nicht allein auf den Markt vertraut werden soll? Welche Chancen siehst Du für staatliches Handeln auf internationaler und nationaler Ebene, dem Klimawandel zu begegnen?

Matthias Machnig: Wer Klimaschutz ernst nimmt und die formulierten Ziele erreichen will, muss sicherstellen, dass es ein neues Verhältnis von Markt und Staat gibt. Märkte aus sich heraus sind nicht in der Lage, längerfristige Ziele wie Klimaschutz oder Innovationspolitik zu verfolgen. Sie sind zu stark auf kurzfristige shareholder-value-Interessen ausgerichtet. Wir brauchen für eine moderne Industriepolitik neue Instrumente, wir brauchen zum Beispiel klare ordnungsrechtliche Maßnahmen wie ich das vorhin für den Automobilssektor genannt habe: klare Festlegungen auf 120 g CO₂/km bis 2012 und dann weiter auf 90-100 g CO₂/km – das sind wichtige Orientierungspunkte für die Märkte.

Zweitens: Wir müssen stärker dazu kommen, dass wir die externen Kosten internalisieren, wie beispielsweise im Klimaschutz mit dem Instrument des Emissionshandels. Wenn wir CO₂ einen Preis geben, erhöhen wir den Innovationsdruck auf Unternehmen. Das wird ihre Investitionsentscheidungen beeinflussen.

Drittens: Wir brauchen darüber hinaus Markteinführungsprogramme. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das rot-grün eingeführt hat, ist beispielsweise so ein Markteinführungsprogramm. Neue Technologien und Energieträger, die noch unter den Bedingungen der fossilen Energie entwickelt werden, haben noch nicht die Möglichkeiten, den Markt zu durchdringen. Erst durch die gesetzlichen Rahmen werden die Möglichkeiten geschaffen, sich am Markt zu etablieren. Den Erfolg will ich nur an einer Zahl beleuchten: Die EEG-Zulage macht etwa 3,2 Mrd. Euro pro Jahr aus, damit wurden Investitionen von rund 9 Mrd. Euro induziert und insgesamt mit der Nutzung Erneuerbarer Energien ein Umsatz von mehr als

23 Mrd. Euro erwirtschaftet. Volkswirtschaftlich hat sich das Konzept also schon lange rentiert.

Der vierte Punkt: Wir brauchen eine strategische Forschungs- und Entwicklungspolitik. Um beispielsweise die Erneuerbaren Energie in das Energiesystem vollständig zu integrieren, brauchen wir moderne Speichertechnologien. Wir speichern ja heute Wärme zum Teil noch wie die alten Römer, indem wir Wasser erhitzen. Es gibt aber bessere und modernere Möglichkeiten der Wärmespeicherung, die dann auch dazu führen, dass sich Erneuerbare Energien weiter etablieren.

Wir brauchen fünftens eine integrierte regionale Strukturpolitik. Die Untersuchungen des Umweltministeriums haben gezeigt, dass es regionale industrielle Cluster für Grüne Märkte gibt. Das muss politisch begleitet werden, um die vorhandenen Potenziale in den nächsten Jahren auch wirklich voll ausschöpfen zu können.

Wir brauchen sechstens auch steuerliche Anreize. Um das ganz klar zu sagen: Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Debatte um die Ökologische Steuerreform.

Alle genannten Elemente müssen zusammen wirken, damit ein Aspekt in das Zentrum gerückt wird: dass wir nämlich die dritte industrielle Revolution nur meistern können durch eine erhebliche Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz.

Da hat der Staat eine Pionier-Funktion und eine Moderatorenfunktion. Er muss in der Lage sein, die wichtigsten Akteure zusammen zu holen. Wir im BMU haben das etwa so gemacht, dass wir ein Green Board gegründet haben, in dem über 30 Vorstände aus Spitzenunternehmen in Deutschland aus den Leitmärkten zusammen mit uns an den Fragen arbeiten: was sind die richtigen Rahmenbedingungen, was sind die richtigen Incentives, um den strukturellen Umbau unserer Industriegesellschaft auf den Weg zu bringen?

spw: In der spw-Debatte zur Industriepolitik wird seit den „53 Thesen“ immer das Leitmotiv „Staat als Pionier“ betont. Dieser Begriff taucht auch bei Dir auf. Was bedeutet für Dich heute, dem Staat eine Pionier-Funktion zuzuweisen? In wie weit knüpfst Du dabei an Diskussionen aus den 1980er/1990er Jahren an?

Matthias Machnig: Ich glaube, dass das Konzept, den Staat als Pionier zu sehen, erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Die 1990er Jahre waren wirtschaftspolitisch eine Zeit neoliberaler Konzepte, also vor allem Deregulierung, Entstaatlichung, Orientierung auf shareholder-value-Perspektiven. Wir erkennen immer mehr, dass diese Form von Politik in vielen Feldern in die Irre führt, weil sie nicht in der Lage ist, Langfristfragen zu beantworten, wie z.B. Klimapolitik und Nachhaltigkeit, Forschung und Entwicklung. Gerade deshalb brauchen wir einen Staat, der wie ein Pionier agiert, nämlich in dem Sinne, dass er einen Rahmen definiert, dass er Märkte erschließt über Rahmenbedingungen, wie ich das an dem Beispiel des Erneuerbare-Energien-Gesetz dargestellt habe. Oder der auch strategische Forschungsreserven mobilisiert auf Märkte, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden. Dafür muss das vorhandene Know-how, müssen entsprechende Produktionsprozesse weiter ausgebildet werden. Das heißt, die Notwendigkeit im Vergleich zu den 1980er Jahren auf Fehlentwicklungen zu reagieren, hat eher zugenommen. Und mit dem Klima-Prozess haben wir einen „Treiber“, der dem Staat eine hohe Verantwortung auf diesen Feldern geben wird.

Die Herausforderung ist nun, dass wir ein intelligentes Konzept entwickeln, also nicht ein allein etatistisches oder ein allein marktorientiertes. Wir müssen ein integriertes industriepolitisches Leitkonzept konkretisieren, das staatliches Handeln und Markthandeln problemadäquat verbindet. Dem Staat kommt dabei, wie beschrieben, eine größere Rolle zu als in den vergangenen Jahren, sonst sind die wirtschaftspolitischen und ökologischen Ziele nicht zu erreichen.

□ Nachhaltigkeit als Reformprinzip?

spw: In der SPD-Programmdebatte wird gelegentlich gefordert, den Aspekt der Nachhaltigkeit stärker zu positionieren. Wie könnte das Deines Erachtens aussehen?

Matthias Machnig: Der Begriff „Nachhaltigkeit“ ist in der politischen Debatte natürlich ein Schlüsselkonzept für eine ökonomisch-ökologische Entwicklung. Das Problem des Begriffes ist aber, dass er eigentlich keine Trennschärfe hat und keine Zuspitzung bietet. Das ist zumindest mein Problem damit auf der Begriffsebene. Ansonsten halte ich die Ausrichtung für richtig, wenn damit auch gemeint ist, eine industriepolitische Orientierung durchzusetzen, die sich an ökologischen Kriterien und Standards ausrichtet. Man muss nur aufpassen, dass er nicht zu einer Beliebigsformel wird.

Wir müssen außerdem auch Gremien aufbauen, die nicht nur den Namen in der Überschrift tragen, auf die wirklichen Entscheidungen aber keinen Einfluss haben. So ist es etwa dem Nachhaltigkeitsrat gegangen oder dem Green Cabinet der Bundesregierung. Die haben sich zwar gelegentlich getroffen, diskutiert und Stellungnahmen abgegeben, auf die wirklich strategischen Entscheidungen der Wirtschafts- Industrie- und Forschungspolitik hatten sie aber keinen Einfluss. Ich unterstütze also den Begriff, aber er muss konkretisiert werden.

spw: Lieber Matthias Machnig, vielen Dank für dieses Gespräch. ■

☞ Matthias Machnig, ist Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und lebt in Berlin. Er hat Ende der 1980er Jahre im spw-Zusammenhang an den „53 Thesen für einen modernen Sozialismus“ mitdiskutiert und war Anfang der 1990er Jahre Mitglied der spw-Redaktion.

☞ Das Interview führte Reinhold Rünker.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

PROKLA 147 (Hrsg.)
Internationalisierung des Staates
 2007 - 176 S.
 € 12,00
 ISBN
 978-3-89691-346-3



Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft

Benno Teschke
Mythos 1648
 Klassen, Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems
 2007 - 307 S. - € 39,90
 ISBN 978-3-89691-122-3



NEU
 Band 22

Heide Gerstenberger
Die subjektlose Gewalt
 Theorie und Entstehung der bürgerlichen Staatsgewalt
 2. Auflage 2006 - 665 S. - € 40,00
 ISBN 978-3-89691-116-2



Band 1



Hafenweg 26a
 D - 48155 Münster
 Tel.: 0251 39 00 48 0
 Fax: 0251 39 00 48 50
 info@dampfboot-verlag.de
 www.dampfbootverlag.de

Literaturschau | von Reinhold Rünker



» Auch dieser Heftschwerpunkt ordnet sich in die Debatte um das spw-Editorial aus Heft 150 ein und nimmt zudem Bezug zu den „53 Thesen für einen Modernen Sozialismus“. Beide Texte stehen auf www.spw.de zum Download zur Verfügung. Gerade in der spw-Debatte wurden Fragen der Ökologie immer auch unter dem Aspekt der Produktivkraftentwicklung und der Auswirkungen auf die sozialen Lebensverhältnisse diskutiert. Es ging dabei also nicht um „Verzichtsdebatten“, wie sie oft im grün-alternativen Milieu anzutreffen sind, sondern um den Versuch, den in Westeuropa vorherrschenden Pfad industrieller Entwicklung ökologisch und sozial nachhaltig neu zu definieren. Insoweit bietet auch die Debatte um Industriepolitik und regionale Strukturpolitik, wie sie etwa im crossover-Kontext in den 1990er Jahren geführt wurden, heute noch einen wichtigen Anknüpfungspunkt, beispielsweise: „Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive“, hrsg. von spw, Andere Zeiten und Utopie kreativ, 2000 im Verlag Westfälisches Dampfboot.

Hinzuweisen ist an dieser Stelle auf das 2002 im spw-Verlag erschienene Buch „Nachhaltigkeit als Reformprinzip“, herausgegeben von Ulla Burchardt und Reinhold Rünker, in dem anlässlich des 65. Geburtstages von Horst Peter – vgl. auch seinen Beitrag in spw 156 – zahlreiche Beiträge zum Konzept der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit veröffentlicht wurden. Im selben Jahr erschien ein spw-Schwerpunkt mit dem gleichen Titel. Die aktuelle Debatte zur regionalen Industrie- und Strukturpolitik mit besonderer Berücksichtigung Nordrhein-Westfalens hat spw im Schwerpunkt des Heftes 140 „Wachstum ist möglich“ als Dokumentation der spw-Herbsttagung 2004 dargestellt.

» Die Diskussion um den „Stern-Bericht“ hat die Diskussion um eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise international wie national wieder auf die politische Agenda gerückt. Der Bericht in englischer Sprache kann hier aus dem Internet geladen werden: www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/.

Der „Bericht der technologischen Leistungsfähigkeit Deutschland 2007“, auf den sich der Beitrag von René Röspel und Richard Müller bezieht, wurde vom (TLF 2007, www.bmbf.de), Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) erarbeitet und steht zum Download unter www.bmbf.de/de/1869.php zur Verfügung.

Für das Verständnis der Arbeit von Gregor Czisch ist seine Dissertation wesentlich: Szenarien zur zukünftigen Stromversorgung – Kostenoptimierte Variationen zur Versorgung Europas und seiner Nachbarn mit Strom aus erneuerbaren Energien <https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/handle/urn:nbn:de:hebis:34-200604119596>. Außerdem bezieht sich sein Beitrag auf das Konzept einer Internationalen Energieversorgung: „Interkontinentales Ökostromnetz: Mit erneuerbarer Energie Europas Strombedarf decken, www.uni-kassel.de/hrz/db4/extern/dbexpert/pressemitteilung/showPM.php?id=517 sowie den Artikel „Die Welt ist noch zu retten“ von Fritz Vorholz in der Zeit: www.zeit.de/2007/11/Oeko?page=5.

Die im Interview mit Matthias Machnig angesprochene Studie „Wirtschaftsfaktor Umweltschutz – Vertiefende Analyse zu Umweltschutz und Innovation“ wurde durchgeführt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin), dem Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (Karlsruhe) sowie Roland Berger Strategy Consultants (München). Der Bericht kann ebenfalls aus dem Internet geladen werden: www.bmu.bund.de. ■

Raucherpause

von Gesa Rünker ■ ■

„Jahrelang gehörte es einfach zum guten Ton, Raucher zu sein. Und wir mussten mitrauchen, ob wir wollten oder nicht. Endlich ändert sich das!“ Der Kollege an der einen Ecke des Tisches, engagierter Gewerkschafter, Nichtraucher, sieht die Vernunft an seiner Seite.

„Ich weiß gar nicht, von welcher Zeit du sprichst – das mag in den 70ern so gewesen sein, im vorigen Jahrhundert. Da war eben Schmidt noch Kanzler. Jetzt wird man verfolgt, beschimpft, ausgegrenzt, wenn man das Wort „Zigarrette“ nur versuchsweise in den Mund nimmt.“ Der Kollege an der anderen Ecke des Tisches, engagierter Gewerkschafter, Raucher, streitet gegen Ausgrenzung und für die Menschlichkeit.

Meine Kollegin und ich, engagierte Gewerkschafterinnen, Nichtraucherinnen, undogmatisch – ich nur – in der Raucherfrage, würden gern auf „Dialog“ setzen, auf „Einigung unter erwachsenen Menschen“ – aber nun sitzen wir mittendrin. Meine Kollegin versucht es mit Vernunft: „Na ja, also – im Job, denke ich, sollte der Qualm außen vor bleiben, aber in der Freizeit ...“

„Verfolgung, Ausgrenzung, Quatsch – völlig übertrieben“, schimpft der Nichtraucher, „Ihr Raucher tötet euch und andere, das muss verhindert werden.“ – „In meiner Freizeit töte ich mich, wann und wie oft ich will. Und in meinem Büro auch, du brauchst ja nicht hineinzukommen, wenn der Rauch dich so quält.“ Der Raucher schäumt, rauchen darf er jetzt, während der Gewerkschaftssitzung, nicht.

Ich weise auf die Tagesordnung hin und auf das Ende der Raucherpause – sinnlos.

„Und wenn ich nun doch in dein beschissenes Büro muss? Gezwungenermaßen? Dann verlier ich im Qualm nicht nur Nerven, sondern auch ein Stück



Foto: www.fotolia.de, © Katrin Zahnd

Lebensdauer – erwiesenermaßen.“ Der Nichtraucher klingt, als sei er bereits jetzt Gast seiner eigenen Beerdigung. - „Du kannst auch im Vollbesitz deiner Nerven- und Lungenkraft locker über die Straße sprinten und vor das nächste Auto laufen, dann bist du mit Sicherheit tot. Leben ist eben immer lebensgefährlich – sagt Tucholsky!“ Der Raucher verwechselt Tucholsky mit Kästner, ich verzichte auf bildungsbürgerlich anmutende Einwände. „Ein Autounfall ist kein Vergleich: Ihr Raucher schädigt euch und uns mit vollem Bewusstsein, das muss ein Ende haben. Und auch meine Geduld hat ein Ende.“ Der Nichtraucher steht auf und verlässt den rauchfreien Raum. „Ach, leck mich!“ Auch der Raucher geht.

Übrig bleiben wir undogmatischen Nichtraucherinnen. „Ich glaube ja“, sagt meine Kollegin, „letztlich geht es nicht um Gesundheit, sondern um Geld. Kranke sind dem Staat zu teuer. Biste lungenkrank? Selbst schuld, hättest mal nicht geraucht. Biste behindert? Schuld deiner Eltern, die haben die pränatale Diagnostik geschwänzt. Vorher hab aber ich es zu spüren bekommen – ich bin nämlich dick.“

„Ist was dran“, sage ich. „Wenigstens haben wir heute gehört, wie das klingt, wenn Arbeitnehmer sich an der Raucherfrage spalten.“ Wir schütteln die Köpfe und genehmigen uns noch einen Kaffee. ■

☞ Gesa Rünker, arbeitet als Journalistin beim Hörfunk und lebt in Leichlingen.



Foto: Christian Kiel

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Fachkräftemangel

von Arne Heise

Die Wirtschaftskonjunktur in Deutschland hat Fahrt aufgenommen: Im letzten Jahr wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) immerhin um 2,7% und für dieses Jahr wird – trotz Mehrwertsteuererhöhung – mit einem vergleichbaren Wachstum gerechnet. Gewiss sieht ein wahrhafter ‚Boom‘, von dem allenthalben gesprochen und geschrieben wird, anders aus, aber immerhin erleben wir einen Wirtschaftsaufschwung, den beispielsweise das neoliberale Institut für Weltwirtschaft (IfW) noch vor kurzer Zeit aufgrund der schlechten Angebotsbedingungen (regulierte Güter- und Arbeitsmärkte, zu hohe Sozialversicherung und zu hohe Steuersätze) für ausgeschlossen gehalten hat. Mit zeitlicher Verzögerung zeigt sich die konjunkturelle Entwicklung nun auch am Arbeitsmarkt – und anders als teilweise behauptet, steigt nicht nur die prekäre Beschäftigung (also Mini- und Midi-Jobs oder Zeitarbeit), sondern auch reguläre Beschäftigungsverhältnisse werden zunehmend ausgeweitet: Lag die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2005 noch bei 4,86 Mio. Menschen, so war sie im Jahresdurchschnitt 2006 immerhin schon auf 4,48 Mio. Menschen gesunken. Im Juni 2007 sind nun nur mehr 3,68 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet. In solchen konjunkturellen Aufschwüngen zeigt sich sehr schnell, wessen Interesse an einem höheren Beschäftigungsstand oder gar Vollbeschäftigung nur begrenzt ist: Unter-

nehmens- und Handwerkerverbände melden sich flugs zur Stelle und beklagen schon einmal vorsorglich, dass ein Facharbeiter- bzw. Fachkräftemangel drohe. Damit wird einerseits frühzeitig argumentativ für den Fall vorgebeugt, es könnte jemand auf die Idee kommen, den Wirtschaftsaufschwung durch staatliche Ausgabenprogramme unterstützen zu wollen. Andererseits wird damit auch der gewerkschaftlichen Lohnpolitik ein Signal der Mäßigung gesetzt, denn – so die Implikation – bei knapper werdenden Qualifikationen am Arbeitsmarkt wird der zunehmende Wettbewerb eh zu steigenden Löhnen jenseits der Tarifabschlüsse (so genannte Lohndrift) führen. Tarifliche Lohnsteigerungen würden dann schnell zu Inflationsgefahren werden. Und schließlich wird hier ein Argumentation für den Fall aufgebaut, dass die konjunkturelle Erholung allzu schnell ein Ende haben sollte: Dann sind es eben die strukturellen Schwächen mangelnder Qualifikationen, die einem stärkeren und anhaltenden Abbau der Arbeitslosigkeit eine Grenze setzen.

□ Vakanzen steigen bei ungelerten Kräften – nicht bei Fachkräften!

Ist die Angst vor dem Facharbeitermangel – jenseits des interessengeleiteten Gejammers der Unternehmensverbände – denn

Jahr	Arbeitslose	Vakanzen in W-Deutschland	Vakanzen in O-Deutschland	Vakanzen insgesamt
2004	4.380.000	620	109	729
2005	4.860.000	948	165	1.113
2006	4.480.000	1.080	291	1.371

Tabelle 1: Arbeitslosigkeit und Vakanzen in Deutschland; Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Jahr	ungelernt	Facharbeiter	Angestellte (einfache Tätigkeiten)	Angestellte (qualifizierte Tätigkeiten)	Insgesamt
2004	1,5	0,9	1,4	1,5	1,3
2005	4,5	1,8	2,6	1,8	2,3
2006	5,7	2,8	2,8	1,9	2,9

Tabelle 2: Entwicklung der Vakanzraten; Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

nun gerechtfertigt? Tatsächlich ist nicht nur die Zahl der Arbeitslosen in den vergangenen anderthalb Jahren erheblich gesunken, auch die Zahl der offenen Stellen (Vakanzen) hat deutlich zugenommen. In Tabelle 1 ist zu erkennen, dass sich die Vakanzen seit 2004 fast verdoppelt haben – und zwar besonders stark, allerdings von sehr niedrigen Niveau ausgehend, in Ostdeutschland.

Mit der Erhöhung der offenen Stelle geht auch eine Verlängerung der Vakanzdauer – also die Zeit bis zur Besetzung einer frei werdenden Stelle – einher: Bei kleiner werdendem Arbeitslosenpool und steigender Nachfrage nach Arbeitskräfte fällt es den Unternehmen schwerer, den Bedarf schnell zu decken; zumal ihre Qualifikationsansprüche erheblich gestiegen sind. Und die hier dargestellten Daten vermitteln noch keinen Eindruck von regionalen und sektoralen Ungleichgewichten: Selbstverständlich gibt es Regionen und Wirtschaftsbranchen in Deutschland, die trotz insgesamt immer noch extrem hoher Arbeitslosigkeit bereits heute vor weitgehend geräumten Arbeitsmärkten in gewissen Qualifikationssegmenten stehen. Aber trotz dieser Sonderentwicklungen, die es immer und zu jedem Zeitpunkt im Konjunkturzyklus gibt, kann von einem breit angelegten Facharbeiter- und Fachkräftemangel gegenwärtig noch nicht ausgegangen werden. Tabelle 2 zeigt, dass die Veränderung der Vakanzraten – also die offenen Stellen auf 100 Erwerbstätige – besonders im Segment der Tätigkeiten ohne Qualifikationen zugenommen haben, während sich die Vakanzraten bei Facharbeitern und Fachkräften leicht unterdurchschnittlich entwickelten.

□ Unternehmen sollten mehr in Aus- und Weiterbildung investieren!

Wie aber sieht es aus, wenn die gute konjunkturelle Entwicklung einige Zeit anhält?

In diesem günstigen Fall wären vor allem die Unternehmen selbst gefragt: Sie müssten endlich die sich in den letzten Jahren immer bedrohlicher öffnende Lücke zwischen Ausbildungsplatzsuchenden und dem Angebot an Ausbildungsplätzen schließen. Der Ausbildungsplatzquotient, der das Verhältnis von Ausbildungsstellen pro Bewerber darstellt, hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert: Auf einen Bewerber kam im Jahr 2005 gerade noch ein 2/3-Ausbildungsplatz. Noch in den 1980er Jahren lag der Ausbildungsplatzquotient mit etwa 1,25 fast doppelt so hoch – laut Ausbildungsexperten etwa jener Wert, der ein Mindestmaß an Ausbildungsplatzgarantie und -auswahl für potentielle Bewerber sichert.

Der medial als sehr erfolgreich verkaufte ‚Ausbildungspakt‘ zwischen dem Bundesarbeitsministerium und den deutschen Arbeitgeberverbänden hat zwar im letzten Jahr eine weitere Verschlechterung der Entwicklung vorerst verhindern können. Strukturell aber verbleibt das Problem, dass Ausbildungsplätze gerade in kleineren Betrieben zunehmend in Konkurrenz zu Niedriglohn-Jobs geraten und sich dann, kurzfristig betrachtet, nicht mehr ‚rechnen‘. Auch die Fort- und Weiterbildungsanstrengungen in deutschen Unternehmen haben in den letzten Jahren deutlich nachgelassen. Werden diese Probleme nicht grundsätzlich angegangen und gelöst, ist mittelfristig ein Facharbeiter- und Fachkräftemangel nicht auszuschließen. ■

⇒ Dr. Arne Heise, ist Professor für Volkswirtschaft an der Universität Hamburg.



Foto: www.photocasc.de, © poloqueen

„Der Tanz um die Lust“ – Von Porno bis Erotik

von Jürgen Meier



Die Liebesbeziehung zweier Menschen bleibt immer zwar ein natürliches Verhältnis, also ein biologisches, aber es gibt in der menschlichen Liebesbeziehung kein rein natürliches Verhältnis zwischen Mann und Frau. Sie begehren sich gegenseitig in ihrer konkreten Partikularität. Die menschlichen Partner sind, anders als in den sexuellen Beziehungen der Natur, nicht auf ihre Instinkte reduziert, sondern auf den anderen Menschen als ganz konkreten Menschen. Diese Beziehung ist daher eine gesellschaftlich geprägte. Hier beginnt das Problem.

„Leben wir in einer pornografischen Gesellschaft?“ fragt Ariadne von Schirach und beschreibt in lockerer Offenheit eigene Erfahrungen, die sie jedoch stets vor einem kritischen Hintergrund reflektiert. „Pornos vermitteln ein verzerrtes Bild, vor allem der weiblichen Lust,“ schreibt sie. Dieses Zerrbild brennt sich in die Köpfe, besonders der Männer, aber natürlich auch der Frauen ein, die ihre eigene Sexualität nicht mehr als eigene, sondern nur noch als Rolle erleben könnten. In Nordamerika würden Orgasmen in Pornos von lautem Stöhnen begleitet, weshalb sich junge Mädchen schon früh darin trainieren würden, um vom Partner akzeptiert zu werden. Nicht Lust und Liebe könne so gedeihen, sondern die show sei die Folge – was letztlich Lustfeindlichkeit bedeuten dürfte. Auch die Legende vom „guten“ Sex sei weiter nichts als ein „Normierungsdruck“.

Das so verzerrte, scheinbar natürliche Verhältnis von Mann und Frau, zerstückelt aber nicht nur, wie die Autorin schreibt, den Geschlechtsakt in seiner filmischen Darstellung, in denen stets auf

Körperteile fokussiert wird, sondern die Pornoisierung ist mehr als Film. Sie findet tatsächlich statt, in dem das gesellschaftliche Leben immer mehr an Erotik verliert. Erotik kann nur als ganzheitliche Beziehung zwischen zwei Menschen entstehen, also ist letztlich nur durch Liebe oder durch den Wunsch nach Liebe zu bekommen.

Dem steht allerdings ein gesellschaftliches Leben feindlich gegenüber, das sich auf Konkurrenz zwischen den einzelnen Menschen stützt, die, jeder für sich, um Arbeitsplätze, Anerkennung und sonstige Vorteilsnahme kämpfen. Wie lässt sich in diesem Alltag lustvoll leben? Ariadne von Schirach antwortet zwar, wie dies einst Erich Fromm tat, mit dem Hinweis auf die „Kunst des Liebens“, die letztlich nur glückvoll sei und die ganz andere Fähigkeit vom Menschen fordere, als erektions- und orgasmusbereit zu sein. Aber sie erkennt nicht die Verbindung von gesellschaftlichem Sein und sexuellem Freiheitsschein, der sich ja im Konsum von Pornos zeigt. Da, hier folgt sie Nietzsche, es keine absolute Wahrheit gebe, müsse jeder einzelne „existentiell“ werden, „jenseits alles Bürgerlichen, Pornographischen oder Neoliberalen“. Jeder müsse sich für seine „Struktur“ entscheiden. Das geht so einfach aber nicht. Denn jeder bleibt in der Gesellschaft in der er lebt. Entweder erkennen wir die menschlichen Zerstückerlungen der spätbürgerlichen Gesellschaft im Großen und im Kleinen oder wir bleiben isolierte, zerstückelte Exemplare, die sich nur selbst in Sex-, Arbeits-, Liebe- und Sportwesen zerstückeln, um den Schein von Glück zu ernten.

Die amerikanische Psychiaterin Clayton befasst sich mit dem Thema dagegen ganz konkret aus ihrer Arbeit mit Frauen, die ja vor allem die Opfer der Pornoisierung sind. Da sie an einige Stellen ihres Buches auch Fragebögen stellt, die sich an die Leserinnen wenden, bietet ihr Buch eine besondere Reflexionsmöglichkeit für Frauen, die ihre Liebe und Lust anders als bisher gestalten wollen. Dass Frauen Sex häufig als „Kummer und Leid“ erfahren, hänge damit zusammen, dass Frauen „Probleme in ihrem Sexualleben isoliert betrachten“ würden, also vom Alltagsleben abgetrennt.

Offensichtlich eine Folge der von Schirach beschriebenen Pornoisierung. Ob jung oder alt, jede Frau könne Sex lustvoll erleben, vorausgesetzt sie verabschiedet sich von dem Leistungsdruck, den die Normierung vom „guten Sex“ ihr bereitet. Als eine Patientin darunter litt, dass sie noch nie einen „richtigen“ Orgasmus erlebt habe, sondern diesen nur mit einem Dildo erleben könne und nicht mit ihrem Partner, bestätigte Clayton die erlebte positive Erfahrung der Frau: Ein Orgasmus sei ein Orgasmus, mit oder ohne Kopulation.

Die Autorin setzt dabei stets die sexuelle Lust in Beziehung zur Partnerschaft. So ärgert sie sich über Viagra, das plötzlich jene Männer konsumieren, die lange Zeit mit ihren Frauen liebevoll und glücklich lebten, obwohl sie unter Erektionsschwäche litten und die Frauen, bedingt durch Menopause, ihrerseits wenig sexuelles Verlangen verspürten. Beide hätten so in Harmonie gelebt. Durch Viagra hätten die Männer diese Harmonie unnötig gestört. Offensichtlich ist auch hier der Leistungsdruck Regulator menschlicher Beziehungen, an denen, wie bei dem Konsum von Pornos, die Produzenten und Vertreiber Milliarden verdienen.

In dem Verhältnis von Mann und Frau, das zeigen beide Bücher, wird deutlich „inwieweit dem Menschen das menschliche Wesen zur Natur oder die Natur zum menschlichen Wesen des Menschen geworden ist. Aus diesem Verhältnis kann man also die ganze Bildungsstufe des Menschen beurteilen.“ (Marx) Mit Porno, Viagra oder Lifting kann die Natur nicht zum menschlichen Wesen werden, dazu braucht es Erotik, Liebe und überhaupt Menschlichkeit überall. ■

☞ Jürgen Meier, lebt als Autor in Hildesheim.

Literatur

- Ariadne von Schirach, Der Tanz um die Lust, Goldmann Verlag 2007
- Aita H. Clayton / Robin Cantor-Cooke, Wie Frauen lieben – Das Geheimnis weiblicher Sexualität, C. Bertelsmann Verlag 2007



Foto: www.fotolia.de, ©Norman Chan

10. Oktober 1981: Im Kanzleramt residiert Kanzler Schmidt. Partei: SPD. Rund 300 000 Demonstrantinnen und Demonstranten versammeln sich im Bonner Hofgarten und protestieren gegen den NATO-Doppelbeschluss. Mit dabei: große Teile der Sozialdemokratie, die kein Problem damit haben, auch gegen einen Kanzler der eigenen Partei für eine andere Politik zu kämpfen.

2. Juni 2007: Die SPD stellt den Vizekanzler, den Außenminister und die Entwicklungsministerin. Die globalisierungskritische Bewegung ruft zum Protest gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Mit etwa 80 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist dies die größte Demonstration seit den Protesten gegen den Irakkrieg. Nicht dabei: die in der SPD organisierte Sozialdemokratie. Lediglich einige Juso-Landesverbände mobilisieren ihre Mitglieder und das mit Erfolg.

Die Woche des Protestes ist bunt – die politischen Motive so unterschiedlich wie die Protestformen. Von der gemeinsamen Grossdemonstration am 2. Juni über den Gegengipfel der NGO's, den Protestgottesdiensten der Kirchengruppen, den Blockaden der zivilgesellschaftlichen Linken vor dem Zaun bis hin zur Straßenmilitanz der linksradikalen Szene. Die politischen Motive reichten von der Bitte nach raschen Entscheidungen beim Gipfel bis zur Negation der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Doppelstrategie 2.0

Die G 8 – Proteste und die Sozialdemokratie

von Jan Böning und Franziska Drohsel

Spätestens seit Seattle 1999 sind Proteste gegen die großen politischen Gipfel-Events ins Blickfeld der medialen Aufmerksamkeit gerückt und stellen für die Politisierung linker Jugendlicher einen wesentlichen Bezugspunkt dar. Nicht nur in Seattle auch anlässlich des IWF-Treffens in Prag 2001 oder des G 8-Gipfels in Genua 2001, bei dem der Demonstrant Carlo Giuliani von einem Polizisten erschossen wurde, konnten internationale Großdemonstrationen organisiert werden.

Über die Einordnung der Bewegung wurde seitdem viel diskutiert. Bis heute reicht die Bewertung der „No Globals“ auch innerhalb der Linken von strikter Ablehnung bis zu bedingungsloser Begeisterung. Konstatiert werden muss allerdings trotz aller Kritik, dass dort eine Vielzahl von Menschen zusammenkommt, die sich für eine gerechtere und friedlichere Welt einsetzt und dem kapitalistischen Prinzip ablehnend gegenübersteht. Mit anderen Worten: genug Anhaltspunkte für die Sozialdemokratie, um an dieser Bewegung teilzuhaben und in diese zu intervenieren.

Dass eine solche politische Intervention in linke Bewegungen in den letzten Jahren von Seiten der Sozialdemokratie nicht stattgefunden hat, hängt insbesondere damit zusammen, dass das kapitalismuskritische Selbstverständnis bzw. das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus vielerorts nicht mehr inhaltlich, sondern nur noch verbal aus-

gefüllt wird. Und das, was allenthalben früher mit dem Begriff Doppelstrategie umschrieben wurde, spielt realpolitisch in großen Teilen der Partei kaum noch eine Rolle.

Das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus wird, so konnte man es in der Diskussion um ein neues SPD-Grundsatzprogramm beobachten, gerne vor sich her getragen. Aber die Frage, wie eine politische Praxis aussehen kann, die sich als sozialistisch begreift und sich mit dieser Beschreibung nicht lächerlich macht, ist in den letzten Jahren kaum noch gestellt worden. Möglicherweise wird sie als nicht mehr relevant empfunden. Sozialistinnen und Sozialisten ging es stets darum, im Hier und Jetzt für fortschrittliche Reformen zu kämpfen und gleichzeitig das Ziel, den Kapitalismus zu überwinden, nicht aus den Augen zu verlieren.

Gerade in Zeiten einer wachsenden sozialen Polarisierung, in der sich die grundlegenden Widersprüche des Kapitalismus wieder verschärfen und die Schere zwischen Arm und Reich sowohl in Deutschland als auch weltweit immer weiter auseinander geht, ist die Frage entscheidend, ob mit dem Prinzip der Marktwirtschaft eine Gesellschaft so gestaltet werden kann, dass sie den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gerecht werden kann.

Die Antwort der Sozialdemokratie auf diese Frage lautete: Reparaturen am Kapitalismus reichten nicht aus, Zielvorstellung sei deshalb der demokratische Sozialismus. Nimmt man dies ernst, muss sich die Diskussion, wie es ein Teil der Demonstration am 2. Juni ausdrückte, „Ums Ganze“ drehen und im Austausch mit den sozialen Bewegungen gesellschaftlicher Druck für daraus folgende Projekte mitorganisiert werden.

Um diesem Anliegen gerecht zu werden, braucht es eine Erneuerung der Doppelstrategie in mehrerer Hinsicht:

1. Ein glaubwürdiges, antikapitalistisches, politisches Selbstverständnis braucht die Diskussion und den Austausch über eine zeitgemäße Kapita-

lismuskritik und die Strategien, die aus dieser folgen. Die Auseinandersetzung darüber mit anderen Teilen der gesellschaftlichen Linken ist deshalb erforderlich und notwendig. Eine vereinfachte Kapitalismuskritik, die antiamerikanische und antisemitische Denkmuster bedient, ist reaktionär und muss von links auch als solche benannt werden.

2. Die Doppelstrategie wieder ernst zu nehmen, heißt vor allem sich hinein in linke Bewegungen und Bündnisse zu begeben. Dabei geht es keinesfalls darum, Bewegungen hinterher zu rennen, sondern die inhaltliche Auseinandersetzung in Bündnissen um die angemessene politische Positionierung und Strategie zu führen. Bündnisarbeit heißt auch, den Austausch zwischen Partei und gesellschaftlichen Bewegungen zu organisieren und bedeutet, im Falle von Kriminalisierungen linker Politik Solidarität zu üben.

3. Sich wieder als Teil der gesellschaftlichen Linken zu verorten, impliziert einen entsprechenden Politikwechsel auf Bundesebene. Dazu ist es erforderlich, endlich die plumpe Abgrenzung und die personalisierende Pauschalisierung der Linkspartei zu unterlassen und stattdessen über eine Diskussion für ein neues fortschrittliches Projekt auf Bundesebene und dessen gesellschaftlichen Mehrheitsfähigkeit gemeinsam mit den Gewerkschaften, außerparlamentarischen Gruppen und Initiativen, den Grünen und der Linkspartei einzutreten. ■

☞ Jan Böning, ist Juso-Landessekretär in Berlin, Franziska Drohsel ist Juso-Landesvorsitzende in Berlin.

Eine Grundversorgung für alle ist möglich

Die Debatte um Agenda 2010 und das „Bedingungsloses Grundeinkommen“

von Bernhard Weismann

» Dieser Beitrag bezieht sich zwar auf die Kontroverse zwischen Reinhold Rürker und Mark Unbehend (SPW Nr. 2 und 4/2007), vermeidet aber eine Parteinahme aus guten Gründen: Natürlich bleibt Vollbeschäftigung ein sozialdemokratisches Ziel von hohem Rang. Aber nicht jede abhängige Arbeit ist geeignet, die Menschenwürde des Arbeitenden zu gewährleisten. Die im folgenden vorgeschlagene Grundsicherung – in Anlehnung an das real existierende SGB II, aber ohne demütigende Schikanen – ist kein Schlaraffenland und kaum ausreichend, um als „Stilllegungsprämie“ zu funktionieren. Die Grundsicherung des SGB II entspricht den vom Bundesverfassungsgericht anerkannten statistischen Berechnungen der goer Jahre zum sozio-kulturellen Existenzminimum des Sozialhilferechts, das schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht unterschritten werden sollte. Daher sind alle „Sanktionen“, welche dieses Existenzminimum beschneiden, nach meiner Meinung in einem sozialen Rechtsstaat schlicht verfassungswidrig.

Die Agenda 2010 mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe hat den halben Weg zum sozio-kulturellen Existenzminimum schon zurückgelegt. Eine vernünftige Weiterentwicklung der Agenda 2010 und eine ehrliche Korrektur ihrer



Foto: www.fotolia.de, © Greg Pickens

Fehler würde zwangsläufig zu einer Grundversorgung aller Bürger ohne verfassungsrechtlich bedenkliche und demütigende Schikanen führen.

Die Fehler der „Agenda 2010“ sind eine Folge der scheinbar so einleuchtenden Parole „Fördern und Fordern“. Diese Parole hatte ihren Charme, solange man noch guten Gewissens daran glauben konnte, Vollbeschäftigung sei wieder erreichbar, wenn nur die Arbeitsvermittlung effizienter arbeiten könnte und wenn alle Arbeitslosen sich ehrlich um eine Beschäftigung bemühen würden. Dies war die ausdrückliche Prämisse von „Hartz IV“. Wenn aber nun die Entwicklung der Arbeitsproduktivität infolge des technischen Fortschritts längst einen Stand erreicht hat, mit dem die ersehnte Vollbeschäftigung von Jahr zu Jahr unwahrscheinlicher wird, ist es Zeit zum Umdenken.

Die Ideologie des „Förderns und Forderns“ hat aus der Grundsicherung eine Art Almosen gemacht, das sich der Bedürftige durch Wohlverhalten erst verdienen muss. Der Arbeitssuchende soll sich aktiv um einen Arbeitsplatz bemühen, den es nur für einen Bruchteil der Bewerber geben kann. Dennoch: Wer sich nicht so verhält, wie es sein Betreuer bei der Agentur für Arbeit erwartet, muss mit drastischen Leistungskürzungen rechnen. Damit wird

dem Arbeitslosen gerade die Grundsicherung, also das finanzielle Äquivalent des soziokulturellen Existenzminimums, zu 30, 60 oder gar 100 Prozent vorenthalten.

Das Bestreben, die Kosten der sozialen Sicherung möglichst komplett auf die Angehörigen der Bedürftigen abzuwälzen, ist in der Geschichte des Sozialhilferechts tief verankert. Nun aber treibt diese Strategie angesichts des Massenphänomens Arbeitslosigkeit immer groteskere Blüten: Wann müssen Eltern für ihre erwachsenen, aber arbeitslosen Kinder aufkommen, wann die Kinder für ihre arbeitslosen Eltern? Was ist eine eheähnliche Gemeinschaft? Setzt sie ein gemeinsames Schlafzimmer voraus? Und was ist mit gleichgeschlechtlichen Schlafzimmern??

Ein gigantischer juristischer Apparat wurde geschaffen, laufend ausgebaut und verschärft, um „Leistungsmissbrauch“ einzudämmen. Die Mitarbeiter der Agenturen für Arbeit werden gezwungen, ihre Aufmerksamkeit und Arbeitskraft überwiegend nicht der Hilfe für die Bedürftigen zu widmen, sondern mit Härte und Scharfsinn „Leistungsbe-träger“ zu entlarven.

Viele Verschärfungen z.B. des SGB II seit dem In-Kraft-Treten des ursprünglichen Gesetzeswerks gehen in diese Richtung: Die Grundsicherung des SGB II ist teurer als erwartet? Also müssen die Hürden auf dem Weg zu einer Inanspruchnahme erhöht und die Sanktionen für „Leistungsmissbrauch“ verschärft werden!

Die Verwaltungskosten der Arbeitsagenturen für Überwachung und Kontrolle der Leistungsempfänger, die alle denkbaren Ersparnisse in den Schatten stellen, sind dabei noch das geringste Übel. Viel teurer kommen für die Gesellschaft die bleibenden Schäden beim sozialen Zusammenhalt. Am schädlichsten sind dabei die Fernwirkungen: Weil Arbeitslosigkeit praktisch den Verlust der Menschenwürde bedeutet, tun die noch Beschäftigten buchstäblich alles – und wenn es sein muss, noch ein bisschen mehr! – um diesem Schicksal zu entgehen.

□ Grundrechtsträger oder lästige Kostgänger?

Es wäre so einfach, aus dem SGB die sozial-schädlichen Vorschriften zu entfernen, die der Grundidee eines Rechtsanspruchs auf ein gesichertes Existenzminimum entgegenste-hen. Zu streichen sind jedenfalls die Vorschriften über die Bedarfsgemeinschaft, die Vermögensan-rechnung und die Leistungskürzungen bei „Fehl-verhalten“.

Das wird nicht billig sein, aber machbar. Der Ausgleich ist in einem weiter entwickelten Einkommensteuerrecht zu finden: Wer Grundsicherung bezieht, aber über anderweitiges Einkommen ver-fügt, zahlt einen höheren Steuersatz auf dieses Einkommen. Jedenfalls sind die ersparten Verwal-tungskosten für Überwachung und Kontrolle der Leistungsempfänger für Leistungsverbesserungen sofort verfügbar. Die Arbeitsethik bleibt natürlich erhalten. Richtig ist: Der Zwang wird geringer, um jeden Preis eine beliebige Beschäftigung anzuneh-men. Indessen: Der menschliche Antrieb, es zu mehr zu bringen als zu dem gesetzlich garantier-ten Grundeinkommen, wird ungebrochen bleiben. Aber der Arbeitssuchende kann dem Arbeitgeber wieder „auf Augenhöhe“ gegenüber treten. Das hat natürlich Folgen für die Tarifpolitik. Sozialdemo-kraten sollten dies begrüßen. Aufgeklärte Arbeit-geber nicht minder. Zwangsarbeit ist nämlich nicht nur unmoralisch und rechtswidrig (Art. 12 Abs. 2 GG), sondern letzten Endes auch unwirtschaftlich.

Die derzeitige Exportkonjunktur kann sich schnell verflüchtigen. Alle Experten bemängeln die weiterhin schwache Binnen-Nachfrage. Eine verlässliche Grundversorgung für alle Bürger sichert und verstetigt die Nachfrage und stützt damit die Wirtschaft – und nicht zuletzt die Beschäftigung! Die Grundversorgung als Rechtsanspruch ohne Schikanen ist kein Wundermittel, welches alle so-zialen Probleme löst. Die gesetzliche Sozialversiche-rung bleibt unentbehrlich. ■

☞ Bernhard Weismann, ist politisch v.a. in der Afa Chemnitz aktiv.



Foto: Reinhold Rünker

**Dokumentation:
„Wir brauchen eine
Politik, die alle
Kinder fördert“**



□ „In Vielfalt geeint“

Dies schlägt der europäische Verfassungsentwurf als Motto der Gemeinschaft vor. (...) Auch die Interessen reicher und armer Familien, von Ehen und Paaren ohne Trauschein, gleichgeschlechtlichen Paaren mit und ohne Kindern, Groß-, Hausfrauen- und Beidverdienerfamilien, binationalen und eingewanderten Familien, Familien Alleinerziehender usw. lassen sich oft schwer auf einen Nenner bringen. Familie ist heute vielfältig. Mit diesem Appell finden sich 16 Verbände zusammen, um gemeinsam für eine Politik zu werben, die gute Lebensbedingungen und Perspektiven aller Familien zum Ziel hat.

Die Pläne innerhalb der Regierung zu einem Familiensplitting drohen Geld zugunsten einiger weniger Familien zu verschleudern, während über 2 Mio. Kinder und Jugendliche heute von Sozialhilfe oder Sozialgeld (Hartz IV) leben müssen. 2005 war jedes achte Kind unter 15 Jahren in Westdeutschland und sogar jedes vierte Kind in Ostdeutschland bedürftig – nicht selten trotz Erwerbstätigkeit der Eltern! Auch wird das Kindergeld gegen den Ausbau sozialer Dienste für Familien ausgespielt. Unsere europäischen Nachbarn zeigen uns jedoch, dass erst eine abgestimmte Kombination von Zeit, Geld und Infrastruktur für Familien erfolgreich ist – zur Bekämpfung von Armut und zur Gleichstellung der Geschlechter. Das skandinavische Sozialmodell belegt, dass ein ausgebauter Sozialstaat mit integrativem Bildungssystem trotz seiner hohen Kosten mehrheitsfähig sein kann sowie Wachstum und Beschäftigung fördert, statt hindert.

□ Das Familiensplitting löst kein einziges Problem!

Die Erweiterung des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting würde weder Armut bekämpfen, noch die Gleichstellung der Geschlechter und die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie fördern, noch die soziale Selektion im Bildungswesen überwinden. Die geschlechter- und verteilungspolitisch negativen Wirkungen des Ehegattensplittings würden vielmehr unter neuem Namen mit noch höherem finanziellen Aufwand fortgeführt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) geht von zusätzlichen 1,5 Mrd. Euro aus. Wir fordern, das Ehegattensplitting zu überwinden, indem die Einkommen auch in Ehen individuell besteuert werden und dabei übertragbare Grundfreibeträge die gegenseitige Unterhaltspflicht der Partner berücksichtigen. Dass dies verfassungskonform möglich ist, wurde in einem Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung bereits gezeigt. Danach würden vom Gesamtvolumen des Ehegattensplittings (ca. 20 Mrd. Euro) bis zu 8 Mrd. Euro für die Lösung der aufgezeigten Probleme frei gesetzt werden. (...)

□ Existenzsicherung für Kinder als wesentlicher Baustein!

(...W)eder das Arbeitslosengeld II, noch Mindest- und Kombilöhne, noch das Elterngeld (kommen) ohne weitere Schritte eines Ausbaus des Kindergeldes in Richtung einer Existenzsicherung für Kinder aus. Das Existenzminimum eines Kindes liegt laut Regierung bei gut 300 Euro. Das Kindergeld deckt davon mit 154 Euro bei ein bis drei Kindern nur etwa die Hälfte. Damit können heute erst Löhne oder Lohnersatzleistungen (etwa das Elterngeld), die 150 Euro über dem Existenzminimum des betreffenden Erwachsenen liegen, zusammen mit dem Kindergeld auch Armut bei Kindern verhindern. Dass dieser Betrag bei drei Kindern schon auf 450 Euro steigt, hindert das Bundesfamilienministerium nicht daran, im derzeit arbeitenden „Kompetenzzentrum Familienleistungen“ den Blick lediglich auf solche Mehrkinderfamilien zu richten,

„die von Sozialtransfers unabhängig leben“. Der umgekehrte Fokus wäre viel wegweisender: Wie kann Familienpolitik verhindern, dass Familien allein aufgrund des Unterhalts von mehr als 2 Kindern zu Bedürftigen im Arbeitslosengeld II werden? Dass hierzu der Kinderzuschlag in seiner bislang restriktiven Form ebenso unzureichend ist, wie ein erst ab dem 4. Kind um 25 Euro auf 179 Euro erhöhtes Kindergeld, würde dabei offensichtlich.

Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundes hat aufgezeigt, dass die Kindergelderhöhungen zwischen 1998 und 2002 die Armutsquote bei Familien um 9% (Alleinerziehenden 8%) verringert haben. Der 2005 eingeführte Kinderzuschlag kann dagegen in seiner derzeitigen Ausgestaltung Kinderarmut nicht wirksam bekämpfen. Während die Regierungsparteien noch im Bundestagswahlkampf 2002 damit warben, das Kindergeld weiter auf 200 bzw. 300 Euro zu erhöhen, scheinen sie derzeit allein auf ein Familiensplitting und Kombilöhne bzw. auf Mindestlöhne und familienbezogene Dienstleistungen zu setzen. In der Tat kann eine Existenzsicherung für Kinder allein Kinderarmut nicht verhindern – gleiches gilt für Mindest- und Kombilöhne, das Elterngeld und Bildungsinvestitionen. Wir brauchen ein stimmiges Konzept von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialkassen, das soziale Dienste und Bildungsangebote für Familien stärkt, das Familien von Bildungsausgaben entlastet, das Armutslöhne verhindert und das den Unterhalt von Kindern sichert, ohne dass sozialer Abstieg und Armut drohen. Erst ein solches Konzept bringt Einkommensmöglichkeiten und -bedarfe von Familien zur Deckung mit familienbedingten Ausgaben. Wer für ein (weiteres) Kind Verantwortung übernimmt und Sorge trägt, soll nicht um seinen Lebensstandard fürchten müssen, seine/ihre steuerliche Leistungsfähigkeit braucht jedoch auch nicht über ein Familiensplitting klein gerechnet werden. Wir sehen die soziale Balance verletzt, wo ohne Not entlastet werden soll, während bei Not (im Arbeitslosengeld II) etwa ein Mittagessen in Kita und Schule nicht Standard ist.



» Gegen einen Ausbau des Kindergeldes wird angeführt, dieser koste viel und Deutschland habe ohnehin das höchste Kindergeld in Europa. Das erste Argument stimmt, das zweite ist zu schlicht. In Belgien, Finnland, Frankreich, Luxemburg, Österreich und Schweden wird bei mehreren Kindern, unteren Einkommensgruppen oder Alleinerziehenden mehr Kindergeld gezahlt. Wo das Elterngeld (Schweden) und Arbeitslosengeld (Dänemark) 80 statt 67 % vom Lohn ersetzen, wirken bereits diese Systeme stärker Lebensstandard sichernd und armutspräventiv. Deutschland belegt auch nicht den europäischen Spitzenplatz im Vergleich der Geldleistungen an Familien. Laut OECD wendeten hierfür 2003 Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und Schweden höhere Anteile ihrer Wirtschaftskraft auf.

□ Die kindbedingten Ausgaben von Familien müssen sinken!

Angesichts der Abschaffung der Lehrmittelfreiheit, der Erhöhung von Elternbeiträgen in Kitas und der Einführung von Studiengebühren in einigen Bundesländern gewinnt die Ausgabenbelastung von Familien gerade in mittleren Einkommensschichten an Gewicht. Während Familien sich in Deutschland über Elternbeiträge bis zu ca. 20% an den Kosten von Kindertageseinrichtungen beteiligen müssen, sind es in den Niederlanden nur 1,8%, in Italien 3%, in Frankreich 4,1% und in Finnland 9%. Wir leben in einer Gesellschaft, die Zugang zu Gütern und Diensten zunehmend über Markt und Wettbewerb organisiert. Dass dabei letztlich Alle nur gewinnen können, ist ein politischer Mythos. Auch der Zugang zu Bildung, Kultur und Freizeitangeboten hängt vom Portemonnaie einer Familie ab. Nach den PISA-Untersuchungen und den AWO/ISS-Kinderarmutstudien spielt beim Schulerfolg nicht nur die Leistung eines Kindes eine Rolle, sondern wesentlich auch seine soziale Herkunft. In Deutschland wird früher und stärker als in jedem anderen europäischen Land sozial selektiert: Kinder können nicht an musischen, sprachlichen und sportlichen Förderangeboten teilnehmen, weil die

Kosten hierfür im Arbeitslosengeld II nicht vorgesehen sind. Statt Kinder aus benachteiligten Familien besonders zu fördern, werden sie damit systematisch ausgegrenzt. Statt die Nachhilfe in die Ganztagschule zu holen, blühen private Institute. Lehrmittel und Ganztagsangebote mit einem gesunden Mittagessen sollten in Kitas, Kitas und Schulen entgeltfrei werden – überall in Deutschland, für alle Kinder aller sozialen Schichten.

□ Für einen Rechtsanspruch auf Bildung von Anfang an!

Mehr Investitionen in die Qualität und Quantität von Bildungsangeboten für Kinder würden das Grundrecht aller Kinder auf Förderung ihrer Entwicklung verwirklichen helfen und es Eltern besser ermöglichen, Familien- und Erwerbsarbeit so zu kombinieren, dass eine eigenständige Existenzsicherung erreicht werden kann. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung von Geburt an. Dass in Westdeutschland ein deutlicher Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren nötig ist, mag in ideologischen Refugien noch bestritten werden. Fachlich ist dies seit Jahren Konsens, seit dem „Betreuungsgipfel“ von Bund, Ländern und Kommunen am 2. April des Jahres auch politisch. Für die Anstrengungen zur Realisierung, die nun folgen müssen, sagen wir unsere volle Unterstützung zu. Wir erinnern dabei auch daran, dass sich auf europäischer Ebene alle Mitgliedstaaten bereits im Rahmen der Lisbon-Strategie für die Dekade bis 2010 auf das Ziel eines Angebots für ein Drittel aller Kinder dieser Altersgruppe verständigt haben – bis 2010, nicht ab 2013!

» Angebote im Krippenalter sind als Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familienleben unverzichtbar, vor allem Anderen aber kommen sie den Kindern selbst zugute. Nur ein deutlicher Ausbau kann dazu führen, dass es auch für Kinder im Westen der Republik normal wird, früh in Gemeinschaft mit anderen Kindern gefördert zu werden. Bereits in Krippen können Kinder spielerisch den wertschätzenden Umgang mit kultureller Vielfalt und unterschiedlichen Familienformen lernen. Kinder brauchen die Gemeinschaft mit anderen Kindern. Dies ist im familiären Kontext natürlich auch möglich. Die heute vorherrschende Zwei- und Einkindfamilie mit (in der Regel) der Mutter als alltäglicher Bezugsperson kann jedoch dem Bedürfnis von Kindern nach anderen Kindern allein nicht gerecht werden. Krabbelgruppen und Mütterzentren, die auf Privatinitiative entstehen, reagieren hierauf. Frühe Förderung im Kontakt mit anderen Kindern sollte jedoch nicht auf privates Engagement beschränkt bleiben, sondern gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein. Dabei darf der Krippenausbau keine rein funktionale Bereitstellung von Betreuung sein, er muss ein schlüssiges pädagogisches Konzept umfassen, das hohen Qualitätsstandards entspricht.

□ Der dürre Staat ist kein Sachzwang!

Neben Umverteilungsmöglichkeiten im familienpolitischen Budget brauchen wir mehr Mittel für ein Bildungssystem und einen Sozialstaat, der allen Kindern gute Bedingungen des Aufwachsens ermöglicht. Dass dies machbar und auch wirtschafts- und beschäftigungspolitisch erfolgreich ist, zeigen uns europäische Nachbarländer. Es stimmt nicht, dass ein Rechtsanspruch auf frühe und ganztägige institutionelle Förderung, Beitrags-, Lehrmittel- und Studiengebührenfreiheit sowie ein Ausbau des Kindergeldes nicht zu finanzieren wäre. All dies kostet Geld – verglichen mit manch anderen Entlastungs- und Investitionsprojekten von Bund, Ländern und Gemeinden aber keine unrealistischen Summen.

Bildungs- und Sozialleistungen machen zusammen den größten Anteil an allen Staatsaufwendungen aus, die sich anhand der Staatsquote messen lassen. Während diese in Großbritannien (Tendenz steigend) und Deutschland (Tendenz fallend) bei ca. 43% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) liegt, lassen sich Schwedinnen, Dänen, Französinen, Belgier, Österreicherinnen und Finnen ihren Bildungs-, Sozial- und Steuerstaat jeweils über 50% des BIP kosten. Nicht die demografische Entwicklung und die Globalisierung wirken in Deutschland heute als Sachzwänge, sondern die Annahme, man könne ein ausgebautes Bildungs- und Sozialwesen mit immer geringerem Budget finanzieren. Einen am Ende dürren Staat können sich jedoch die wenigsten Familien leisten.

» Der Vergleich mit europäischen Nachbarn macht deutlich, dass Deutschland auf diesem Weg Systeme teils unterfinanziert (Bildung), teils falsch justiert (Ehegattensplitting), teils nicht flankiert (Armutslöhne). Für weitere Schritte hin zu einer Existenzsicherung für Kinder und einer sozial integrativen Bildungslandschaft können wir viel von unseren europäischen Nachbarn lernen. Dabei lässt sich die Politik anderer Länder nicht einfach kopieren. Auch hat Deutschland familien-, bildungs- und sozialpolitisch viele Stärken. Wo jedoch Lücken nicht geschlossen und Systemfehler gepflegt und ausgebaut werden sollen, mag unser Blick über den nationalen Teller rand hilfreich sein. ■

☞ Der Text erschien am 15. Mai 2007, dem „Tag der Familie“, auf der Dokumentationsseite der „Frankfurter Rundschau“ und wird mit deren freundlicher Genehmigung in leicht gekürzter Fassung abgedruckt.

☞ Der Appell wird unterstützt von: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Deutscher Frauenrat e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund Bereich Gleichstellungs- und Frauenpolitik, Deutscher Juristinnenbund e.V., Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V., Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e.V., Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Vorstandsgebiete Frauenpolitik sowie Jugendhilfe und Sozialarbeit, Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands e.V., KIND e.V. Dachverband, Lesben und Schwulenverband in Deutschland e.V., pro familia e.V. Bundesverband, Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband e.V., Verband berufstätiger Mütter e.V., Verband binationaler Familien und Partnerschaften e.V., Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft Bereich Frauen-/ Gleichstellungspolitik, Zukunftsforum Familie e.V., Kontakt über das Zukunftsforum Familie, Barbara König, eMail info@zff-online.de.

Dokumentation: Aufschwung für alle – Zukunft für alle

Welche Aufgaben ins Zentrum der Politik der Großen Koalition gehören

Diskussionspapier der Parlamentarischen Linken



» Nach der politischen Sommerpause ist der Beginn für die zweite Hälfte der Großen Koalition. Die Anstrengungen sozialdemokratischer Reformpolitik in der rot-grünen Bundesregierung und der Großen Koalition zählen sich aus: Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit geht zurück. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit ökologischer Modernisierung gewinnt an Kraft und Akzeptanz. Die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen spielen eine größere Rolle.

(...) Die SPD in der Großen Koalition ist in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode jetzt besonders gefordert, Antreiberin für eine Politik zu sein, die die solidarische Mehrheit der Gesellschaft in den Blick nimmt, nicht die privilegierte Minderheit. Die Leistungen, die die Menschen im Rahmen des Reformprozesses in den letzten Jahren erbracht haben, müssen anerkannt und politisch umgesetzt werden: Durch Beteiligung aller am wachsenden Wohlstand, durch mehr gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe, durch gezielten Ausbau ihrer sozialen Absicherung, durch eine Politik für mehr Chancengleichheit und durch Investitionen in den Wohlstand von Morgen.

Foto: Christian Kiel



» Alle wissen es: In der Großen Koalition liegen die gesellschaftspolitischen Leitbilder und Konzepte weit auseinander. Gleichwohl gilt: Das Regieren in der Großen Koalition ist jetzt der Ernstfall. Im Interesse der Menschen darf es keinen politischen Stillstand geben. Damit der Aufschwung mehr Zukunft für alle bringt, gehören für uns fünf Anliegen ins Zentrum der nächsten zwei Jahre:

- Die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Die bessere Bildung und der Kampf gegen Kinderarmut.
- Die produktiven Unternehmen und die moderne Mitbestimmung.
- Die Innovationen für den ökologischen und demographischen Wandel.
- Die staatliche Handlungsfähigkeit und der kooperative Föderalismus.

Hierzu brauchen wir realistische Ziele, klare Leitlinien und konkrete Vorschläge.

Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ins Zentrum rücken

Die deutsche Wirtschaft ist wettbewerbsfähiger denn je, der Aufschwung ist stabil. Auch die Arbeitslosigkeit ist stark gesunken, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist erfreulich gestiegen. Auf diese Entwicklung können und dürfen wir stolz sein. Sie darf aber den Blick nicht dafür verstellen, dass nicht alle im gleichen Maße an dem derzeitigen Aufschwung teilhaben und wichtige Zukunftsaufgaben nicht gelöst sind.

Gerade Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte profitieren noch nicht in dem Ausmaß von dem Aufschwung, wie es wünschenswert wäre. Die Steigerung der Gewinne der Unternehmen und die Steigerung der Löhne ihrer Mitarbeiter entwickeln sich immer stärker auseinander. Die unzureichend ausgestaltete und finanzierte Weiterbildungsarchitektur verhindert einen breiten und sozialstaatlich abgesicherten Zugang zum lebenslangen Lernen. Dies erschwert auch die Chancen auf sozialen Aufstieg. Kern sozialdemokratischer Politik muss es daher sein, das Versprechen ‚Leistung gegen Teilhabe‘ zu erneuern. Die Umsetzung dieser Ziele muss in der zweiten Hälfte der großen Koalition beispielhaft an folgenden Projekten vorangetrieben werden:

□ Mehr Chancen für Langzeitarbeitslose

Einfache Tätigkeiten werden heute durch die verhältnismäßig hohen Abgaben übermäßig belastet. Gerade dieses Segment bietet für viele Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte aber die Perspektive, aus der Arbeitslosigkeit auszuweichen. Der Effekt einer linearen Absenkung der Sozialabgaben wäre jedoch zu gering, um zu den gewünschten Wirkungen im unteren Einkommensbereich zu kommen. Er wäre im Vergleich zu den zu erwartenden Erfolgen auch kaum zu finanzieren. Erfolgversprechender sind daher Maßnahmen, die Beschäftigungsverhältnisse gezielt im unteren Einkommensbereich bei den Sozialabgaben entlasten und den sozialen Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen dabei zugleich aufrechterhalten. In der zweiten Hälfte muss der Einstieg gelingen, bei der Höhe der Lohnnebenkosten progressive Elemente einzubauen.

Wir müssen den Weg aus der Langzeitarbeitslosigkeit auch nach einer Arbeitsaufnahme besser fördern. Langzeitarbeitslose, die wieder eine Beschäftigung aufnehmen, sollen aus dem Haushalt der BA für einen arbeitsbegleitenden Zeitraum Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen können. Dieser ‚Qualifikationskombi für alle‘ soll den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben nachhaltig absichern.

□ Bürgerarbeit als Alternative zum „Ein-Euro-Job“:

Die existierenden Arbeitsgelegenheiten sind für viele Arbeitslose im SGB II zu kurz befristet. Nach ein paar Monaten, wenn gerade wieder eine Heranführung an den Arbeitsmarkt stattgefunden hat, fallen viele Arbeitssuchende wieder in ein Loch. Als Alternative zu den Zusatzjobs bietet sich der Ausbau lokaler Bürgerarbeit an. Anknüpfend an die positiven Erfahrungen kommunaler Beschäftigungsgesellschaften sollten innovative und sinnstiftende Beschäftigungen insbesondere für Langzeitarbeitslose eingerichtet werden. Im Kern geht es dabei um auf Dauer angelegte sozialversicherungspflichtige öffentliche Beschäftigung, die zur verbesserten Integration der Arbeitssuchenden beiträgt und zugleich einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl leistet. (...)

□ Gerechte Löhne für gute Arbeit:

Das große Ziel für die Zukunft bleibt die Einführung eines gesetzlichen, Existenz sichernden Mindestlohnes. Dies war mit der Union nicht zu machen, wir können es nur gegen sie machen. Dafür müssen nun die vereinbarten Lösungen in dieser Legislaturperiode genutzt werden, nämlich das Entsendegesetz und das modernisierte Mindestarbeitsbedingungsgesetz, um in möglichst vielen Branchen, wie z.B. dem Bewachungsgewerbe, der Entsorgungswirtschaft, bei Postdiensten und der Leiharbeit, Mindestlöhne einzuführen. (...)

Wir müssen uns jedoch auch um andere Facetten des legalen Lohndumpings kümmern. Dies gilt vor allem für den Missbrauch bei der Zeitarbeit. (...) Die Leiharbeitsbranche muss daher in das Entsendegesetz aufgenommen werden. Zusätzlich sollte in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wieder eine Befristung der Höchstüberlassungsdauer auf 12 Monate aufgenommen werden. Nach sechs Monaten Beschäftigung beim gleichen Entleiher sollte grundsätzlich die gleiche Bezahlung wie für die Stammebelegschaft gelten.

Für die Leiharbeitsbranche muss schließlich ein Weiterbildungsfonds eingerichtet werden, um die Qualifizierung und Beschäftigungsfähigkeit nachhaltig zu fördern.

Um bei den sog. „Mini-Jobs“ Lohndumping zu verhindern, wollen wir die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 15 Stunden wieder einführen. Darüber hinaus muss in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode evaluiert werden, wie diese Beschäftigungsform sich auf sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigung sowie die Alterssicherung auswirkt und ob sie in Verbindung mit der Steuerklasse V – insbesondere für Ehefrauen – ein Hemmnis darstellt, eine reguläre Beschäftigung auszuüben.

□ Geschlechtergerechtigkeit vorantreiben:

Die Durchsetzung gerechter Löhne bedeutet für uns auch die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn – für gleiche und gleichwertige Arbeit“ bei Frauen und Männern. Wir dürfen auch den im internationalen Vergleich beschämend niedrigen Frauenanteil in Führungspositionen in Wirtschaft, Verwaltung, Lehre und Forschung sowie in Aufsichtsgremien nicht länger hinnehmen. (...) Ein echtes Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft ist daher notwendiger denn je.

Das Ehegattensplitting und die Steuerklasse V stellen für verheiratete Frauen beim (Wieder-)Einstieg in den Beruf eine große Hürde dar. Das Ehegattensplitting muss deshalb schrittweise in ein Realsplitting überführt werden. (...)

Neben dem Ausbau der Ganztagsbetreuung und der Einführung des Elterngeldes sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eltern- und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und insolvenz sichere Langfristarbeitszeitkonten notwendig. Hier sind in erster Linie die Tarifpartner gefordert. Der gesetzliche Rahmen für entsprechende betriebliche Vereinbarungen muss dabei verbessert werden.

□ Existenzsicherung gewährleisten:

Die Regelungen für das Arbeitslosengeld II müssen dahingehend verändert werden, dass die Lebensleistung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen stärker anerkannt und die Ausgestaltung der Leistungen armutsfester wird.

» Für diejenigen, die aus dem Bezug des Arbeitslosengeldes I fallen und Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten, muss sichergestellt werden, dass ein höherer Teil ihrer Arbeitsleistung beim Schonvermögen berücksichtigt wird, auch über die Altersvorsorge hinaus. Das Sparvermögen auf Grundlage des Arbeitnehmerbeteiligungsgesetzes soll in das Schonvermögen aufgenommen werden.

Zusätzlich wollen wir die Regelungen für akut oder laufend auftretende Mehrbedarfe (...). Zur Verwaltungsvereinfachung kann eine Positivliste angelegt werden, in welchen Einzelfällen ein Mehrbedarf zu leisten ist. Die bewährten Regelungen aus dem SGB XII sollen hierzu auf das SGB II übertragen werden.

□ Mehr Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg:

Die stärkere Beteiligung der Beschäftigten an Kapital und Gewinn ihrer Unternehmen eröffnet eine Perspektive, die persönliche Vermögensbildung durch stärkere Partizipation am Unternehmenserfolg zu verbessern – aber nur wenn sie richtig gemacht wird. (...) Der Lohn muss der bestimmende Anteil der Arbeitnehmer an der wirtschaftlichen Tätigkeit ihres Unternehmens bleiben. Zusätzlich muss bei Beteiligungsmodellen im Falle der Insolvenz des Unternehmens ein doppeltes Risiko zu Lasten der Beschäftigten – Verlust des Arbeitsplatzes und des Wertes der Beteiligung – vermieden werden. Nur das von Kurt Beck vorgestellte Modell eines bundesweiten „Deutschlandfonds“ kann diese Anforderungen an ein Beteiligungsmodell für Arbeitnehmerinnen



Fotos: Christian Kiel



und Arbeitnehmer erfüllen. Mit der Umsetzung dieses Modells müssen auch mehr Mitsprache- und Beteiligungsrechte für die Arbeitnehmer realisiert werden können. (...).

□ Pakt für Weiterbildung:

Angesichts der Rente mit 67 und des drohenden demografisch und konjunkturell bedingten Fachkräftemangels ist die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer durch verstärkte Qualifizierungsmaßnahmen unabdingbar. Ebenso müssen Geringqualifizierte durch Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen mehr als je zuvor in den Arbeitsmarkt integriert werden. Durch ein gesamtstaatliches Bündnis für Weiterbildung aus Vertretern von Bund, Ländern, Kommunen, Tarifpartnern und Wissenschaftlern muss ein Aktionsplan Weiterbildung 2015 entwickelt werden, in dem verbindliche Ziele und klare Verabredungen für eine deutliche Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung festgelegt sowie Perspektiven für die bessere institutionelle und finanzielle Absicherung der Weiterbildung entwickelt werden. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung. (...) Die finanziellen Spielräume aufgrund der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt sollten bei der BA prioritär für den Ausbau der beruflichen Weiterbildung genutzt werden.

□ Flexibel und sicher in die Rente:

Mit dem Beschluss der schrittweisen Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist bei vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Eindruck entstanden, dass damit vielleicht eine finanzmathematisch richtige Antwort auf die demographische Entwicklung in unserer Gesellschaft gegeben worden ist, aber noch keine ausreichende Antwort auf individuell unterschiedliche Belastungen im Beruf und auf die derzeitigen Chancen Älterer auf dem Arbeitsmarkt. Der Übergang in die Zeit nach dem Erwerbsleben muss daher flexibler gestaltet werden können. (...) Im Zuge der Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters müssen Maßnahmen getroffen werden, so dass Rentenabschläge vermieden werden können. Dazu wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass die Rentenbeiträge freiwillig aufgestockt werden können. Dies gäbe auch den Tarifparteien die Möglichkeit, entsprechende Vereinbarungen zu treffen, und so branchenspezifisch – gerade in körperlich und psychisch belastenden Berufen – verträgliche Lösungen zu finden. Mittelfristig sollte Rentenabschlägen wirksam über eine stärkere Verbreitung der betrieblichen und der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge begegnet werden. Hierbei sollten auch die Voraussetzungen wie Wirkungen einer verpflichtenden „Riester-Rente für alle“ in einem Sondergutachten ermittelt werden. ■

☞ Die Parlamentarische Linke in der SPD-Bundestagsfraktion hat zur Halbzeit der Großen Koalition ein Diskussionspapier vorgelegt, das die wesentlichen Aufgaben der restlichen Legislaturperiode darstellt. Wir dokumentieren die ersten Abschnitte, die sich mit den Feldern Arbeit und Rente beschäftigen. Das vollständige Papier kann von www.parlamentarische-linke.de herunter geladen werden.

Personen & Positionen

□ BayernSPD – Pronold wieder stellvertretender SPD-Vorsitzender

Der spw-Mitherausgeber und SPD-Bundestagsabgeordnete Florian Pronold ist erneut zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Bayern-SPD gewählt worden. Vorsitzender bleibt Ludwig Stiegler (MdB). Neu gewählt wurden die beiden StellvertreterInnen Adelheid Rupp (MdB) und Thomas Beyer (MdB). Ebenfalls neu zum Schatzmeister gewählt wurde der Juso-Landesvorsitzende Thomas Goger.

□ spw-Herbsttagung: Der Staat als Pionier

Unter dem Titel „Der Staat als Pionier“ setzt spw die Debatte über Möglichkeiten und Notwendigkeiten staatlichen Handelns (vgl. spw-Editorial Heft 150) auf der Herbsttagung am 08. September 2007 fort. Als ReferentInnen eingeladen sind Staatssekretär Matthias Machnig, der Sprecher der „Denkfabrik“ der SPD-Bundestagsfraktion, Frank Schwabe (MdB) sowie die umwelt- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Svenja Schulze. Die Tagung wird mit freundlicher Unterstützung des Juso-Landesverbandes NRW durchgeführt und findet im großen Sitzungssaal der Auslands-Gesellschaft in Dortmund am 08. September ab 10.00 Uhr statt.

► **Anmeldung:** jahrestagung@spw.de

► **Infos:** demnächst unter www.spw.de

□ Schauff wechselt nach Moskau

Dr. Frank Schauff, bisher als Referent beim SPD-Parteivorstand zuständig u.a. für Osteuropa, wechselt nach Moskau als Geschäftsführer der Association of European Businesses. Dem Verband gehören mehr als 500 Unternehmen aus dem gesamten europäischen Raum an. Von 2000 bis 2005 war Frank Schauff Mitglied der spw-Redaktion und wird unserem Diskussionszusammenhang auch in Russland freundschaftlich verbunden bleiben.

□ Fachkongress „Eltern und Kinder aktiv in die Zukunft“

Das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) lädt zu einer Diskussion über Bedürfnisse und Kompetenzen von (Migranten-)Familien am 05./06. November 2007 nach Hamburg ein. Der Fachkongress gibt einen bundesweiten Überblick über aufsuchende, lokale Familienförderprogramme (z.B. HIPPY, Opstapje, Rucksack). Ein Ziel ist, Gemeinsamkeiten und Strategien zur Verstärkung der Programme zu erarbeiten sowie die Erfahrungen betroffener Eltern einzubeziehen. Zielgruppen sind Fachkräfte für Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, VertreterInnen integrationsfördernder Angebote, VertreterInnen von Politik und Verwaltung, WissenschaftlerInnen, VertreterInnen von Wohlfahrts- und Familienverbänden. Der Teilnahmebeitrag beträgt 60,00 EURO (ohne Anreise u. Übernachtung).

Die Veranstaltung wird von der Lotterie Glückspirale gefördert und findet in Kooperation mit HIPPY Deutschland e.V. und Opstapje e.V. statt.

► **Kontakt:** ZFF, Nicole Hanschick

► **Telefon:** 0228-6628-260

► **E-Mail:** info@zff-online.de

► **Internet:** www.zff-online.de

□ Forum DL 21 startet Mitglieder- kampagne

Das Forum Demokratische Linke 21 e.V. hat eine Materialserie aufgelegt, um seine Mitgliederzahlen zu erhöhen. Unter dem Motto „Linke? Bei uns schon seit 1863“ will das Forum DL 21 deutlich machen, dass es jetzt an der Zeit ist, sich auch als Mitglied der SPD-Linken durch Beitritt in den bundesweiten Trägerverein zu bekennen. „Nur wer sich auch bekennt, kann Druck entfalten für eine bessere Politik. Wir sollten uns den Schneid nicht von anderen abkaufen lassen“ heißt es in einem Mitgliederrundbrief der DL21-Vorsitzenden Andrea Nahles von Mitte Juli.

► **Info:** Das Material kann über die neu gestalteten Internet-Seiten www.forum-dl21.de bestellt werden.

□ Jessika Wischmeier Büroleiterin bei Klaus Wowereit

Die ehemalige Juso-Bundesgeschäftsführerin Jessika Wischmeier ist vom SPD-Parteivorstand als Büroleiterin zum Regierenden Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit gewechselt. Im Willy-Brandt-Haus war sie zuletzt kommissarische Abteilungsleiterin und hat u.a. das Wissenschaftsforum der SPD betreut.

□ SPD-Programmtext wird erneut gründlich überarbeitet

Der Bremer Entwurf für ein neues SPD-Grundsatzprogramm hat die innerparteiliche Debatte stärker angefeuert, als in der publizierten Öffentlichkeit zunächst wahrgenommen wurde. Mehrere hundert Anträge und Anregungen mit Änderungen und Ergänzungen haben die Parteizentrale in den letzten Monaten erreicht. Mehrere Landes- und Bezirksparteitage haben kritisch Stellung zum Bremer Entwurf genommen. Die SPD-Führung hat daher eine kleine Arbeitsgruppe aus Wolfgang Thierse, Andrea Nahles und Hubertus Heil eingesetzt, die den vorliegenden Text noch einmal gründlich bearbeiten soll. Auf der Sitzung der SPD-Programmkommission am 22./23.09. soll der neue Text im ersten Entwurf vorliegen.

□ DL21-Herbsttagung am 21.09. zur SPD-Programmdebatte

Die Schlussphase der SPD-Programmdebatte beginnt nach der Sommerpause. Am Vorabend der Sitzung der SPD-Programmkommission lädt das Forum DL21 zur Herbsttagung, um sich mit den aktuellen Entwicklungen der Programmdebatte zu beschäftigen. Neben der DL21-Vorsitzenden Andrea Nahles ist auch Wolfgang Thierse, Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, als Referent der Tagung eingeladen. Die DL21-Herbsttagung findet am 21. September 2007 ab 18.00 Uhr im Großen Saal des SPD-Landesverbandes Berlin, Müllerstraße 163, statt – U + S-Bahnhaltestelle Wedding.

► **Anmeldung:** info@forum-dl21.de

► **Infos:** www.forum-dl21.de

5 Fragen an ... Andreas Bach



↳ Andreas Bach: Urkundenübergabe in seinem Unternehmen 2005. Foto: privat

» Dr. Andreas Bach, Jahrgang 1960, studierte in Dortmund. Mit 16 Jahren begann er bei den Juso-Schüler/innengruppen. Er wurde Landesschülersprecher NRW und Juso UB-Vorsitzender Dortmund sowie stellvertretender Juso Landesvorsitzender NRW. 1990 begleitete er als Geschäftsführer den Gang der spw von Berlin zunächst nach Köln und dann nach Dortmund und baute den Förderverein mit auf. Seit einigen Jahren ist er Gesellschafter und Geschäftsführer eines metallverarbeitenden Dortmunder Unternehmens mit knapp 40 Beschäftigten mit angeschlossener Beratungsabteilung. Sein Schwerpunkt liegt bei der beteiligungsorientierten Beratung von Unternehmen wozu er auch promovierte. Er lebt in einer Wohngemeinschaft in Dortmund.

spw: Wie bist Du zur Politik gekommen?



↳ Andreas Bach auf dem Ostermarsch Ruhr 1983. Foto: privat

» Andreas Bach: Das war ganz klar die Schulpolitik und die Möglichkeit innerhalb der Schule nicht nur Schülersprecher zu sein, sondern in diesem Amt auch das politische Mandat wahrnehmen zu können. Dies war natürlich umstritten. Wir haben uns damals aber in der Regel mit unserer Auffassung durchgesetzt. Es war eine hochpolitische Zeit um den Nato Doppelbeschluss und das Thema AKW.

spw: Welche politische Debatte hat Dich besonders geprägt?

» Andreas Bach: Mich hat die Diskussion um den Nato Doppelbeschluss stark geprägt. Ich habe damals nicht nur Unterschriften gesammelt und an Demos teilgenommen, sondern war 1983 bis 1986 Sprecher des Ostermarsches Ruhr. Dies war nicht so einfach, da damals die Bündnisfrage innerhalb der SPD und auch der Jusos gegen eine solche Beteiligung sprach. Wir hatten viele harte Diskussionen, sind jedoch bei unserem Kurs geblieben. Ich bin auch heute noch fest überzeugt, dass ein linker Diskurs über die Parteigrenzen hinaus zwingend erforderlich ist. Deswegen war auch das spw Projekt „crossover“ in den 1990er Jahren so wichtig. Ich hoffe, dass wir diesen wieder neu auflegen können. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Fusion von WASG und PDS.

spw: Was machst Du zurzeit politisch?

» **Andreas Bach:** Ich bin heute Ortsvereinsvorsitzender und Mitglied des SPD-Unterbezirksvorstandes in Dortmund. Dort leite ich zusammen mit Marco Bülow den Arbeitskreis Zukunft der Arbeit. Es macht Spaß dort zusammen mit vielen Interessierten wieder grundlegend zu diskutieren und auch Positionen zu entwickeln. So haben wir einen Beschluss zur Unternehmenssteuerreform auf den Weg gebracht, der es bis in den Parteirat geschafft hat. Weiterhin bin ich Einladender der DL21 Dortmund. Hier gibt es einen aktiven Kreis von ca. 30 Genossinnen und Genossen.

spw: Welche politische Diskussion ist im Moment für dich am wichtigsten?

» **Andreas Bach:** Ganz klar das neue Grundsatzzprogramm. Ich konnte in Dortmund zu diesem Thema fast 20 mal in Ortsvereinen und Veranstaltungen referieren und merke, dass die Partei wieder bereit ist, auch Grundsatzfragen zu diskutieren. Allerdings wird der zeitliche Druck zu Recht kritisiert. Wir haben in Dortmund zwar zu zwei Kapiteln des Entwurfes neue Vorschläge unterbereitet, hätten aber gerne mehr diskutiert um Fragen, wie das Ziel der Vollbeschäftigung, Umgang mit Finanzinvestoren u.a. zu klären.

spw: Was glaubst Du, wie sich die SPD in den nächsten 10 Jahren entwickeln wird?

» **Andreas Bach:** So wie ich die Partei von innen einschätze, nehmen die Bindungskräfte sowohl zu den aktiven wie auch den passiven Mitgliedern immer weiter ab. Wenn es nicht gelingt, zugespitzte politische Projekte aufbauend auf unseren Grundwerten zu etablieren, wofür ich in der Parteispitze zur Zeit noch keine/n Vertreter/in sehe, werden wir unsere Mitglieder und damit Wählerinnen und Wähler nicht mehr ausreichend mobilisieren. Ich würde mich jedoch sehr freuen, wenn es uns gelingt die Diskursfähigkeit in den nächsten 10 Jahre wieder voll zu entwickeln. Ansonsten wird uns die Linkspartei vieles abnehmen.

spw: Andreas, vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Das Interview führte Alexandra Kramm.

■ Crossover-Projekt

Crossover war Mitte der 1990er Jahre ein Forum für die parteiübergreifende Diskussion und Erarbeitung konkreter Reformprojekte. Getragen wurde das Projekt von den Zeitschriften *spw*, *Andere Zeiten* und *Utopie kreativ*, die sich jeweils dem linken Spektrum in der SPD, bei Bündnis 90/Die Grünen und in der PDS verbunden fühlen. Es gab gemein-

same Tagungen und Veröffentlichungen. 1996 erschien in diesem Zusammenhang eine gemeinsame Ausgabe der beteiligten Zeitschriften, 1997 wurde das Buch *Zur Politik zurück*. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal im Verlag Westfälisches Dampfboot herausgegeben.

spw

» Meinungsstark!

» Links!

» In der Sozialdemokratie!



Prämienpaket 1:

Kapital-Verbrechen
Werner Biermann / Arno Klönne
208 Seiten 14,80 €

„Eiszeit“ in Deutschland
Jürgen Meier
186 Seiten 14,90 €



Prämienpaket 2:

Stadt und Gouvernementalität
Boris Michel
156 Seiten 14,90 €

G Strich – Kleine Geschichte
des Kapitalismus
Georg Fülberth
316 Seiten 19,80 €



Prämienpaket 3:

Menschen machen
Innovationen
Karl-Heinz Brandt /
Lothar Schröder (Hrsg.)
264 Seiten 14,80 €

Nationale Bildungsstandards
Torsten Feltes / Marc Paysen
204 Seiten 14,80 €

» Jetzt abonnieren – per Fax: 0231 / 40 24 16 oder Post!

Ich möchte ein **spw**-Probeheft!

Ich abonniere **spw** für mindestens
zwölf Monate ab Heft:

Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand;
37,00 € bei Bankeinzug)

Auslands-Abo (42,00 € inkl. Versand)

Ich wähle das **spw**-Prämienpaket:

Die **spw** geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum, Unterschrift _____

Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-
Newsletter informiert werden.

E-Mail _____